

Kurt Rothschild:

Thema Wettbewerbsfähigkeit

Wirtschaftspolitische Ideologie und
Rezeptur des Neoliberalismus 22

Jacques Sapir:

Theologen der Marktwirtschaft

Das Dogma der allein selig machenden
Konkurrenz ist ungebrochen ... 28

Streitthema Grundsicherung:

Geld ohne Arbeit

»Wer nicht arbeiten will,
soll auch nicht essen?« 32

32

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N°1 | Jänner 2007 | 61. Jahrgang | € 2,- | www.arbeit-wirtschaft.at

Rudolf Hundstorfer:

**Faszination
Krisenbewältigung**

Seite 8

**Einschätzung aus
Arbeitnehmersicht:**

**Regierungs-
programm**

Seite 12

**Prinzipien der
ÖGB-Organisation**

Seite 14

Rudolf Kaske:

**Ohne uns
geht nichts!**

Seite 18



Schwerpunkt:

Faszination Krisenbewältigung

8

Interview mit Rudolf Hundstorfer

Die Prinzipien der ÖGB-Organisation

14

Die Entwicklungen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Organisationsformen sind Gegenstand dieses Beitrags. Prinzipien wie Einheitlichkeit, flexibles Industriegruppenprinzip und Überparteilichkeit werden erklärt wie auch die Fraktionen des ÖGB selbst.

Ohne uns geht nichts!

18

Interview mit Rudolf Kaske

Hintergrund:

Regierungsprogramm

10

Einschätzung aus Arbeitnehmersicht: Am 9. Jänner 2007 haben SPÖ und ÖVP ein Arbeitsübereinkommen mit dem Ziel vorgelegt, eine gemeinsame Bundesregierung für die nächsten vier Jahre zu bilden.

Zum Thema Wettbewerbstätigkeit

22

In der wirtschaftspolitischen Ideologie und Rezeptur der vorherrschenden neoliberalen Strömung spielen Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit eine prominente Rolle.

Theologen der Marktwirtschaft

28

Das Dogma der allein selig machenden Konkurrenz ist ungebrochen, obwohl es empirisch längst widerlegt ist.

Geld ohne Arbeit

32

Das Streitthema Grundsicherung sorgt für heftige Diskussionen. Weil sich auch in Österreich die Schere zwischen Armen und Reichen weiter öffnet, sind neue Modelle des sozialen Ausgleichs gefragt. Zugleich stellt sich die Frage, ob eine Abkoppelung der Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit überhaupt sinnvoll ist oder der Satz: »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen« gelten soll.



Meinung

- 4 | Standpunkt: Die nackte Wahrheit
oder motschgern, sudern und tütteln
- 5 | Leserforum

Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6 | Skiservice: Je kleiner, desto größer
- 6 | Arbeitslosigkeit:
Finanzieller und sozialer Absturz
- 7 | Öffentliche Dienstleistungen:
Europäische Rahmenrichtlinie gefordert
- 7 | Direktwahl:
Pilotprojekt zur Mitgliederbeteiligung
- 7 | Einkommensentwicklung:
Durchschnittslöhne hinken nach

Gesellschaftspolitik

- 38 | Leitfaden für gendergerechte gewerkschaftliche
Erwachsenenbildung: Lieber gleich berechtigt

Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 39 | Verbraucherpreise

Internationales

- 40 | Ägypten: Mit Streik zur Prämie
- 40 | Nepal: Gemeinsames Programm
- 40 | Weißrussland: Handelsanktionen
- 41 | Arbeitsrecht: Suggestives Grünbuch
- 41 | Europäische Union: Globalisierungsfonds
- 41 | Metallgewerkschaften:
Metaller gegen Neoliberalismus

Bücher

- 42 | Liza Featherstone:
WAL*MART. Frauen im Ausverkauf.
- 44 | Marlene Streeruwitz: Entfernung
- 45 | Thomas Leif: Beraten & verkauft.
McKinsey & Co. –
Der große Bluff der Unternehmensberater.

Seid einig oder streitets euch zamm

Redaktion intern

»Seid einig!« wird auf der historischen Darstellung auf der Titelseite dieses Heftes gefordert.

Genauso gut könnte es dort auch heißen »Streitets euch zamm!« In der Tat ist in unserer Gesellschaft die Konfliktkultur nicht sehr ausgeprägt und das konstruktive Bewältigen von Konflikten eher selten. Die kakophonische Begleitmusik der Medien dazu ist so harmonisierend wie der Chor der Erinnyen.

Dieses Heft will wie immer Orientierung und Hintergrund bieten. Der noch nicht durch die Wahl bestätigte

Präsident wie auch der Vorsitzende einer neuen Gewerkschaft kommen im Interview ausführlich zu Wort, auch zu den Inhalten des Bundeskongresses des ÖGB.

Die Organisationsprinzipien und die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und im Überblick auch die Fraktionen des ÖGB. Eine erste Einschätzung des Regierungsprogramms aus Sicht der Arbeitnehmer wie auch ein ausführlicher Diskussionsbeitrag zum Thema »Grundsicherung« bieten ebenso Orientierung wie zwei

Beiträge von Universitätsprofessoren zur wirtschaftspolitischen Ideologie und Rezeptur bzw. zum Dogma der allein selig machenden Konkurrenz – diese Beiträge finden einige Leser vielleicht auch »unterhaltend« ... Insgesamt wieder eine Fülle von Information.

Wer keine Zeit hat, kann zumindest durchblättern und vielleicht über die Karikaturen lachen.

Die Leserinnen und Leser grüßt im Namen des Redaktionskomitees

Siegfried Sorz

Standpunkt

Siegfried Sorz
Chefredakteur



Die nackte Wahrheit oder motschgern, sudern und tütteln

Für den einen ist es die Herausforderung der Krisenbewältigung (Seite 8). Der andere erinnert an den Unterschied zwischen veröffentlichter Meinung und öffentlicher Meinung, an den Unterschied zwischen dem medial geäußerten Pessimismus und Defätismus bezüglich der Zukunft der Gewerkschaften und der Fähigkeit zur Bewältigung der Krise, der Überzeugung von der Aufgabe und der Wichtigkeit der Gewerkschaftsbewegung (Seite 18).

Grundlagen

Mir persönlich erscheint der aufgezeigte Unterschied zwischen der Meinung der Kommentatoren in den bürgerlichen Medien und der Meinung der direkt von der Krise betroffenen Mitglieder durchaus plausibel. Denn wenn ich an mein eigenes Umfeld denke und an die Gespräche mit den Kollegen und Kolleginnen, vor allem mit denjenigen, die als gewählte Interessenvertreter sich tagtäglich bewähren müssen, so klingt das schon ganz anders als das, was fast tagtäglich an Meinungen veröffentlicht wird, was auch ich zu lesen und zu hören (sehen) bekomme. Und was die Kolleginnen und Kollegen sagen, ist nicht das, was in den Kommentaren von »Presse« oder »Salzburger Nachrichten«, »Standard« oder »Profil« steht, auch nicht im »Kurier« oder in der »Kronenzeitung«, oder was in der letzten Diskussionsrunde im Fernsehen gesagt wurde. So gesehen muss hier wieder einmal ausdrücklich gesagt werden, dass wir unsere Meinungen nicht oder nur zum

kleinsten Teil aus den Medien, also aus Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehen, beziehen. Wesentlich mehr Gewicht haben Gespräche in unserem Umfeld, Diskussionen mit Arbeitskollegen und -kolleginnen, in der Familie, unter Freunden. Miteinander reden, kommunizieren, sich austauschen, diskutieren. Das sind auch Grundlagen der betrieblichen Interessenvertretung und der sogenannten Mitbestimmung.

Liebe Leserin, lieber Leser, worüber haben Sie (hast Du) zuletzt geredet? Und mit wem?

War es die Regierungsbildung und die Enttäuschung über nicht eingehaltene Wahlversprechen oder die Verblüffung über manche »Sager« des neuen Herrn Bundeskanzlers?

Hätten Sie was anderes gewollt als diese große Koalition? Ich auch. Aber wer beschwört ihn denn immer wieder, den »hätt' i, wenn i, war i«?

Herausgerissen

Oder sollten wir die Realität lieber so betrachten, wie sie ist, nämlich nackt? Was ist das, dieser so oft strapazierte »Rahmen den Möglichen«? Sagen Sie vielleicht so was wie »Na, wann i verhandelt hätt', dann hätt' i dem Schlüssel mehr außagrissn!«? Oder sind Sie eine oder einer von denen, die vielleicht sagen »Ich bin der Meinung, dass der Verhandlungsspielraum nicht optimal genutzt wurde.«? Jaja, liebe Leserin, aber das ist jetzt vorbei, und motschgern oder sudern beziehungsweise larmoyant her-

umtütteln, das bringt doch nix und das hilft auch nix.

Die Abschaffung der Studiengebühren wurde fix versprochen und als Kompromiss kommen die jetzt mit dem Schmarren daher und deswegen ist die Jugend zu Recht empört, sagen Sie? Jaja, da haben Sie schon recht. – Mir ist ein gewisser Trost, seit ich gehört habe, dass fast ein Viertel der Studenten ein Stipendium bezieht und sowieso von den Gebühren befreit ist.

Originell

Also, diese Einlage vom Bundeskanzler mit den Nachhilfestunden, die er selber in einer öffentlichen Schule geben will, da sagen sogar seine Parteifreunde, es wäre eine »originelle« Idee. Wenn ich wo zum Essen eingeladen bin und es schmeckt mir nicht, dann bin ich auch höflich und sag, es schmeckt »interessant«. Originell find ich auf jeden Fall, dass plötzlich alle so tun, als hätten sie immer geglaubt, dass man die Abfangjäger »abbestellen« kann. Also jetzt mal ehrlich: Haben Sie es geglaubt?

Apropos, übers Wetter haben wir auch noch nicht geredet. In Anbetracht des mildesten Winters seit mehr als 200 Jahren stellt sich die Frage: Haben wir jetzt einen Klimawechsel? Und ist das bedrohlich? Und wie steht's ums Klima in unseren Herzen? Sind wir ängstlich besorgt oder wollen wir »mutig in die neuen Zeiten«, wie es in dem alten Arbeiterlied heißt?

**Die Zukunft – findet statt.
Wo stehen wir?**

Arbeit&Wirtschaft } – Leserforum

Arbeit&Wirtschaft-Leser interessieren sich für Hintergründe aus Wirtschaft, Gesellschaft, Arbeit. Bei der Arbeit wollen sie wissen, warum die Nehmer und die Geber wollen, was sie fordern, und – was die Experten dazu sagen. Für diese interessierten Leserinnen und Leser ist dieses Forum eine Plattform. Alle können hier zu Wort kommen. Vor allem, nachdem unser geschäftsführender Präsident Rudolf Hundstorfer eine tabulose Diskussion angekündigt hat. Die einzige Einschränkung ist – der Platz. Wer sich kurz fasst, wird abgedruckt. Längere Zuschriften werden gekürzt. Adressen: aw@oegb.at / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«, Hohenstaufengasse 10–12, 1011 Wien, Fax: 01 534 44-595

Fragwürdige Vorsorgemodelle

Betrifft: »Pensionskassen – Haftungsfonds beibehalten« in A&W 12/06 auf Seite 7:

Es ist sehr lobenswert, wenn sich AK-Mitarbeiter um die Details der Betriebspensionen kümmern. Aber das Ganze ist im Grunde nur die Verwaltung des neoliberalen Gedankengutes um einen schlanken Staat.

Statt neue zivilrechtliche Vorschriften vorzuschlagen, sollten, solange es den Firmen gut geht und eine Vorsorge zur Firmenpension möglich ist, die Gelder gleich in die umlagefinanzierte staatliche Pensionsversicherung fließen. Denn es besteht die Möglichkeit, dass eine Firma, der es zurzeit gut geht, in einigen Jahren auf der Verliererseite steht, und anderen Firmen, die vorher kein Glück hatten, auf der Gewinnerseite sind.

Dann würde der Fall eintreten, dass die Firmenpension der ersten Firma nicht mehr relevant ist und die zweite Firma die Pensionsvorsorgegelder auch in unsichere und fragwürdige Vorsorgemodelle steckt.

Die Beitragsfähigkeit der Betriebe könnte über deren Wertschöpfung festgestellt werden. So investierte Gelder könnten allen zukünftigen Pensionisten, unabhängig vom Glück und Zufall der Betriebe, zugute kommen. Das wäre in unseren Augen eine wirklich solidarische Forderung von der AK.

*Ihr langjähriges
Gewerkschaftsmitglied und Leser
Rudolf Müllner*

Antwort der Redaktion:

Lieber Kollege Müllner!
Forderungen im Interesse der arbeitenden Menschen sind gut. Andererseits gibt es den Status quo, das, was ist. Und da gibt es nun einmal jene arbeitenden Menschen, die eine Betriebspension haben bzw. von einer Pensionskasse abhängig sind. Verschlechterungen für ArbeitnehmerInnen müssen in allen Bereichen aufgezeigt und bekämpft werden. Oder?

Informationsgehalt von Null?

Mit Entsetzen las ich in der Ausgabe 12 auf Seite 15, dass aus Einsparungsgründen eventuell daran gedacht ist, die Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« einzustellen. Bloß nicht – NEIN! Es ist die beste Zeitschrift aus dem gesamten ÖGB-Verlag! Lieber verzichte ich auf die Zeitschriften meiner Gewerkschaft, ... deren Artikel einen Informationsgehalt von Null haben. Ich freue mich jedes Monat auf »Arbeit&Wirtschaft« und so soll es bitte auch bleiben.

*Mag. Sabine Pitscheider
Mitglied des Betriebsrates für das wissenschaftliche Personal der Universität Innsbruck*

Mediale Präsenz

In der Dezemberausgabe Ihrer lesenswerten Zeitschrift befand sich unter anderem ein Artikel über die vorbereitenden Arbeitsgruppen für den ÖGB-Bundeskongress. Eine davon beschäftigte sich mit der Zukunft der ÖGB-Presse. Ein Ergebnis oder eine gemeinsame Linie ist da allerdings nicht erkennbar. Da wurde offenbar von abgehobenen oder uninformatierten

Leuten alles über einen Leisten geschert – alle Möglichkeiten von Einstellung, Umfang- und Erscheinungsreduzierung bis zur Beilage zu Tageszeitungen oder Selbstbedienungstaschen oder gar einer »Gratiszeitung« (da hat wohl noch nie wer solche Printerzeugnisse kalkulieren müssen) – ein ganzer Bauchladen von »Einfallen« bis zum Verzicht auf Print- und Konzentration auf elektronische Medien.

Sicher hätte eine Reform der Fachgewerkschaftsblätter, von denen einige heute noch hauptsächlich aus den Reden der Vorsitzenden und den Goldenen Hochzeiten und Betriebsausflügen bestehen, einen hohen Einsparungswert. Aber bei den Qualitätszeitschriften wie der »A&W« und auch der »Solidarität« sollte man Einsparungen nur bei Druck oder Porto u. dgl. – also im technischen Bereich setzen, nicht aber bei der Qualität des Inhalts – ich denke, gerade in der jetzigen schwierigen Situation ist mediale Präsenz wichtiger denn zuvor.

Ich hoffe, dass die »A&W« weiterbesteht und auch in Zukunft ein breitgefächertes Angebot von Beiträgen aus unterschiedlichen Bereichen und von unterschiedlichen Autoren anbieten darf und das Abschaffen und Zusperrern nicht die Reformlinie wird.

PS. Ich bin Student an der BOKU im vorletzten Semester – habe um mein Studium (Studiumsgebühren und meinen Lebensunterhalt) zu finanzieren einen Vollzeitjob – kann mich nicht entscheiden ob ich am Abend Sozialdienst leisten oder Nachhilfe geben soll – wann soll ich eigentlich lernen?

*Martin Stadlbauer
1160 Wien*

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Hohenstaufengasse 10, 1011 Wien,
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

E-Mail: aw@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Ortrun Gauper, Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz, Fritz Luger, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Siegfried Sorz, Andreas Gjecaj, Erik Türk

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Lucia Bauer, Kai Biehl, Reinhard Engel, Astrid Fadler, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Wilfried Leisch, Karl Kollmann, Richard Leutner, Gabriele Müller, Brigitte Pellar, Thomas Plabmann, Kurt Rothschild, Reinhold Russinger, Jacques Sapir, Herbert Wabnegg

Gestaltung:

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer
(Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Hohenstaufeng. 10–12

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller:

Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,
Altmannsdorfer Straße 154–156,
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Leserschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Skiservice:

Je kleiner, desto größer

Auch wenn das Wetter noch nicht passt, die Skisaison hat begonnen. Vor dem Anschwung erfolgt meist ein Skiservice. Die Kosten dafür können erheblich variieren, fand die AK heraus.

In 13 Sportgeschäften haben sich die AK-Konsumentenschützer umgeschaut und zum Teil eklatante Preisunterschiede für ein und die selbe Ski-Serviceleistung festgestellt. Wobei es für die KonsumentInnen nicht immer leicht ist, die verschiedenen Angebote zu vergleichen. Was kosten also Skiservice und Skiverleih? Die Kosten für das kleine Skiservice bei Kinderskiern reichten von knapp acht bis 25 Euro, bei Erwachsenenskiern von fast zehn bis 25 Euro. Auch beim großen Service kamen Kinderskier teurer zu stehen als Erwachsenenskier. Lediglich das mittlere Service ergab im Vergleich keinen

Preisunterschied. Allerdings, der gleiche Preis für Kinder- und Erwachsenenskier in diesem Servicesegment bedeutet natürlich mehr Kosten für Kinderskier. Resümee: Beim Skiservice für Erwachsene gibt es Preisunterschiede bis zu 150 Prozent, bei Kinderskiern sogar bis 214 Prozent. Beim Skiwachsen zahlt man für Erwachsenen- oder Kinderskier den gleichen Preis. Die Preise schwanken von fast sechs bis acht Euro. Beim Skiverleih gibt es Preisunterschiede um 62 bis 68 Prozent. Wer also seine Skier generalüberholen lässt, sollte Leistung und Preis vorher genau vergleichen, rät die AK. *W. L.*

Arbeitslosigkeit:

Finanzieller und sozialer Absturz

Einkommensverluste bei Jobverlust sind das größte Problem der Arbeitslosen. Deshalb fordert die Arbeiterkammer Oberösterreich (AKOÖ) dessen bessere finanzielle Absicherung.

Eine im Auftrag des Landes Oberösterreich mit der Uni Linz durchgeführte Studie »Lebens- und Problemlagen arbeitsloser Menschen in Oberösterreich« untermauert die AK-Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes. Im Rahmen der Untersuchung wurden 519 Arbeitslose befragt.

Ergebnisse: Das AMS arbeite zwar gut, habe aber zu wenig Personal, weil sich die Betroffenen mehr persönliche Beratung wünschen. Ebenso fühlen sich die Arbeitslosen, entgegen der offiziellen Arbeitslosenstatistik, auch wenn sie in Schulungen sind weiterhin arbeitslos. Als die drei schlimmsten Auswirkungen der Arbeitslosigkeit bezeichneten die Befragten zu 44,7 Prozent den Verlust

von Sicherheit, zu 54,4 Prozent Zukunftsängste und zu 81,7 Prozent die finanziellen Einbußen. »Das ist mehr als deutlich«, sagt AKOÖ-Präsident Johann Kalliauer dazu und fordert Konsequenzen: »Erstens muss es auch für Arbeitslose eine Mindestsicherung geben, die über der Armutgefährdungsschwelle von 848 Euro liegt.

Zweitens muss jeder, der die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen will, von den tatsächlichen Arbeitslosenzahlen ausgehen und nicht von den offiziellen Statistiken des AMS.

Und drittens sind alle Überlegungen in Richtung mehr Zeit für individuelle Betreuung der Arbeitslosen zu unterstützen.« *W. L.*

Öffentliche Dienstleistungen:

Europäische Rahmenrichtlinie gefordert

Immer öfter werden in der EU staatliche Beihilfen und Regulierungen für die Bereitstellung öffentlicher Güter für unvereinbar mit dem EU-Binnenmarkt erklärt.

Für ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer zeigt die europaweite Entwicklung der letzten Jahre, dass »die Strategie einer bedingungslosen Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Infrastruktur gescheitert« ist. »Soziale Aspekte wie die Erhaltung von Arbeitsplätzen und ein erschwinglicher Zugang zu Dienstleistungen für alle BürgerInnen müssen Vorrang vor reinen Profitinteressen haben«, sagte der ÖGB-Präsident anlässlich der Unter-

stützung einer Petition des Europäischen Gewerkschaftsbundes, in der die EU-Kommission aufgefordert wurde, europäische Gesetzesvorschläge zum Schutz der öffentlichen Dienstleistungen einzuleiten. Der ÖGB unterzeichnete die Petition gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Dessen Vorsitzender, Michael Sommer, meint: »Die Bereitstellung öffentlicher Güter durch den Staat und unter staatlicher Kontrol-

le ist ein zentrales Element des europäischen Sozialmodells. Sie müssen für alle Bürgerinnen und Bürger leicht, ohne Einschränkungen und möglichst preiswert zugänglich sein und dürfen deshalb nicht der Marktlogik unterworfen werden.« Die Petition, die eine europäischen Rahmenrichtlinie für einheitliche Mindeststandards verlangt, kann online unter www.petitionpublicservice.eu unterzeichnet werden. W. L.

Direktwahl:

Pilotprojekt zur Mitgliederbeteiligung

Direkte Mitgliederbeteiligung soll es in Zukunft im ÖGB geben, z. B. in Form von Regionalkonferenzen. Das Pilotprojekt zur Direktwahl könnte im Burgenland durchgeführt werden.

Laut ÖGB-Reformklausur, die auch Teil der Vorbereitungen auf den ÖGB-Kongress war, soll es in Zukunft in den Bundesländern zwar keine Bezirkssekretariate mehr geben, dafür aber Regionen, die von den Landesvorständen autonom festgelegt werden können. Die neuen Regionalkonferenzen werden künftig in den Landesvorständen und diese wiederum neu im ÖGB-Bundesvorstand mit Sitz und Stimme vertreten sein. Ziel dieser Strukturreform

ist es, Einsparungen in den Bundesländern von rund zwei Millionen Euro zu erzielen. Das sind elf Prozent der gesamten geplanten Einsparungen. »Im Burgenland«, so ÖGB-Landesvorsitzende Sylvia Gartner, »ist der Handlungsbedarf kleiner als in anderen Bundesländern, da wir bereits Bezirke zusammengelegt haben und gemeinsam betreuen.« Sylvia Gartner, die sich bezüglich der Umsetzung der ÖGB-Reform »vorsichtig optimistisch« gibt, be-

urteilt die Aufwertung von Regionen und Ländern positiv. Es wird Themenplattformen, Zielgruppenarbeit und direkte Beteiligung der Mitglieder etwa in Form von Regionalkonferenzen geben und bei diesen Konferenzen die Direktwahl erprobt werden. Sylvia Gartner schlägt vor, das Pilotprojekt zur Direktwahl im Burgenland durchzuführen, das aufgrund der bereits vorhandenen Strukturen sehr gut dafür geeignet sei. W. L.

Einkommensentwicklung:

Durchschnittslöhne hinken nach

Laut Rechnungshof hat die letzte Steuerreform die Bezieher geringer und mittlerer Einkommen benachteiligt. Der ÖGB sieht sich in seiner Kritik an der ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung bestätigt.

Allen Jubelmeldungen zum Jahresende 2006 bzw. zum Jahresanfang 2007 durch die Noch-ÖVP-FPÖ/BZÖ-Regierung und ihr nahestehenden Medien und Institutionen, dass es in den letzten Jahren doch zu einer Realloohnerhöhung gekommen sei, zeigt die Analyse des Rechnungshofes doch eine andere Entwicklung: »Betrachtet man die Entwicklung der Netto-Real-einkommen, so fällt auf, dass die Belastungspolitik insbesondere in den Jahren

2000–2001 zu sinkenden Realeinkommen führte. Darüber hinaus hat die Regierung den zunehmenden Druck auf dem Arbeitsmarkt keine passenden Maßnahmen entgegengestellt«, kritisiert Dr. Richard Leutner, Leitender Sekretär im ÖGB. Statt mehr Vollzeitarbeitsplätze gibt es bloß mehr Teilzeitbeschäftigung. Bei der Steuerreform 2005 wurde zudem auf die ArbeitnehmerInnen mit geringen bzw. mittleren Einkommen vergessen, analy-

siert Richard Leutner: 640.000 ArbeitnehmerInnen im mittleren Bereich bekamen weniger als 20 Euro, und 2,1 Millionen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen im unteren Einkommensbereich bekamen überhaupt keine Entlastung, da die Regierung die Negativsteuer nicht erhöhte. Deshalb verlangt der ÖGB die Verdoppelung der Negativsteuer von 110 auf 220 Euro und eine spürbare Steuersenkung für ArbeitnehmerInnen. W. L.

Faszination Krisenbewältigung

Der Reformprozess ist in vollem Gang.

Auf den ÖGB warten spannende Aufgaben, meint geschäftsführender ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer im Gespräch mit »Arbeit&Wirtschaft«.

Arbeit&Wirtschaft: *Viele Pessimisten und Defätisten zweifeln an unserer Möglichkeit zur Erneuerung. Wie steht's wirklich?*

Rudolf Hundstorfer: Die Reformen sind aus mehreren Blickwinkeln zu betrachten. Ein Blickwinkel ist, dass wir unsere inhaltliche Konzeption insoweit überarbeiten müssen, dass wir auf alle Änderungen in der Arbeitswelt entsprechend vorbereitet sind.

Ich glaube, dass wir die richtigen Antworten haben. Ein Punkt, an dem wir aber noch arbeiten müssen ist, dass wir das auch organisatorisch umsetzen. Ein weiterer wichtiger Blickwinkel ist zum Beispiel auch das Thema atypisch Beschäftigte.

Kritiker sagen, der Reformprozess ist nur ein Lippenbekenntnis.

Eben nicht. Wir haben jetzt unter anderem auch auf Sozialpartnerebene zusammengebracht, dass die sozialrechtliche Absicherung der atypisch Beschäftigten wirksam werden soll. Im selben Papier wird auch das Thema »Lehrlinge« und vieles andere behandelt.

Atypische haben jetzt bessere Versicherungsmöglichkeiten?

Sie werden jetzt überhaupt erst versichert!

Ein anderer Kritikpunkt ist das Verhältnis der Fraktionen, das sich ja bei den Betriebsratswahlen zeigt.

Es darf ja kein Hemmnis sein, sich zu einer Fraktion zu bekennen. Und wenn man sich zu einer Fraktion bekennt, egal zu welcher, so ist das ja auch ein Teil der Demokratie.

Wie steht es mit dem internen Reformprozess?

Wir müssen unsere internen Prozesse demokratischer gestalten. Das müssen wir tun. Unsere internen Abläufe und unsere internen Strukturen müssen nachvollziehbarer und transparenter gestaltet werden. Es gibt zum Beispiel in Zukunft kein Präsidium mehr, sondern einen geschäftsführenden Vorstand. Und die Leitenden Sekretäre bilden die Geschäftsleitung.

Durch die vergangenen Ereignisse hat der ÖGB viele Mitglieder verloren.

Es wird eine unserer dringendsten Aufgaben sein, die Mitglieder, die sich enttäuscht von uns abgewendet haben, wieder zurück zu gewinnen. Das wird nicht immer leicht sein. Wir müssen das Vertrauen der Menschen wieder zurückgewinnen. In der Medienberichterstattung ist Gewerkschaftsarbeit und Interessenspolitik im Sinn der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ja

nicht gerade von prioritärer Bedeutung. Im Gegenteil.

Zu unserem Kerngeschäft: Wir bewegen ja jedes Jahr eine riesengroße Lohnsumme bei den KV-Verhandlungen. Uns wird vorgeworfen, dass die Lohnquote sinkt, dass die Gewerkschaften versagt hätten.

Die Lohnquote sinkt nicht, sondern die Kaufkraft. Der Reallohnzuwachs sinkt. Die Gewerkschaften haben sicher nicht versagt. Was dringend notwendig ist, ist dass die Reallohnzuwächse nicht durch diverse steuerliche Maßnahmen aufgefangen werden. Oder durch diverse Infrastrukturkosten. Und das ist ja auch der Grund, warum wir dringlich eine Steuerreform für kleinere und mittlere Einkommen verlangen. Damit nämlich die Reallohnzuwächse auch effektiv lukriert werden können.

Noch in der vorigen Regierung hat Arbeitsminister Bartenstein von einer Trendwende auf dem Arbeitsmarkt gesprochen ...

Die ist zum großen Teil auf die eher unfreiwillige Teilzeitarbeit zurückzuführen. Um wirklich das Ziel der Vollbeschäftigung bis 2010 zu erreichen, brauchen wir aber eine grundlegende wirtschaftspolitische Neuorientierung. Dazu gehören Investitionen in die Infrastruktur, in



Rudolf Hundstorfer: »Es hat eine Faszination, daran mitwirken zu können, diesen Verein aus der Krise herauszuführen. Es hat eine hohe Faszination, die Krisenbewältigung auch gestalten zu können. Und faszinierend ist es vor allem, daran mitwirken zu können, dass die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gewahrt bleiben.«

die Bildung und in die Forschung. Vor allem brauchen wir kurzfristig eine Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik. Eine der Hauptforderungen des ÖGB an die neue Bundesregierung ist die Wiederherstellung eines funktionsfähigen Arbeitsmarktes in Richtung Vollbeschäftigung.

Was ist mit Neuorientierung in der Arbeitsmarktpolitik konkret gemeint?

Konkret fordern wir unter anderem eine Neudefinition des Arbeitnehmerbegriffes. So müssen zum Beispiel die Schutzbestimmungen des Arbeitsrechts und der Kollektivvertragsbestimmungen auch für atypisch Beschäftigte gelten. Konkret fordern wir, das Auffangnetz für Jugendliche ohne betriebliche Lehrstelle auf mindestens 10.000 Plätze aufzustocken. Konkret fordern wir weiters genügend Personal für das Arbeitsmarktservice und ein Wiedereinstellungsprogramm für Langzeitarbeitslose. Und vor allem fordern wir, dass es keine vorzeitige Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für Arbeitnehmer und Arbeitnehmer aus den benachbarten Ländern gibt.

Wie steht der ÖGB zum Programm der neuen Bundesregierung?

Insgesamt ist das Regierungsprogramm eine gute Grundlage zur Zusammenarbeit zwischen der neuen Bundesregierung und dem ÖGB. Entscheidend für die Arbeitnehmer wird aber die konkrete politische Umsetzung sein. Zu kritisieren ist auf jeden Fall, dass es vorerst keine steuerliche Entlastung für kleine und mittlere Einkommensbezieher gibt, sondern dass die Steuerreform für diese Gruppe auf 2009 bzw. 2010 aufgeschoben worden ist. Dieser Zeitpunkt ist möglicherweise zu spät. Wir brauchen jetzt eine Steigerung der Kaufkraft. Wir brauchen jetzt Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung.

Zu kritisieren ist auch, dass die Kürzungen von 2003 unverändert bestehen bleiben. Menschen, die in Invaliditätspension gehen müssen, können zum Beispiel keinen Gebrauch von der Schwerarbeitsregelung machen.

Insgesamt hätte die Beseitigung sozialer Härten, die durch die Pensionskürzungsreform entstanden sind, wesentlich weiter gehen müssen.

Positiv ist jedenfalls, dass die Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt nach der EU-Erweiterung bekräftigt wird. Was in der Diskussion aber insgesamt fehlt, ist eine klare Positionierung zur EU-Arbeitszeitrichtlinie.

Gibt es noch etwas Positives am Regierungsprogramm?

Grundsätzlich positiv ist natürlich das Bekenntnis zum EU-Verfassungsvertrag und die geplante Umsetzung der Lissabon-Strategie. Ziel der Lissabon-Strategie ist ja, bis 2010 die Vollbeschäftigung zu erreichen und mehr Frauen, Jugendliche und Ältere am Arbeitsmarkt zu integrieren. Positiv ist auch das Bekenntnis zu den EU-weit gültigen Mindeststandards im Bereich Soziales und Beschäftigung und die beabsichtigte Stärkung der europäischen Sozialpartnerschaft.

In Österreich warten viele spannende Aufgaben auf uns: Unser interner Reformprozess ist natürlich weiter fortzusetzen. Aber es geht ja um unsere eigentlichen Aufgaben als Interessensvertretung der Arbeitnehmerschaft. Als Sozialpartner übernimmt der ÖGB gerne die Verantwortung und unterstützt die Regierung mit seinem Expertenwissen. Wir erwarten aber, dass die neue Regierung auf unsere Kritikpunkte eingeht und hier Verbesserungen am Regierungsprogramm vornimmt. Dazu gehören auch Verbesserungen für Schwerarbeiterinnen, bessere Anrechnung von Kindererziehungs- und Arbeitslosenzeiten. Dazu gehört auch die Einführung von wertschöpfungsbezogenen Beitragsgrundlagen in der Sozialversicherung.

Dazu gehört aber auch, dass Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Bartenstein in Zukunft besser mit der Interessensvertretung der Arbeitnehmer kooperiert und nicht vorrangig die Interessen der Unternehmer verfolgt.

Viele Leute fragen, warum tut sich der das eigentlich an? Präsident des ÖGB zu sein ist ja derzeit kein schöner Job.

Es hat eine Faszination, daran mitwirken zu können, diesen Verein aus der Krise herauszuführen. Es hat eine hohe Faszination, die Krisenbewältigung auch gestalten zu können. Und faszinierend ist es vor allem, daran mitwirken zu können, dass die Interessen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gewahrt bleiben.

Kollege Rudi Hundstorfer, wir danken für das Gespräch.



Bedürfnis für Umweltorientierung

Aber: Zwei Drittel der Verbraucher haben ungenügende Umweltinformation.

Mehr staatliche Förderung, Information, Umwelt- und Verbraucherbildung und eine umfassendere Kennzeichnung sind erforderlich, das wären in aller Kürze die Ergebnisse der langfristigen Längsschnittstudie der AK zu »Konsumenten und Umwelt«. Zwar schätzen heute die Verbraucher die Umweltprobleme im Vergleich zu anderen Problemlagen (wie etwa Arbeitslosigkeit oder Pensionsversicherung) etwas geringer ein als vor zehn und 20 Jahren, dennoch ist ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Umweltorientierung vorhanden, so die Ergebnisse der dritten, im Zehnjahresabstand wiederholten Untersuchung. Dabei wird heute zwischen der Situation in Österreich und der weltweiten Situation unterschieden. So finden 29 Prozent, dass sich die Umweltsituation in Österreich verschlechtert hat, aber weltweit gesehen finden dies 57 Prozent.

Im Detail besehen hat das wohl damit zu tun, dass heute die am Markt erhältlichen Produkte für die Umwelt problemloser (37 Prozent heute, 12 Prozent vor 20 Jahren), und sie auch als leichter für den Verbraucher erkennbar gehalten werden (44 Prozent heute und 20 Prozent vor 20 Jahren).

Zwar hat nach Meinung der Österreicherinnen und Österreicher das unübersichtliche Angebot (leicht) zugenommen (48 Prozent meinen dies nun) – auf der anderen Seite nehmen Verbraucher zunehmend häufiger falsche Anhaltspunkte, etwa den Preis als Indikator für Qualität (50 Prozent der Befragten meinen, dass der Preis ein guter Anhaltspunkt für Qualität ist). Dies ist aus verbraucherpoltischer Sicht allerdings eine bedauerliche Entwicklung.

Umweltwissen – Selbsteinschätzung

Der eigene Informationsstand zur Umweltfreundlichkeit von Produkten hat in der Selbsteinschätzung der Konsumenten nicht zugenommen, 36 Prozent der Befragten glauben, dass sie selbst gut informiert sind, – dies bedeutet jedoch, dass sich knapp zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher als unzureichend informiert erachten. Bei den Orientierungshilfen zur Umweltfreund-

lichkeit hat insbesondere die »Art der Kennzeichnung« deutlich zugelegt, für 81 Prozent ist eine entsprechende Kennzeichnung von Wichtigkeit. Allerdings ist die Zufriedenheit mit der Kennzeichnung von Produkten auf mäßiger Höhe gleich geblieben, 35 Prozent sind damit zufrieden.

83 Prozent der Verbraucher halten ein verpflichtendes Umweltzeichen für notwendig. Ebenso hat die Bedeutung des Österreich-Ursprungs von Produkten zugenommen: 53 Prozent erachten die inländische Herstellung als eine für sie wichtige Produktdimension.

Umweltorientierte Verbraucher ziehen sich heute eigentlich quer durch alle Bevölkerungsschichten und Milieus. Die frühere Umweltorientierung der Jüngeren, der Frauen und der besser Gebildeten hat sich weitgehend aufgelöst. Ergänzend dazu zeigt sich im Vergleich mit Deutschland, dass in Österreich das politische Interesse in den letzten Jahren doch dramatisch abgenommen hat – in Deutschland nicht.

Ebenso ist die materialistische Orientierung der Österreicher – im Gegensatz zu Deutschland wo sie gleich geblieben ist – gestiegen. Dennoch aber hat sich in ihren konkreten Ausprägungen die Umweltorientierung der österreichischen Verbraucherinnen und Verbraucher erhalten.

Ganz grundsätzlich erwarten sich die Österreicherinnen und Österreicher mehrheitlich (64 Prozent) eine kritischere Haltung zu Konsumfragen. Hier hat nach Auffassung der AK insbesondere der Staat, also die Regierung, entsprechenden Handlungsbedarf.

Die Regierung hat nicht nur eine intensivere und umfassendere Ökokennzeichnung zu unterstützen und voranzutreiben, dies wäre auch eine Gestaltungsaufgabe auf europäischer Ebene, die Angabe der Herkunftsländer von Waren etwa wäre entscheidend, da diese Herkunftskennzeichnung im Hinblick auf Transportwege und Produktionsbedingungen ein wesentliches Kaufentscheidungskriterium für umweltorientierte Verbraucher ist. Da auch das sozial verantwortungsvolle

Agieren von Unternehmungen zusehends für die Verbraucher relevant wird, wäre die Ökokennzeichnung von Produkten durch Dimensionen der sozialen Verantwortlichkeit von Unternehmungen zu ergänzen.

Ein solches »Ethik-Pickerl«, das vorerst als freiwilliges Gütezeichen eingeführt werden kann, wäre von Seiten der Regierung nachhaltigst zu fördern und zu forcieren. Längerfristig sollte hier auch auf EU-Ebene eine obligatorische Kennzeichnung der sozialen und ökologischen Standards, unter denen ein Produkt hergestellt wurde, realisiert werden. Bei der Energieverbraucher-Kennzeichnung ist das ja auch problemlos gegangen, wie wir alle wissen.

Und die staatlichen Stellen hätten auch eine – so wollen es die Verbraucher – kritischere Informations- und Bildungsarbeit zu Umwelt- und Konsumfragen zu beginnen. Die gesamten Werbe- und Marketingausgaben der Unternehmungen betragen in Österreich rund ein monatliches Konsumbudget des Durchschnittsaushalts per Jahr und Haushalt, dem gegenüber wendet jedoch die öffentliche Hand für Verbraucherinformation eine Größenordnung von 50 Cent pro Jahr und Haushalt auf. Diese völlig asymmetrischen Verhältnisse sind schleunigst zu beseitigen, da sonst die Verbraucher keine Chance auf Markttransparenz haben und ebenso keine Chance haben umweltorientiert zu handeln und zu konsumieren.

Zur Studie

Die AK führt neben einer alle zehn Jahre erhobenen Längsschnittstudie zu allgemeinen Konsumfragen und Verbraucherproblemen eine zweite Längsschnittstudie durch, die sich insbesondere mit umweltorientierten Verbraucherfragen beschäftigt. Die Ergebnisse der letzten Erhebung und der Vergleich mit den vorherigen Ergebnissen – die Erhebung wurde vom Karmasin/Gallup-Institut österreichweit repräsentativ bei 1000 Personen durchgeführt – können unter www.akwien.at

Karl Kollmann, Kurt E. Simperl:
»Konsument und Umwelt 3« bezogen werden. *K. K.*

Einschätzung aus Arbeitnehmersicht:

Regierungsprogramm

Am 9. Jänner 2007 haben SPÖ und ÖVP ein Arbeitsübereinkommen mit dem Ziel vorgelegt, eine gemeinsame Bundesregierung für die nächsten vier Jahre zu bilden.

Autor: Richard Leutner

Leitender Sekretär des ÖGB

Im Einzelnen ist das Regierungsprogramm naturgemäß ein politischer Kompromiss, seine Umsetzung in der Praxis wird für die ArbeitnehmerInnen und ihre Interessenvertretungen daher entscheidend sein. Der Österreichische Gewerkschaftsbund wird dabei in seiner Politik unverändert von dem Grundsatz ausgehen, dass jede Bundesregierung allein danach beurteilt wird, was sie für die ArbeitnehmerInnen und ihre Familien tatsächlich tut.

Insofern enthält das neue Regierungsprogramm auf der einen Seite Punkte, die deutlich zu kritisieren sind – Studiengebühren, Verschiebung der Steuerreform zugunsten kleiner und mittlerer Einkommen auf 2009/2010¹⁾. Es gibt auch viele wichtige Bereiche, wo der ÖGB wesentlich weiter gehende Vorstellungen hat, z. B. bei der Beseitigung sozialer Härten der vergangenen Pensionsreformen. Auf der anderen Seite unterscheidet sich das neue Regierungsprogramm aber fundamental von denen 2000 und 2003, wo Lasten der Budgetkonsolidierung einseitig den ArbeitnehmerInnen aufgebürdet wurden, mit vielen Einschnitten nicht zuletzt im Gesundheitsbereich.

Das neue Regierungsprogramm setzt demgegenüber Akzente im Sozialbereich (Armutsbekämpfung, Obergrenzen für Rezeptgebühren). Auch der wirtschaftspolitische Teil ist grundsätzlich positiv zu bewerten: Der bisherige »Null-Defizit-Fetischismus-um-jeden-Preis« wird überwunden und statt dessen der Schwerpunkt auf mehr Investitionen gelegt. Die

Privatisierungspolitik (ÖIAG) wird nicht weiter fortgesetzt.

Wirtschaft und Arbeit

Dieser erste Kernbereich des neuen Regierungsprogramms beruht im Wesentlichen auf Vorschlägen der Sozialpartner.

Neues System überbetrieblicher Berufsausbildung

Im Bereich Jugendbeschäftigung/Lehrlinge wird zunächst eine völlige Neuorientierung zugunsten der Jugendlichen vorgenommen, die keinen betrieblichen Lehrplatz finden. Statt des bisherigen Auffangnetzes mit seinen aneinandergeschlossenen Zehn-Monats-Kursen soll ein System regulärer Berufsausbildungsangebote, die bis zum Lehrabschluss gehen, kommen. Dabei sollen überbetriebliche Lehrwerkstätten angeboten werden. Eine reformierte neunte Schulstufe, Flächenlehrerberufe und viele andere Maßnahmen sollen dieses neue Konzept ergänzen. Teil dabei soll auch die beiderseitige Lösbarkeit des Lehrverhältnisses sein. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist aber ein Mediationsverfahren und vor allem die garantierte Beendigung des Lehrverhältnisses im neuen System überbetrieblicher Berufsausbildung.

Aktive Arbeitsmarktpolitik wird fortgesetzt

Für die Leistungsfähigkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist zunächst wichtig, dass die Sonderfinanzierung 2006 auch 2007 mit rund 200 Millionen Euro fortgesetzt werden kann, um eine bessere Betreuung der Arbeitsuchenden zu gewährleisten. Weitere Schwerpunkte sind hier eine Attraktivierung der Bildungskarenz und eine Neuordnung der Altersteilzeit zugunsten älterer ArbeitnehmerInnen,

für die die Sozialpartner bis Mitte 2007 Vorschläge erarbeiten sollen, und ein EU-weites Abkommen gegen Lohn- und Sozialdumping im Rahmen der nationalen Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie.

Schwarzarbeit: Generalunternehmerhaftung durchgesetzt

Ziel ist es hier, Schwarzarbeit und den Sozialbetrug durch Schwindelfirmen wirksamer zu bekämpfen. Die Anmeldung zur Sozialversicherung soll künftig generell vor Arbeitsaufnahme erfolgen. Nach langjährigem Bemühen gelang im Regierungsübereinkommen aber auch ein zweiter Durchbruch: Die Haftung des Generalunternehmens für Schwarzarbeit im Rahmen von Aufträgen an Subunternehmen.

Arbeitsrecht und Arbeitszeitflexibilisierung

Wichtig ist hier zunächst, dass das neue Regierungsübereinkommen auch die Stoßrichtung für wesentliche Reformen im Arbeitsrecht enthält, die die Sozialpartner in der kommenden Legislaturperiode gemeinsam angehen wollen (genauere Vorschläge bis Ende 2007). Eine Kodifikation soll die Zersplitterung des Arbeitsrechts bereinigen und die rechtlichen Benachteiligungen von ArbeitnehmerInnen gegenüber Angestellten beseitigen. Ein neu zu schaffendes Arbeitsvertragsrecht soll dafür faire Spielregeln enthalten.

Flexible Arbeitszeiten

Seit vielen Jahren haben die Wünsche der Wirtschaft zur Arbeitszeit eine klare Richtung. Die Normalarbeitszeit soll voll nach den Bedürfnissen der Unternehmen durchgerechnet werden können, und Mehrarbeit soll nicht mit Überstunden-

1) Eine Abgeltung der Mineralölsteuererhöhung, die Pendlerpauschale sowie KM-Geld für ArbeitnehmerInnen wurde nicht vereinbart.

entgelt samt Zuschlag abgegolten werden. Dieser Forderung, die auf Lohnkürzungen hinausläuft, erteilt das Regierungsprogramm auch für die Zukunft eine deutliche Absage. In einem gewissen eingeschränkten Ausmaß trägt das neue Regierungsübereinkommen, das auch hier auf Sozialpartnervorschlägen beruht, allerdings dem Wunsch der Wirtschaft Rechnung, in Fällen erhöhten Arbeitsbedarfs die höchstzulässige (tägliche und wöchentliche) Arbeitszeit zu verlängern: In bis zu 24 Wochen jährlich (derzeit 12 Wochen) soll Überstundenarbeit (mit Zuschlag!) bis zu 12 Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche durch Betriebsvereinbarung zulässig sein. Angesichts der herrschenden Praxis erscheint diese Ausweitung durchaus vertretbar. Auch die neu geschaffenen erweiterten Durchrechnungsmöglichkeiten, z. B. Zulassung von 12-Stunden-Schichten, 4-Tage-Woche (viermal zehn Stunden) und eine Ausdehnung des täglichen Spielraumes für selbst bestimmte Gleitzeit auf zehn Stunden liegen ganz überwiegend im ArbeitnehmerInneninteresse.

Für die Bereitschaft zu mehr Großzügigkeit bei den Höchstgrenzen der Arbeitszeit hat die ArbeitnehmerInnenseite zwei wesentliche Anliegen im Regierungsübereinkommen verankern können:

- Strengere Maßnahmen gegen Verletzungen des Arbeitszeitrechtes,
- ein Mehrarbeitszuschlag (analog Überstundenzuschlag) für Teilzeit soll den Anreiz, Vollzeitarbeit in Teilzeit umzuwandeln, verringern.

Soziales, Gesundheit und Pensionen

Pensionen

Das neue Regierungsprogramm stellt sich zunächst die Aufgabe, Härten der vergangenen Pensionsreformen zu beseitigen – tut dies allerdings nicht ausreichend. Zwei Dinge sind gelungen:

1. Die Verlängerung der abschlagsfreien »Hacklerpension« (55/60) bis 2010,
2. die Reduktion der doppelten Abschläge bei der Korridorpension.

Nicht verankert sind hingegen generelle Verbesserungen für SchwerarbeiterInnen, eine bessere Anrechnung für Kindererziehungszeiten und Arbeitslosenzeiten und besondere Maßnahmen für

Frauen im Pensionsbereich, für die sich der ÖGB auch in der kommenden Legislaturperiode einsetzen muss.

Armutsbekämpfung

Klare Zielsetzung des Regierungsübereinkommens ist hier die weitere Verstärkung der Armutsbekämpfung in Österreich. Das Instrument dafür soll die Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung sein (726 Euro brutto 14-mal). Drei Elemente sind dafür vorgesehen:

1. Die Erhöhung des Ausgleichszulagenerichtsatzes (Pensionen) auf 726 Euro, die schon erfolgt ist,
2. die Vereinheitlichung der Sozialhilfe auf diesem Wert,
3. eine entsprechende Erhöhung der Notstandshilfe und damit des Mindestniveaus in der Arbeitslosenversicherung.

Hinsichtlich der Elemente 2. und 3. sind allerdings (Finanzausgleich!) noch entsprechende Verhandlungen mit den Ländern zu führen. Voraussetzung für die Zuerkennung der Leistungen bleibt bei allen arbeitsfähigen BezieherInnen weiterhin die Arbeitswilligkeit.

Gesundheit

Die neue Bundesregierung bekennt sich zunächst zur umfassenden Versorgung für alle Menschen, unabhängig vom Alter und vom Einkommen. Positiv zu bewerten ist auch, dass keine neuen Selbsthalte angestrebt werden. Darauf aufbauend wird ein ambitioniertes Programm in der Gesundheitspolitik vorgelegt, das seine Schwerpunkte im Bereich Gesundheitsförderung (Schaffung eines eigenen Präventionsgesetzes), dem Ausbau einer integrierten Versorgung für die PatientInnen in allen Bereichen und eine bessere Steuerung im Gesundheitswesen (Vereinbarungen zwischen Bund, Ländern und sozialer Krankenversicherung) hat.

Positiv zu bewerten ist darüber hinaus, dass für die Menschen (möglichst ab 1. Jänner 2008) eine Obergrenze für die Rezeptgebühr in Höhe von zwei Prozent des Einkommens festgelegt wird, was vor allem chronisch Kranken und Älteren helfen wird.

Zur Verhinderung eines Defizites bei der gesetzlichen Krankenversicherung

wird zunächst eine Anhebung aller Krankenversicherungsbeiträge um 0,15 Prozent festgelegt.

Die Aufteilung auf DienstnehmerInnen- und Dienstgeberanteil soll dabei durch Sozialpartnereinigung erfolgen. Die andere Hälfte der erforderlichen Beträge zur Defizitabdeckung soll – wieder aufgrund von Sozialpartnervorschlägen – durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen (z. B. Medikamente, Verwaltung) vorgenommen werden. Vor allem beim zweiten Teil der Finanzierungsvorschläge ist allerdings fraglich, ob die Sozialpartner – die Selbstverwaltung in den Krankenkassen – die dafür notwendigen Instrumente haben. Eine Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage anstatt der Beitragserhöhung und der Einstieg in wertschöpfungsbezogene Komponenten bei der Gesundheitsfinanzierung blieb dagegen ausgespart.

Weiters durchaus positiv zu sehende Kapitel des Sozialteils betreffen den Pflegebereich, Schaffung arbeitsrechtlicher Rahmenbedingungen für die 24-Stunden-Betreuung, Behinderte und die Aufnahme sozialer Grundrechte in die Verfassung.

Darüber hinaus wird einer weiteren wichtigen Forderung der Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen in Zusammenhang mit Scheinselbstständigkeit Rechnung getragen: Freie DienstnehmerInnen sollen nach dem Muster des ASVG voll in die Sozialversicherung integriert werden, was zum ersten Mal Schutz bei Arbeitslosigkeit und im Krankheitsfall bedeutet.

Frauenpolitik

Das Regierungsprogramm wird mit besonderen Schwerpunkten in der Frauenpolitik komplementiert, was in der Schaffung eines eigenen Frauenministeriums, den Problemen bei diskriminierender Arbeitsbewertung und qualitativen AMS-Zielen zum Ausdruck kommt.

Familienpolitik

In der Familienpolitik konnten die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen ihre Forderung nach Flexibilisierung des Kinderbetreuungsgeldes verankern.

Die Prinzipien der ÖGB-Organisation

Die Entwicklungen der österreichischen Gewerkschaftsbewegung und ihrer Organisationsformen sind Gegenstand dieses Beitrags. Prinzipien wie Einheitlichkeit, flexibles Industriegruppenprinzip und Überparteilichkeit werden erklärt wie auch die Fraktionen des ÖGB selbst.

Autorin: Brigitte Pellar

Institut für Gewerkschafts- und AK-Geschichte
in der AK Wien

Die Organisationsform der österreichischen Gewerkschaftsbewegung ist weltweit einmalig. Bis 1934 hatten auch in Österreich die politischen Richtungsgewerkschaften jeweils ihre eigenen Zentralen, wie heute zum Beispiel noch in Italien oder Frankreich. Die größte, die Zentrale der **Freien Gewerkschaften**, war bis 1928 nur ein lockerer Dachverband, wo jede Gewerkschaft und jede Regionalorganisation im Rahmen der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse ziemlich selbständig agieren konnte.

Außerdem gab es neben branchenorientierten Organisationen auch noch viele Fachgewerkschaften für spezielle Berufsgruppen.

Der »**Bund der Freien Gewerkschaften**«, der nur bis 1934 arbeiten konnte, war ähnlich konstruiert wie der Deutsche Gewerkschaftsbund noch heute: Die Zentrale erhielt ein eigenes Vereinsstatut, die Gewerkschaften wurden als »juristische Personen« die Vereinsmitglieder und gleichzeitig schlossen sich viele Vereine zu größeren Organisationen zusammen. Aufgrund der Erfahrungen

der vergangenen Jahrzehnte schienen aber alle diese Varianten den ÖGB-Gründern nicht ausreichend. Sie wollten eine Organisation, die gleichzeitig stark, garantiert staatsunabhängig und für die Anforderungen einer modernen Wirtschaft geeignet ist und gingen dabei von den folgenden Organisationsprinzipien aus:

■ **Einheitlichkeit** – statt vieler Einzelvereine, die nur unverbindlich zusammenarbeiten, ein einheitlicher Gewerkschaftsbund, der alle Einzelgewerkschaften umfasst.

■ **Flexibles Industriegruppenprinzip** – es gibt keine Fachgewerkschaften. Das heißt: In einem Betrieb sind die ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrem Beruf nur mehr in einer oder, soweit es die Angestellten in der Privatwirtschaft betrifft, in zwei Gewerkschaften organisiert.

■ **Überparteilichkeit** – statt Richtungsgewerkschaften eine überparteiliche, aber nicht unpolitische Organisation.

Einheitlichkeit

Dem Prinzip der Einheitlichkeit entspricht die rechtliche Konstruktion des ÖGB. Es gibt nur mehr einen Verein, den Gewerkschaftsbund, mit Geschäftsstellen in jedem Bundesland, das sind die Landesexekuti-

ven, die später in »Landesorganisationen« umbenannt wurden. Die Gewerkschaften sind Teilorganisationen des »Vereins ÖGB«, deren Aufgaben und Kompetenzen in den Statuten festgelegt sind.

Deshalb liegt zum Beispiel die Letztentscheidung darüber, ob eine Gruppe die Gewerkschaftszugehörigkeit wechseln darf oder ob sich zwei Gewerkschaften vereinigen können, beim Bundeskongress oder beim ÖGB-Vorstand.

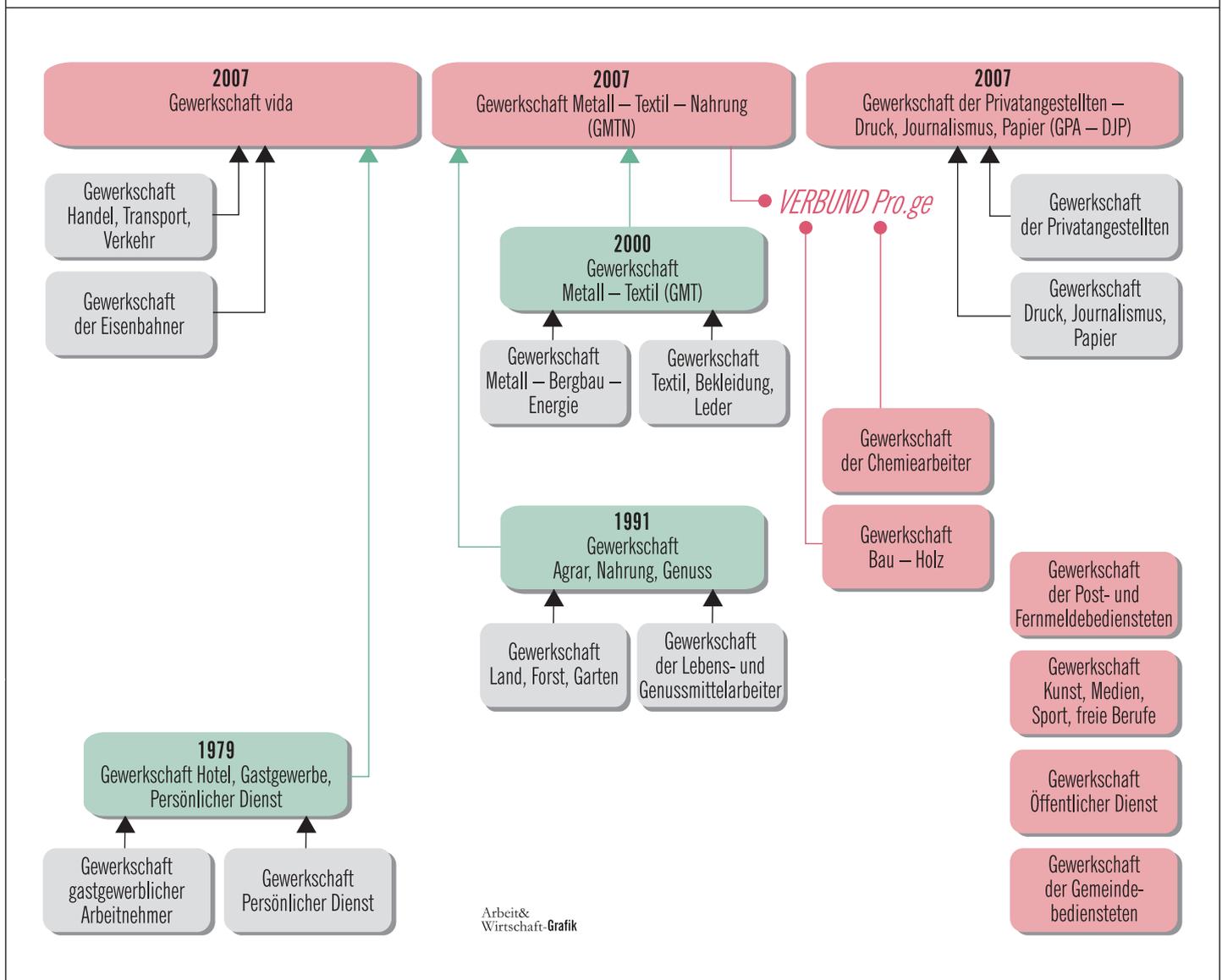
Manche selbstbewusste GewerkschafterInnen waren und sind mit dem Zwang zum internen Interessenausgleich, der dadurch gegeben ist, alles andere als glücklich. Aber er ist wesentlich mitverantwortlich dafür, dass die österreichische Gewerkschaftsbewegung noch immer eine der stärksten der Welt ist.

Keine Fachgewerkschaften

Das Industriegruppenprinzip geht davon aus, dass Kollektivverträge in der modernen Wirtschaft nicht mit einzelnen Gewerbetreibenden, sondern für die Unternehmen einer oder mehrerer Branchen abgeschlossen werden, in denen ArbeitnehmerInnen mit sehr unterschiedlichen Berufen arbeiten, und dass die Betriebsräte und Personalvertretungen für die gesamte Belegschaft eines Unternehmens sprechen.

Eine Fachgewerkschaft müsste also zum Beispiel mit zehn verschiedenen Ar-

Die Entwicklung zu neun ÖGB-Gewerkschaften bis Jänner 2007



beitgebergruppen verhandeln, weil eine Druckerei einen Betriebselektriker ebenso braucht wie ein landwirtschaftlicher Großbetrieb oder eine Bankzentrale. Und der Betriebsrat eines Stahlunternehmens hätte es mit einer ganzen Reihe von Gewerkschaften zu tun, wenn er Fragen für den Betriebstischler oder die Kantinenköche klären muss.

Deshalb ist der erwähnte Haustischler bei der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung organisiert und nicht bei der Gewerkschaft Bau-Holz.

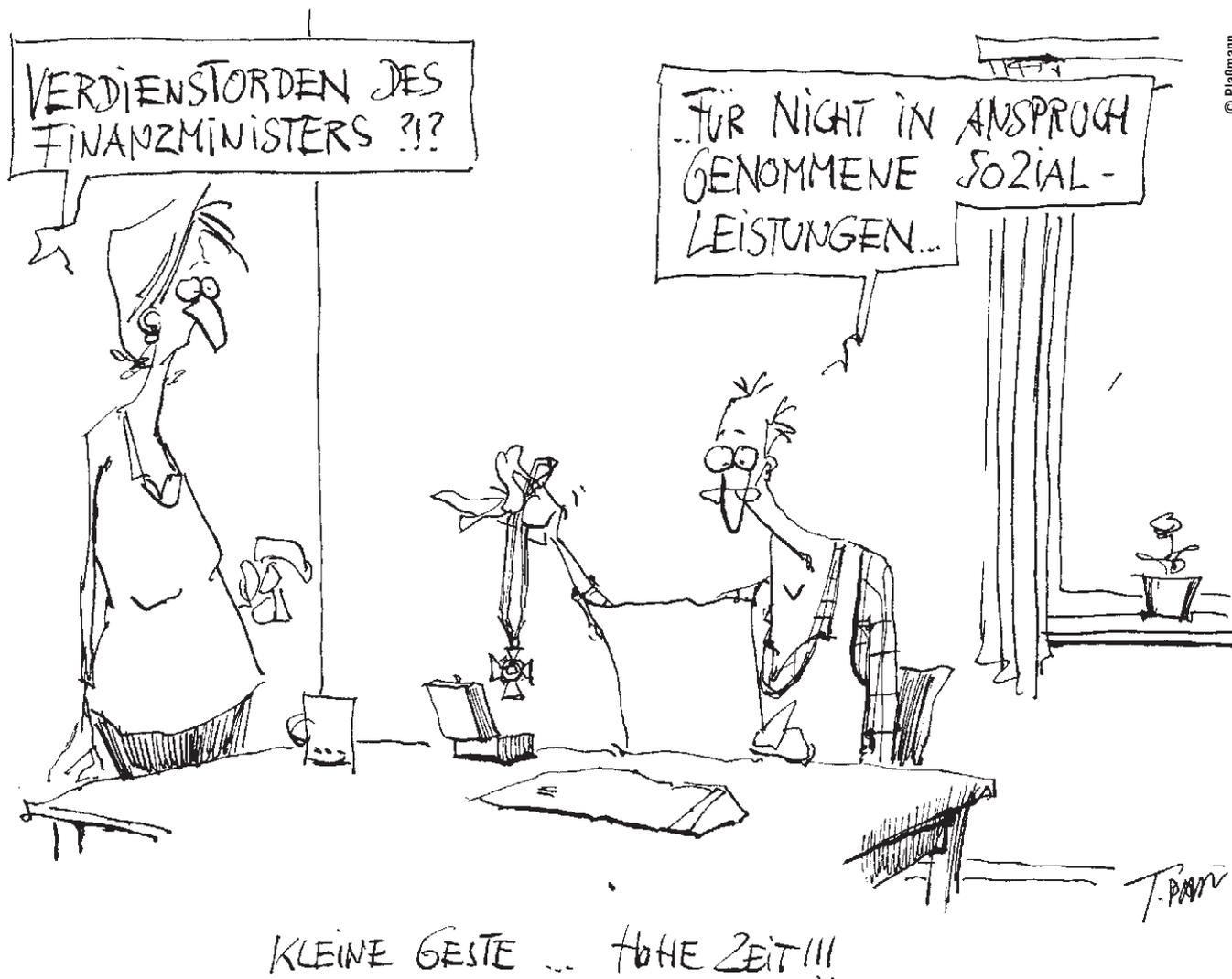
Gleichzeitig sollte aber genug Flexibilität gesichert werden, um besondere

Situationen berücksichtigen zu können. Dabei ging es vor allem um die 1945 noch kleine Gruppe der Angestellten, die ja auch vielfach eigene Betriebsräte haben.

Und bei Unternehmen wie dem österreichischen Energiekonzern OMV, der sowohl eine Erdöl- als auch eine Erdgasproduktion betreibt, waren, so lange kein organisatorischer Zusammenschluss stattfand, abgesehen von den Angestellten selbstverständlich zwei weitere Gewerkschaften zuständig, da die Erdgasproduktion bei den Chemiarbeitern angesiedelt ist.

Ständige Organisationsreform

Die Zuordnung zu den Gewerkschaften war auf jeden Fall nicht einfach und sie brauchte deshalb mehrere Jahre. Für manche Gewerkschaften war die Veränderung gegenüber der Ersten Republik besonders gravierend, da sie einen erheblichen Teil ihres Organisationsbereichs verloren, damit die vor 1945 in dieser Form nie existierenden Gewerkschaften der öffentlich Bediensteten, der Gemeindebediensteten und der Post- und Telegraphenarbeiter entstehen konnten.



© Pfaffmann

Aus den 16 Gewerkschaften, in die sich der ÖGB bei seiner Gründung gliederte, sind mittlerweile neun geworden, weil die wirtschaftlichen Umbrüche neue Schwerpunkte notwendig machen. Dabei bestätigten sich die Erfahrungen von 1945 jedes Mal aufs Neue: Es ist nie leicht, bis die ideale Organisationsform bei neuen Herausforderungen gefunden wird, aber es ist möglich.

Der erste Zusammenschluss innerhalb des ÖGB fand 1978 statt. Damals vereinigten sich die Gewerkschaften der **gastgewerblichen Arbeitnehmer** und die **Gewerkschaft Persönlicher Dienst** zur **Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, persönlicher Dienst (HGPD)**. Als nächste Gruppe schloss sich die Gewerkschaft Land-Forst-Garten der Gewerkschaft der Lebens- und Genussmittelarbeiter an; so entstand 1990 die Ge-

werkschaft Agrar-Nahrung-Genuss (ANG).

Die Richtlinien der ÖGB-Bundeskongresse von 1991 bis 2003 zur Organisationsreform beschleunigten dann den Neustrukturierungsprozess. Zunächst bildeten sich Kooperationsplattformen und engere Zusammenschlüsse zwischen den nunmehr 14 Teilgewerkschaften. Im Jahr 2000 entstand dann aus dem Zusammenschluss der **Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie** und der **Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Leder** die **Gewerkschaft Metall-Textil (GMT)**.

Der Versuch der GMT und der Gewerkschaft der Privatangestellten, unter Einbeziehung mehrerer kleinerer Produktionsgewerkschaften den **Block »Neue Gewerkschaft«** zu begründen, war dagegen nicht erfolgreich, und auch die **Kooperationsplattform »infra«**, der die

meisten anderen Gewerkschaften beitrugen, kam über das Versuchsstadium nicht hinaus.

Erfolgreich waren aber die Bemühungen um den Zusammenschluss der **GMT und der Gewerkschaft ANG zur Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN)**, der 2006 erfolgte.

Ebenfalls 2006 fusionierten die drei Gewerkschaften der **Eisenbahner, Handel, Transport, Verkehr und HGPD** zur **Gewerkschaft vida**.

Auch die **Gewerkschaft der Privatangestellten** und die **Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier** entschieden sich noch rechtzeitig vor dem 17. ÖGB-Bundeskongress, der Ende Jänner 2007 stattfindet, für eine Vereinigung.

Die GMTN wird Teil eines neuen Gewerkschaftsverbands der Produktionsgewerkschaften, der unter dem

namen pro.ge auch die Gewerkschaften der **Chemiearbeiter** und **Bau-Holz** umfasst.

Überparteilichkeit

Auch die Überparteilichkeit ist ein Prinzip, um das immer wieder neu gekämpft werden muss. In der ersten Zeit nach der ÖGB-Gründung bestand durchaus die Gefahr, dass die weltanschaulichen Gegensätze doch noch die Oberhand gewinnen könnten. Besonders in Kreisen der ÖVP wurden einige Male Stimmen laut, die den Austritt aus dem Gewerkschaftsbund verlangten.

Unter den Sozialisten gab es anfangs ebenfalls Anhänger der Richtungsgewerkschaft, doch waren sie Realisten genug, um die Vorteile der Überparteilichkeit anzuerkennen: Denn sie verhindert, dass die Gewerkschaften durch Unternehmen und Regierungen gegeneinander ausgespielt werden.

»Überparteilich« bedeutet natürlich nicht »unpolitisch«. Die Vorstellung, dass GewerkschafterInnen mit unterschiedlichen Ansichten von der Aufgabe des Staates und vom Zusammenleben in der Gesellschaft ihre Überzeugung sozusagen in der Garderobe aufhängen, bevor sie den ÖGB betreten, war von Anfang an unrealistisch und auch nicht wünschenswert.

Es gab natürlich die Kontakte zu den politischen Parteien, und es war sogar wichtig, dass möglichst viele GewerkschafterInnen als PolitikerInnen in den Parteien Einfluss bekamen.

Nach und nach entstanden so die Fraktionen und Gruppen, die man als eine Art von »Gewerkschaftsparteien« bezeichnen kann und die mittlerweile auch nach den Statuten Teil der Gewerkschaftsorganisation sind.

Fraktionen

Von den drei ehemaligen Richtungsgewerkschaften, die sich 1945 im ÖGB zusammenschlossen, begannen zuerst die KommunistInnen mit der Fraktionsbildung. Ab 1952 nannten sie sich »**Fraktion der gewerkschaftlichen Einheit/GE**«. 1968 spaltete sich die GE wegen der unterschiedlichen Haltung ihrer Mitglieder zum Einmarsch der

Warschauer-Pakt-Truppen in die Tschechoslowakei.

Die Kritiker der Militäraktion gegen die Reformkommunisten des »Prager Frühlings« bildeten eine eigene Gruppe, die den alten Namen beibehalten konnte und sich später stark der neuen politischen Partei der »**Grün-Alternativen**« annäherte. Die traditionelle kommunistische Fraktion führt seit damals den Namen »**Gewerkschaftlicher Linksblock/GLB**«.

Ein Teil der christlichen Arbeiter und Angestellten sammelte sich ab 1945 auf politischer Ebene im »**Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbund/ÖAAB**«, der zusammen mit dem Bauernbund, der politischen Organisation der Landwirte, und dem Wirtschaftsbund, der politischen Organi-

»Die Trademark der Zweiten Republik war über Jahrzehnte die »Konsensdemokratie«, die davon ausgeht, dass faire Kompromisse allen Beteiligten mehr Vorteile bringen als ein unreflektierter Konfrontationskurs.«

sation der Selbständigen und Unternehmer, die Österreichische Volkspartei bildet. Bis 1951 war die Fraktion der Österreichischen Volkspartei im ÖGB ein Teil des ÖAAB. 1952 konstituierte sich dann mit Unterstützung der katholischen Arbeiterverbände eine eigene »**Fraktion christlicher Gewerkschafter/FCG**«.

Die Parteiarbeit der Sozialisten in den Betrieben wurde zunächst vom Betriebsreferat der SPÖ, also von einer Parteiinstanz durchgeführt.

Als letzte, und eigentlich als Folge der Fraktionsbildung der anderen Parteien, bauten die Sozialisten ab 1952 dann die »**Fraktion Sozialistischer Gewerkschafter/FSG**« auf. Nach der Änderung des

Parteinamens wurde sie in »**Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen**« umbenannt.

Aufgrund der Wahlergebnisse in den Betrieben und Dienststellen hatte und hat die FSG die führende Position im ÖGB und in fast allen Gewerkschaften inne.

Die Erfolge der FCG bei den Personalvertretungswahlen seit 1967 führten dazu, dass die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst als einzige Gewerkschaftsorganisation mehrheitlich von der christlichen Fraktion geführt wird und diese den Gewerkschaftsvorsitzenden stellt.

Um aber auch die kleineren Gruppen einzubinden, sind sie alle als kooptierte Mitglieder im ÖGB Bundesvorstand vertreten. Das gilt für die KommunistInnen des GLB, aber zum Beispiel auch für die GE oder die **freiheitlichen Arbeitnehmer**.

Prinzip der Toleranz

Voraussetzung für das Erhalten der Einheitlichkeit und Überparteilichkeit des ÖGB war und ist Toleranz gegenüber den verschiedenen politischen Richtungen, soweit sie die Grundlagen der demokratischen Republik Österreich und selbstverständlich die Statuten des Gewerkschaftsbunds anerkennen.

Natürlich kam es während der 60 Jahre, in denen der ÖGB besteht, auch zu heftigen Konflikten, aber schließlich siegte immer noch das Prinzip der Toleranz im gemeinsamen ArbeitnehmerInneninteresse. **Die Trademark der Zweiten Republik war über Jahrzehnte die »Konsensdemokratie«, die davon ausgeht, dass faire Kompromisse allen Beteiligten mehr Vorteile bringen als ein unreflektierter Konfrontationskurs.**

Die Organisationsform und die politische Praxis des ÖGB trugen entscheidend dazu bei und werden genau deshalb von jenen in Frage gestellt, die eine »Konfliktdemokratie« für schicker oder lukrativer halten.

(Der Beitrag ist ein erweiterter und aktualisierter Abschnitt aus einem Beitrag zur ÖGB-Geschichte im ÖGB-Jahrbuch 2005.)

Ohne uns geht nichts!

Für eine Interessenspolitik im Sinn der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen spricht sich Rudolf Kaske, Vorsitzender der neuen Gewerkschaft vida, aus.

Arbeit&Wirtschaft: *Dass drei Gewerkschaften zusammengehen hat's zwar jetzt schon einige Male gegeben, aber trotzdem ist das ein wichtiger Schritt zur ÖGB-Reform.*

Rudolf Kaske: »vida« heißt ja auf Spanisch »das Leben« und wir sehen uns als die Lebensgewerkschaft. Die Gewerkschaften der Eisenbahner, HTV (Handel, Transport, Verkehr) und HGPD (Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst) haben im Juni 2005 beschlossen eine neue gemeinsame Gewerkschaft zu gründen. Der Gründungsprozess hat nur eineinhalb Jahre gedauert. Die Gewerkschaft »vida« deckt die Bereiche Verkehr und Dienstleistung ab.

Nach welchem Prinzip ist dieser Prozess verlaufen?

Bei diesem Prozess ging es uns nicht darum, wie viele Mitglieder die drei Gewerkschaften eingebracht haben. Wir haben auf das Einstimmigkeitsprinzip großen Wert gelegt. Das war nicht immer einfach, hat nach längeren Diskussionen aber zum Erfolg geführt. Dabei war uns wichtig, alle Beteiligten zu überzeugen, jeden Schritt in diesem Prozess gemeinsam zu gehen. Das war sehr spannend und natürlich oft erst im Zieleinlauf erfolgreich. Ich denke nur an die Frage der Statuten, die wir mehrmals im Überleitungspräsidium andiskutiert haben. Sie wurden letztendlich erst im letzten Überleitungspräsidium im November – knapp vor dem Gewerkschaftstag – beschlossen.

Aber der Erfolg hat uns recht gegeben: Beim Vereinigungskongress der Lebens-

gewerkschaft vida wurden diese Statuten dann einstimmig beschlossen. Und das zeigt, dass der Prozess, aus meiner Sicht zumindest, gut vorbereitet war. Die Gewerkschaft vida kann so in eine erfolgreiche Zukunft gehen.

Wie ist die Struktur der neuen Gewerkschaft »vida«?

Was vielleicht in der tagespolitischen Diskussion und der Gründungsdiskussion untergegangen ist: Wir decken neben dem Verkehr und den privaten Dienstleistungen auch den großen Bereich der Pflege, Gesundheit und Wellness ab. Wir haben dazu drei Sektionen: Die Sektion Verkehr, die Sektion soziale, persönliche Dienste und Gesundheitsberufe und die Sektion private Dienstleistungen. Was die Sektion Verkehr betrifft gibt es hier eine Besonderheit. Es gibt, soweit ich weiß, keine zweite Verkehrsgewerkschaft, wo Verkehrsträger zu Lande, zu Wasser, in der Luft und auf der Schiene in einer Gewerkschaft gemeinsam vertreten werden. Das ist europaweit wohl einmalig.

Der Bereich soziale, persönliche Dienste und Gesundheitsberufe kümmert sich um Zukunftsbranchen. Hier sehe ich viele Möglichkeiten nicht nur für die Lebensgewerkschaft »vida«, sondern für den gesamten ÖGB. Hier können wir auch in Zukunft Mitglieder gewinnen. Ich erinnere nur an die aktuelle Pflege- und Betreuungsdebatte im Sommer 2006. Dazu ein paar Zahlen: Wir haben heute in etwa dreihunderttausend Achtzigjährige. Im Jahr 2050 wird es knapp eine Million sein. Das sind dreimal so viele. Ich glaube nicht, dass sich

daraus dreifacher Betreuungsbedarf ergibt, aber es wird zumindest zu einer Verdoppelung der Betreuungsleistungen kommen. Das heißt einerseits Beschäftigungschancen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in dem Bereich, aber auch Chancen für die Gewerkschaft, dort in Zukunft vermehrt Mitglieder zu gewinnen.

In welchem Bereich noch?

Der dritte Bereich sind die privaten Dienstleistungen. Hier haben wir einerseits den Tourismus, der in den letzten Jahren auch ein Jobmotor und Beschäftigungsbringer gewesen ist. Da hat sich in den letzten Jahren viel entwickelt. In dieser vida-Sektion sind aber auch Reinigung, Wartung und Sicherheit angesiedelt. Wir alle wissen, dass das Sicherheitsbedürfnis in der Bevölkerung stetig steigt. Auf den Flughäfen etwa sind Reinigung, Wartung und Sicherheit auch ein Wachstumsbereich – lauter vida-Berufsgruppen.

Ein anderes Beispiel: Bei multinationalen Konzernen und der Industrie denkt man meist an große Stahlwerke, an Automobilfabriken oder Autocluster. Kaum jemand weiß, dass der größte Dienstleistungsindustriebetrieb eine Reinigungsfirma mit mehr als 350.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist, nämlich ISS, eine dänische Firma, die weltweit tätig ist. Ich glaube, das ist vielen bisher verborgen geblieben. Wir haben auch in diesem Bereich einen starken Zuwachs an Beschäftigung. Leider nicht immer Vollzeitbeschäftigung, sondern auch Teilzeit und geringfügige Beschäftigung – aber



Rudolf Kaske: »Ich glaube, wenn wir den Anspruch stellen – und da stehen wir voll hinter unserem Präsidenten – eine der modernsten, oder die modernste Gewerkschaftsbewegung Europas zu werden, gilt es

- a) das Vertrauen zurückgewinnen,**
- b) neue Mitglieder zu gewinnen und**
- c) eine Interessenspolitik zu machen, zu der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sagen: »Ohne ÖGB geht nichts!« Auf den Punkt gebracht: »Ohne uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht nichts in dieser Republik!««**

um genau diese Beschäftigten wollen wir uns auch in Zukunft vermehrt kümmern.

Und dann gibt es natürlich auch andere Bereiche bei den privaten Dienstleistungen. In der Gewerkschaft *vida* vertreten wir auch diverse Berufe, wie Handelsarbeiter und Abfallwirtschaft. Von der Pilotin, dem Lokführer, den Kolleginnen und Kollegen im sozialen Gesundheits- und Betreuungsbereich bis hin zum evangelischen Friedhofsgärtner spannt sich der Bogen der Berufsgruppen in dieser Gewerkschaft.

Warum Lebensgewerkschaft *vida*?

Mehr als 120 Kollektivverträge verhandelt die neue Gewerkschaft *vida* jedes Jahr. Dazu kommen hunderte Betriebsvereinbarungen. Das sind tausende Seiten Papier, die Arbeitszeiten regeln und den Beschäftigten Jahr für Jahr eine Einkommenserhöhung zusichern. Aber all diese Worte, Vereinbarungen und Erklärungen stehen nicht nur für Zeit und Geld, sondern vielmehr für die persönliche Lebensqualität. All die großen Kleinigkeiten des menschlichen Lebens sind auch in Arbeitsverfassungsgesetz, im Arbeitsrecht, in all den Kollektivverträgen und Betriebsvereinbarungen geregelt, um die sich die Gewerkschaft kümmert. Wir wollen die Basis dafür schaffen, das Leben der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer planbarer zu machen.

Wie passen diese unterschiedlichen Berufe unter eine Gewerkschaft?

Diese Frage wird auch von Politologen gerne gestellt: Was hat denn der Schaffner mit der Kollegin von Essen auf Rädern, was der Tourismusmitarbeiter mit der Friseurin etc. gemeinsam? Ich nenne nur ein praktisches Beispiel: Flughafen Wien Schwechat. Zu unserer Gewerkschaft gehören von den Piloten angefangen, den Sicherheitsdiensten, dem Airline-Catering bis zu den Flugbegleiterinnen alle. Wir betreuen sozusagen als *vida* den größten Teil der Beschäftigten auf Flughäfen ab. Deswegen haben wir in Schwechat eine eigene *vida*-Anlaufstelle eingerichtet. Wenn ich mir den Bereich der ÖBB anschau, so decken wir vom Lokführer, dem Zugbegleiter, den Zugres-

taurants, den Bahnhofsrestaurants bis zur Waggonreinigung, die ja vor einiger Zeit ausgegliedert worden ist, sich aber jetzt in der *vida* wieder findet, alles ab.

Die ÖGB-Jugendzeitung »Hallo« und andere fragen »Warum sind die so bunt zusammengewürfelt?« Ich sage, das macht Sinn. Längst bleiben die Menschen nicht mehr ein Leben lang im selben Beruf und damit in einer Gewerkschaft. Längst vermischen sich berufliche und private Sorgen und Probleme. Um all das will sich die Lebensgewerkschaft *vida* kümmern mit ihren Expertinnen und Experten in den drei großen Bundessektionen.

Für mich klingt das als Stärkung der Arbeitnehmervertretung. Schlagkräftiger. Sie hat mehr Gewicht beim Verhandeln.

Was wir seit Jahren immer wieder erleben, sind Drohungen in einzelnen Unternehmen: »Wenn die Gewerkschaft über Gebühr Forderungen stellt, gliedern wir aus.« Das hören wir im Schienenbereich, im sozialen Bereich oder im privaten Dienstleistungsbereich. Durch Formation der *vida* finden sich aber alle in der selben Gewerkschaft mit demselben Verhandlungspartner wieder. Das macht aus unserer Sicht Sinn. Wie du richtig sagst, führt das zu Stärkung. Immerhin will man mit Ausgliederungen oft die Arbeitnehmerinteressenvertretung schwächen.

Letzten Endes ist ja der ÖGB so stark wie seine Gewerkschaften. Wenn da eine Gewerkschaft stärker ist, dann ist der ÖGB ja auch gestärkt.

So ist es. Starke Einzelgewerkschaften, starke Fachgewerkschaften, stärken natürlich auch das Dach, den ÖGB.

Die grundlegenden Strukturprobleme sind ja in fast allen Sparten gleich. Das Bild der Beschäftigung ändert sich eben, weil es immer mehr atypisch Beschäftigte gibt. Das Problem habt ihr wahrscheinlich auch.

Ganz genau.

Wie erfasst man die Leute, wie ändert man, dass sie ein bisschen mehr Rechte

haben und dass die Arbeitsgesetze und die Schutzgesetze nicht umgangen werden?

Einer unserer Schwerpunkte, so wie einer der Schwerpunkte des ÖGB, ist natürlich die Erfassung der atypisch Beschäftigten. Von geringfügig Teilzeitbeschäftigten bis zu den neuen Selbständigen. Wir dürfen nicht vergessen: Wir haben über drei Millionen Beschäftigte, davon sind rund eine Million atypisch beschäftigt. Von den rund zwei Millionen unselbständig Werkstätigen in einem weitgehend geregelten Arbeitsverhältnis sind rund eine Million Gewerkschaftsmitglieder. Was will ich damit ausdrücken? Natürlich muss ein Signal gesetzt werden in Richtung atypisch Beschäftigte. Ich sage aber auf der anderen Seite, dass wir auch noch eine Million unselbständig Erwerbstätige in sogenannten Regeldienstverhältnissen zu organisieren hätten. Und die sollen wir bei unserer Arbeit und Mitgliederwerbung nicht außer Acht lassen, sondern für die müssen wir auch Ansprechpartnerin sein und bleiben.

Manche sagen, wir hätten das verschlafen. Das glaube ich nicht. Aber es hat sich halt die Struktur geändert. Früher hat es mehr Großbetriebe gegeben, die hat man leichter erfassen können, und jetzt sind die alle »zerspragelt« in Kleinstbetrieben.

Ganz genau. Oder durch Ausgliederungen. Auch das ist ein Thema, dem wir uns stellen müssen. Oft war es so, dass sich natürlich Betriebsrätinnen und Betriebsräte in erster Linie der Stammbesellschaft gewidmet haben und nur in zweiter Linie jenen, die ausgegliedert worden sind. Weil das oft die Zuständigkeit einer anderen Gewerkschaft war und ist. Das ist ein Vorteil der *vida*, Stichwort z. B. ÖBB, wo die Zugreinigung ausgegliedert wurde. Die waren früher bei der Gewerkschaft der Eisenbahner, und dann bei der Gewerkschaft HGPD. Jetzt gibt es zwar unterschiedliche Sektionen, aber in einer Gewerkschaft. Und das ist – sag ich mal – das Besteckende am Modell »*vida*«.

Tolle Sache. Wird das nicht irgendwann einmal dazu führen, dass sich alle zusammenschließen?

Wir stehen jetzt vor einem Neustart. Und mit dem ÖGB-Kongress im Jänner dieses Jahres stehen wir am Beginn eines Reformprozesses, der in den nächsten Jahren zügig angegangen werden muss. Da gibt es verschiedene Denkmodelle, wie wir zu einer der modernsten Gewerkschaftsbewegungen Europas werden könnten. Entscheidend ist, dass sich die Mitglieder, unsere Kolleginnen und Kollegen, bestmöglich vertreten fühlen. Das ist alles, was zählt. Wir haben im letzten Jahr im Vorfeld der vida-Gründung von Juli bis September noch vor den ÖGB-Konferenzen sogenannte Wiederaufstiegskonferenzen gemacht. Dort hat es sehr klare Antworten unserer Mitglieder gegeben. Es haben sich ja rund 1.300 Kolleginnen und Kollegen an diesen Open-Space-Veranstaltungen beteiligt. An erster Stelle der von ihnen gereihten Themen standen Lohn-, Kollektivvertrags- und Beschäftigungspolitik. An zweiter Stelle die Herbeiführung besserer Arbeits-, Einkommens- und Sozialbedingungen. An dritter Stelle Beratung und Rechtsschutz in beruflichen Angelegenheiten. Und an vierter Stelle die Gleichstellung von Frau-

en und Männern, Stichwort Lohnpolitik. Das passt ja auch wieder zu Punkt eins. Das wird sozusagen als Kernkompetenz der Gewerkschaften gesehen, und ich glaube, daran müssen wir arbeiten und unsere übrigen Leistungen ausbauen.

Wenn man die Stimmen zur ÖGB-Reform anhört, überwiegen eigentlich die Pessimisten oder Defätisten. Wenn man das aber versucht zu analysieren, so sind das halt die bürgerlichen Medien, denen wir wenig in den Weg stellen können.

Das Eine ist die Sicht der Medien auf den ÖGB – die Außensicht. Das andere ist, wie uns die Mitglieder sehen. Bei unseren Befragungen haben wir gesehen, dass die Kolleginnen und Kollegen ziemlich optimistisch in Hinblick auf den Wiederaufstieg waren. Das glauben insgesamt 88,4 Prozent. Fast neun von zehn haben also gesagt: »Ja, der ÖGB und die Gewerkschaften schaffen diesen Wiederaufstieg.«

Das ist entgegen all der Stimmen, die immer publiziert werden.

Ja, und ich betone noch einmal: Für uns zählt sozusagen die Stimme des Volkes, die Aufträge unserer Mitglieder. Und nicht was an Meinungsmache veröffentlicht wird.

Die veröffentlichte Meinung ist nicht das selbe wie die öffentliche Meinung. Der alte Hut. Da hast du das sehr gut, nicht nur philosophisch, auf den Kern zurück gebracht.

Ich glaube, wenn wir den Anspruch stellen – und da stehen wir voll hinter unserem Präsidenten – eine der modernsten, oder die modernste Gewerkschaftsbewegung Europas zu werden, gilt es

- das Vertrauen zurückzugewinnen,
- neue Mitglieder zu gewinnen und
- eine Interessenspolitik zu machen, zu der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sagen: »Ohne ÖGB geht nichts!« Auf den Punkt gebracht: »Ohne uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geht nichts in dieser Republik!«

Kollege Rudi Kaske, wir danken für das Gespräch.



Zum Thema Wettbewerbsfähigkeit

In der wirtschaftspolitischen Ideologie und Rezeptur der vorherrschenden neoliberalen Strömung spielen Wettbewerb und Wettbewerbsfähigkeit eine prominente Rolle.

Autor: Kurt Rothschild

Professor emeritus der Wirtschaftswissenschaften
an der Linzer Universität

Kombiniert mit Liberalisierung und Globalisierung sollen sie zu einer weltweiten Spezialisierung führen, bei der Güter und Dienstleistungen in den jeweils effizientesten Unternehmen produziert werden. Damit soll eine preiswerte Produktion und ein größeres Wirtschaftswachstum erreicht werden. Sicherung und Förderung des Wettbewerbs und Beseitigung von nationalen und globalen Wettbewerbshemmnissen stehen daher im Mittelpunkt der neoliberal orientierten »Freiheiten« der EU, der amerikanischen Wirtschaftsideologie und der Grundsätze der Welthandelsorganisation WTO.

Dogma vom unregulierten Wettbewerb

Ohne die Bedeutung von Wettbewerb für Motivierung und die Erzielung besserer Leistungen generell und im ökonomischen Bereich zu leugnen, ist es doch wichtig, die Besonderheiten und Fallgruben der gegenwärtigen Verwendung eines undifferenzierten Wettbewerbspostulats in einer höchst heterogenen und komplexen Welt zu beleuchten. Vorweg soll fest-

gestellt werden, warum durch Jahrhunderte hinweg Wirtschaftswissenschaftler eine Tendenz zeigten, für internationalen Wettbewerb und unbeschränkten Freihandel einzutreten. Diese Tendenz beruht auf dem berechtigten Hinweis, dass durch internationale Spezialisierung und internationalen Austausch von Waren und Dienstleistungen weit höhere Leistungen und ein höherer Wohlstand erzielt werden kann, als durch autarke Strategien, die sich gegen einen solchen Austausch versperren oder ihn im Interesse einzelner Gruppen einschränken. Diese grundlegende Befürwortung eines internationalen Handels und Wettbewerbs ist aber noch keine Rechtfertigung für das von vielen Ökonomen und neoliberalen Ideologen vertretene **Dogma** eines unbeschränkt freien und unregulierten internationalen Wettbewerbs. Es ist diese Verabsolutierung des Freihandels, die heute in ihrem Einfluss auf die Forderung nach nationaler Wettbewerbsfähigkeit eine gefährliche Rolle spielt.

Zunächst soll betont werden, dass »Wettbewerbsfähigkeit« zwar in Bezug auf individuelle Unternehmen eine einigermaßen eindeutige Definition darstellt, nicht aber wenn der Begriff, wie das heute geschieht, auf Staaten und deren wirtschaftspolitische Aufgaben angewandt wird. In diesem Fall, mit dem wir uns jetzt beschäftigen werden, ist er entweder überhaupt nicht am Platz oder muss zumindest interpretiert und hinterfragt werden.

Mindesthöhe des Profits

Wettbewerbsfähigkeit als Kriterium und Forderung im betriebswirtschaftlichen Bereich heißt nichts anderes, als dass in einer im wesentlichen auf Konkurrenz beruhenden privatwirtschaftlichen Marktwirtschaft ein Unternehmen nur dann auf Dauer überleben kann, wenn es im Wettbewerb mit konkurrierenden in- und ausländischen Produzenten Gewinne abwirft. Dies ist ein ziemlich eindeutiges Kriterium, wiewohl es noch offen bleibt, wie weit in bestimmten Ländern oder Perioden eine bestimmte Mindesthöhe des Profits notwendig ist, um Unternehmer zu motivieren. Dies spielt in der gegenwärtigen liberalisierten Globalwirtschaft eine nicht unbedeutende Rolle, da die Mobilität der rasch wachsenden transnationalen Konzerne und die technischen Möglichkeiten des Outsourcing von Aktivitäten Renditemöglichkeiten geschaffen haben, die an die »Wettbewerbsfähigkeit« von Firmen höhere Anforderungen stellen, wenn sie Kapital für ihre Produktion auftreiben wollen, selbst wenn sie fähig wären, »normale« Gewinne zu erzielen.

Vager Begriff »Wettbewerbsfähigkeit«

»Wettbewerbsfähigkeit« für Staaten und/oder Regionen und ihre Wirtschaftspolitik ist hingegen nicht so leicht und so ohne weiteres abgrenzbar. In Analogie



Kurt Rothschild: »Generell geht es darum, jene Flexibilität, welche die neoliberale Wirtschaftsideologie so eindringlich von den Arbeitskräften fordert, auch auf ihre eigenen starren Grundsätze anzuwenden.«

zum privatwirtschaftlichen Fall, wo es um Wettbewerb und Überlebensfähigkeit individueller Firmen geht, müsste Wettbewerbsfähigkeit im staatlichen Bereich Wettbewerb zwischen Staaten und letzten Endes deren Überlebensfähigkeit betreffen. Das ist aber offensichtlich nicht der Fall. Weder gibt es klare Kriterien, wie Staaten in einem Wettbewerb stehen und wie sie im Wettbewerb gegeneinander abschneiden, noch ist die Existenz irgendwelcher Staaten (Regionen) außer in Ausnahmefällen fundamental bedroht. Es wäre schwierig eine allgemein akzeptable Reihung von Staaten bezüglich ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu präsentieren, was nicht hindert, dass solche Reihungen aufgrund diverser Kriterien vorgenommen werden.

»Wettbewerbsfähigkeit« im staatlichen und wirtschaftspolitischen Bereich ist somit – im Gegensatz zum privatwirtschaftlichen – ein vager Begriff, dem – wenn er benützt wird – eine hinterfragbare Bedeutung unterlegt werden muss. In der gegenwärtigen Situation, die durch eine Dominanz neoliberaler Grundsätze zugunsten einer »freien« Marktwirtschaft geprägt ist, wird »Wettbewerbsfähigkeit« als Schaffung günstiger Gewinnmöglichkeiten für die im eigenen Staatsgebiet angesiedelten Unternehmen interpretiert. Um auf einem liberalisierten globalen Markt konkurrenzfähig zu sein, soll alles getan werden, was generell die Produktionsmöglichkeiten erleichtert und die Produktionskosten senkt. Dies soll Unternehmen im Allgemeinen und den multinationalen tätigen im Besonderen zugute kommen.

Als geeignete Maßnahmen ergeben sich bei diesem Konzept einerseits generell wünschenswerte staatliche Aufgaben, wie die Bereitstellung einer effizienten Infrastruktur und einer umfassenden Bildungspolitik, andererseits aber auch strittige und zu hinterfragende Forderungen nach Steuersenkungen für Unternehmen und zurückhaltende Lohnpolitik, die eine deutliche Umverteilungswirkung haben. Insbesondere die Kombination von Vorleistungen für die Gewinnmöglichkeiten bei gleichzeitiger Forderung nach Steuersenkungen und – damit verbunden – nach einem schlanken Staat führt zur Dominanz eines Wettbewerbsfähigkeitsziels, das einen starken Druck auf die

Verfolgung anderer gesellschaftlicher Ziele ausübt, zu denen vor allem die gesamte Sozial- und Umweltpolitik zählt.

Verschärft wird dieser Druck durch den Umstand, dass Wettbewerbsfähigkeit ein relativer Begriff ist, da sie ja nicht nur von den eigenen Maßnahmen abhängt, sondern auch von jenen, die in den »konkurrierenden« Staaten getroffen werden. So kommt es zu »beggar-my-neighbour« und »race to the bottom« Entwicklungen, welche die Soziallage verschlechtern ohne die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Staaten zu erhöhen. Senkungen der Unternehmenssteuern und sozialpolitische Restriktionen in letzter Zeit in vielen Ländern lassen dies deutlich erkennen.

Soziale Ziele vernachlässigt

Die Hauptproblematik des eben geschilderten und weit verbreiteten Wettbewerbskonzepts als wirtschaftspolitische Zielsetzung besteht letzten Endes darin, dass sie die Erzielung hoher Effizienz und hoher Gewinne auf unbeschränkt zugänglichen Weltmärkten als vorrangige Aufgabe in den Mittelpunkt stellt, der sich alle Staaten unterwerfen sollen. Die EU sorgt dafür im europäischen Rahmen, die WTO soll das gleiche für die ganze Welt sichern. Soziale Ziele, Fragen einer fairen Einkommensverteilung intra- und international, Umweltprobleme werden entweder vernachlässigt oder es wird – ohne entsprechenden Nachweis – angenommen, dass in einer solchen liberalisiert-globalen Welt die Gewinnmöglichkeiten im Unternehmensbereich letzten Endes eine optimale Lösung der sozialen und Umweltprobleme herbeiführen würden.

Schließt man sich dieser wenig realistischen Hoffnung nicht an und hält man die sozialen Fragen für relevant, so ergibt sich eine ganz andere Sicht auf die Interpretation einer staatlichen Wettbewerbsfähigkeit und auf ihre wirtschaftspolitischen Implikationen.

Die Zielsetzung gesellschaftlicher und staatlicher Aktivität kann sich dann nicht auf die Sicherung hoher Gewinnmöglichkeiten und hohen Wirtschaftswachstums beschränken. Vielmehr muss sie andere wohlfahrtsfördernde Elemente einbeziehen, denen hohe Priorität eingeräumt werden kann und – wie Umfragen immer

wieder zeigen – auch tatsächlich eingeräumt wird. Zu ihnen zählen unter anderen Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut, breiteste Bildungsmöglichkeiten, Sicherheit bei Krankheit und Alter, kurz verschiedene Elemente, die generell eine hohe Lebensqualität und deren solidarische Bereitstellung ermöglichen.

Öko-soziales System

Dass dieses Ziel auch eine ausreichende ökonomische Untermauerung erfordert, ist selbstverständlich. Das gegenwärtige Problem ist nur, dass die ökonomischen Ziele, welche die neoliberal-globale Wirtschaftspolitik in den Mittelpunkt rückt, zum Selbstzweck geworden sind. Sie kommen zwar den Interessen der transnationalen Konzerne entgegen, unterdrücken aber die Verfolgung sozialer und ökologischer Aufgaben und eine Abwägung der auftretenden Zielkonflikte.

Zieht man einen weiter gefassten Wohlfahrtsbegriff in die Betrachtung ein, der sich nicht auf private Gewinnmöglichkeiten, undifferenziertes Wachstum und globalen Handel beschränkt, dann kann man sehr wohl von einem Wettbewerb zwischen Staaten und in einem weiteren Sinn von Wettbewerbsfähigkeit sprechen. Dieser Wettbewerb bezieht sich dann aber auf das gesamte öko-soziale System einzelner Staaten, auf dessen Zielsetzungen und dessen Effekte.

Diese Perspektive lässt sich deutlich in der heutzutage weit verbreiteten Unterscheidung zwischen verschiedenen »realen« Staatsmodellen erkennen: einem anglo-sächsischen mit starker Betonung unbeschränkt liberaler Wirtschaft und individueller Entscheidungsfreiheit, ein kontinental-europäisches Modell mit korporatistischen Elementen (Gewerkschaften, Unternehmerverbände etc.), das interventionistische Möglichkeiten einbezieht, und das skandinavische Modell mit starker Betonung von sozialer Sicherheit und größerer Bereitschaft für staatliche Regulierung.

Die Abgrenzungen zwischen diesen Modellen sind selbstverständlich nicht sehr scharf und können sich im Lauf der Entwicklung auch verschieben, wie das zum Beispiel in der EU unter dem Druck der neoliberal ausgerichteten EU-Politik geschieht.



© Pfaffmann

HUMOR IM ARBEITLOSENTRETF

Systemwettbewerb

Diese Charakterisierung und auch alternative Gliederungen lassen erkennen, dass Staaten in gewisser Weise und historisch bedingt miteinander mit verschiedenen »Systemen« in Wettbewerb miteinander stehen. Wettbewerbsfähigkeit in dieser Konstellation kann dann nicht allein am Wirtschaftswachstum oder ähnlichen einfachen ökonomischen Indizes abgelesen werden, sondern muss daran gemessen werden, wie weit die Wirtschafts- und Sozialpolitik eines Landes den demokratisch erwünschten und realisierbaren Kombinationen der diversen Ziele entspricht. So gesehen gibt es einen »Systemwettbewerb«, wobei das Ziel aber keineswegs die Erlangung eines – letzten Endes – weltweit einheitlichen »idealen« Systems sein muss oder soll. Denn die Wünsche und Vorstellungen der Bürger können aus historischen und traditionellen Gründen sehr verschieden sein. Das zeigt sich zum Beispiel in der unterschiedlichen Vorliebe für Arbeit versus Freizeit oder für individuelle versus soziale Lösungen in den USA und Europa.

Der Wettbewerb sollte daher eher dazu führen, dass bei gegenseitigen Vergleichen jedes Land bei Sicherung globaler Zusammenarbeit die für seine Bedingungen effizienteste Politik verfolgen kann.

Heterogenität der Wünsche?

Das heißt aber angesichts der Verschiedenheit von Voraussetzungen und Zielsetzungen in den diversen Staaten, dass Wettbewerbsfähigkeit nicht an einem bestimmten Modell gemessen werden kann, da verschiedene Bedingungen und Zielsetzungen unterschiedliche Maßnahmen erfordern. Heterogenität der Wünsche und Voraussetzungen erfordert heterogene Rahmenbedingungen. Das würde nur dann nicht gelten, wenn es eine Wirtschafts- und Sozialpolitik gäbe, von der man sagen könnte »One size fits all«. Eine solche gibt es aber nicht. Und der Grundfehler der vorherrschenden neoliberalen Dogmatik, des »Washington Consensus« und der EU-Praxis besteht darin, so zu tun, als ob der von ihnen geforderte wirtschaftspolitische Rahmen –

weitgehende Liberalisierung, Globalisierung, Privatisierung, abgemagerte Staaten – optimale Allgemeingültigkeit besäße und global durchgesetzt und als Maßstab der Wettbewerbsfähigkeit akzeptiert werden müsse.

Ohne hier die nicht unwichtige Frage zu behandeln, welchen Interessen diese Festlegung auf das neoliberale Modell dient, sollte klar sein, dass »Wettbewerb« zwischen Staaten bei Erzwingung eines einheitlichen Rahmens – durch EU, WTO, IMF etc. – angesichts der Heterogenität der Länder und ihrer Traditionen notwendigerweise zu Globalisierungskritik und Globalisierungsskepsis führen muss. Und das mit voller Berechtigung, wenn man die Akzeptanz potentiell durchführbarer Wünsche der Bevölkerung als erstrebenswertes Ziel demokratischer Politik anerkennt.

Spielraum

Was folgt aus diesen Betrachtungen? Bloße Ablehnung einer Globalisierung, d. h. einer weltweiten ökonomischen Vernetzung, kann wohl nicht die Antwort sein.

Die wirtschaftlichen Erfolge, die in den entwickelten Staaten im Laufe des 19. und 20. Jahrhunderts erzielt wurden und die die Grundlage für einen massiven sozialen Fortschritt bildeten, waren nicht zuletzt den Produktivitätssteigerungen durch einen global rasch wachsenden Gütertausch zu verdanken. Aber diese erste große Globalisierungswelle, die 1913 einen Höhepunkt erreichte, unterschied sich sehr deutlich von der heutigen. Sie bestand überwiegend in einem Austausch von Gütern, auf die sich verschiedene Länder spezialisiert hatten, so dass die Produktivität und der Wohlstand rundum steigen konnten.

Diese Spezialisierung erfolgte zum Großteil zwischen national agierenden Firmen und konnte von staatlicher Seite durch moderate Zölle bis zu einem gewissen Grad gelenkt und reguliert werden. Diese Globalisierung kombiniert mit ergänzenden Leistungen ließ genügend Spielraum für unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen, um nationalen Wünschen und Besonderheiten entgegenzukommen.

Konformität mit den Bedürfnissen?

Die gegenwärtige neoliberale Globalisierung hat einen anderen Charakter. Mit der Entwicklung neuer technischer Möglichkeiten zur internationalen Vernetzung von Produktions- und Organisationsprozessen entsteht in Verbindung mit einheitlichen Bestimmungen zugunsten liberalisierter und deregulierter Handels- und Finanztransaktionen ein globaler Markt, in dem immer größer und mächtiger werdende transnationale Konzerne und Finanzakteure in kürzester Zeit weltweit Aktionen setzen können, die nicht mehr von einzelnen betroffenen Staaten gelenkt oder beeinflusst werden können.

Wirtschaftliche und soziale Maßnahmen und Ziele unterliegen mehr und mehr diesen dem Globalmarkt angepassten Vorschriften. Staatliche Politik wird zunehmend eingeschränkt. Die Möglichkeit, die Heterogenität der Voraussetzungen und der Zielsetzungen zu berücksichtigen, wird zunehmend geringer. »Wettbewerbsfähigkeit« wird überwiegend an der Konformität mit den Bedürfnissen dieser Globalisierung gemessen.

Alle Möglichkeiten ausschöpfen!

Eine mögliche Antwort auf diesen Zustand ist der Versuch, innerhalb des neoliberalen Globalrahmens so weit es geht alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die noch im autonomen Bereich verbleiben, um demokratisch gewünschte Zustände zu realisieren.

Diese Maßnahmen werden selbst bei gleichen Zielsetzungen von Land zu Land verschieden sein, da die Einflussmöglichkeiten von gegebenen ökonomischen, politischen und sozialen Voraussetzungen abhängen.

Auf jeden Fall ist aber offensichtlich, dass der Druck zur Akzeptanz des von WTO, EU etc. vorgegebenen internationalen Rahmens für solche Korrekturen wenig Raum lässt.

Das zeigt sich in krasser Weise bei Gegensätzen zwischen entwickelten Staaten und Entwicklungsländern, aber auch bei den Schwierigkeiten der nordeuropäischen Länder, das skandinavische Modell aufrecht zu erhalten.

Dogmatische Regeln versus größere Flexibilität

Um der Heterogenität der Staaten und der Durchsetzbarkeit heterogener demokratischer Zielsetzungen mehr Gewicht zu verleihen, wird man nicht darum herumkommen, die gegenwärtigen globalen Rahmenbedingungen zu reformieren. Es geht nicht um die Frage »Globalisierung: ja oder nein«, sondern um eine andere Gestaltung der Globalisierung.

Die Aufgabe müsste sein, die Vorteile und Notwendigkeiten einer enger verflochtenen Weltwirtschaft mit den Erfordernissen und dem Wettbewerb von Staaten in Einklang zu bringen, in denen verschiedene demokratisch fundierte Wünsche artikuliert werden.

Das heißt, dass weltweite und regionale Organisationen und Abkommen für eine internationale Vernetzung, wie etwa die WTO oder die EU, durchaus erhalten bleiben können (sollen), um autonome Handlungen, die sich auf andere Staaten schädlich auswirken, möglichst zu unterbinden, dass aber an die Stelle fester dogmatischer Regeln eine viel größere Flexibilität gewährleistet sein müsste.

Zwei Dinge müssten dabei im Vordergrund stehen. Erstens sollte es einzelnen Staaten überlassen bleiben, welche Strukturen des Wettbewerbs sie innerhalb ihres Bereichs **generell** (für In- und Ausländer) einführen wollen. Das betrifft zum Beispiel die Frage der Privatisierung bestimmter Leistungen. Die Wünsche weltweit agierender Konzerne dürften dabei nicht allein ausschlaggebend sein.

Strukturen des Wettbewerbs und temporäre Schutzmaßnahmen

Das zweite Problem ist etwas schwieriger. Es betrifft die Probleme der Anpassung in einer enorm beschleunigten Welt. Die internationale Vernetzung kombiniert mit hoher Mobilität der Produktionslokalitäten (Fusionen, Outsourcing, internationale Mobilität von Finanz- und Realkapital) kann in negativ betroffenen Gebieten zu schweren Rückschlägen mit langfristigen Folgen führen. An die Stelle unbedingt festgelegter Verbote für Transaktionshemmnisse im internationalen Wettbewerb sollte es möglich sein, zur Vermeidung plötzlicher und grundlegender Rückschläge und zur Ermöglichung einer geordneten Anpassung für eine gewisse Zeit temporäre Schutzmaßnahmen (Zölle, Subventionen etc.) zu ergreifen.

Ein globales Gremium (z. B. eine reformierte WTO) müsste die jeweilige Berechtigung solcher Maßnahmen feststellen und bewilligen, um ungerechtfertigten Protektionismus und »beggar-my-neighbor«-Prozesse zu vermeiden. Die Beschränkung der Einfuhr billiger Schuhe aus China in die EU war ein Beispiel einer solchen Aktion im Interesse schwer betroffener Regionen.

Diese angeführten Reformmöglichkeiten sind nur Beispiele für die Idee einer umfassenderen Strategie für eine Globalisierung, die dem Heterogenitätsproblem (im weitesten Sinn) mehr Aufmerksamkeit schenkt und damit dem Begriff der Wettbewerbsfähigkeit einen relevanteren Inhalt verleihen würde.

Generell geht es darum, jene Flexibilität, welche die neoliberale Wirtschafts-ideologie so eindringlich von den Arbeitskräften fordert, auch auf ihre eigenen starren Grundsätze anzuwenden.

Echt, Boß, ich bin neidisch: Ich würde wahnsinnig gern so viel verdienen, wie du Steuern zahlst.



Geht mir doch ganz ähnlich, mein Lieber. Ich würde auch wahnsinnig gern so viel Steuern zahlen, wie du verdienst. Aber deshalb bin ich doch nicht neidisch.



Engel

Theologen der Marktwirtschaft

Das Dogma der allein selig machenden Konkurrenz ist ungebrochen, obwohl es empirisch längst widerlegt ist.

Autor: Jacques Sapir

Forschungsleiter an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales und Autor unter anderem von »Les économistes contre la démocratie«, Paris (Albin Michel) 2002, sowie »La fin de l'euro-libéralisme«, Paris (Seuil) 2006.

Politische Debatten werden heute oft durch wirtschaftstheoretische Behauptungen und »Selbstverständlichkeiten« vergiftet, die sich als unbezweifelbare Tatsachen ausgeben und als »objektive« Aussagen daherkommen, die über alle politischen Grenzen hinweg Gültigkeit haben. Das hat zur Folge, dass manche Themen – wie protektionistische Maßnahmen und die positive Rolle öffentlicher Unternehmen oder staatlicher Eingriffe – von vornherein ausgeklammert werden.

Wenn diese angeblichen wirtschaftstheoretischen Selbstverständlichkeiten eine wissenschaftliche Basis hätten, könnte man sie nicht infrage stellen. Niemand würde auf die Idee kommen, die Naturgesetze zur Diskussion zu stellen. Erweisen sich die Grundlagen jedoch als zweifelhaft, muss die Bedeutung, die sie in der öffentlichen Debatte erlangt haben, nicht nur als Betrug, sondern auch als demokratiefeindliche Anmaßung gelten.

In der Tat werden diese Behauptungen von einer Minderheit (»den Experten«) aufgestellt, die politisch nicht in der Ver-

antwortung steht. Wenn aber die Disziplin der Volkswirtschaft als wissenschaftlich gelten will, muss sie sich an bestimmte Verifikationsregeln und Argumentationsweisen halten. Das neoliberale Denken hat sich von solchen Erfordernissen

verabschiedet.¹⁾ Die wichtigste Pseudoevidenz des neoliberalen Denkens betrifft die fundamentale Rolle der Konkurrenz, mit der sich makroökonomisch das Primat des Freihandels, mikroökonomisch das Primat der Flexibilität rechtfertigen



Friedrich von Hayek: Für ihn, wie auch für Ludwig von Mises ist »Konkurrenz kein spontan wirkender Mechanismus, sondern ein neodarwinistischer Prozess der Eliminierung ineffizienter Lösungen.«

lässt.²⁾ Deshalb wollten die Neoliberalen das Konkurrenzprinzip als zentralen Grundsatz im europäischen Verfassungsvertrag festschreiben.

Um dieses Prinzip dreht sich eine der ältesten Debatten der modernen Wirtschaftstheorie. Die geht aber nicht so sehr um die Frage, ob Konkurrenz unter bestimmten Umständen und mit bestimmten Zielen das geeignete Mittel zur gegenseitigen Abstimmung individuellen Handelns sei. So gestellt, hätte die Frage noch Realitätsbezug. Die Neoliberalen aber erhöhen die Konkurrenz zu einem Dogma, das über die Frage nach den konkreten Bedingungen ihrer Umsetzung erhaben ist.

Private Laster und politische Tugenden

Das Konkurrenz-Dogma geht auf die im 18. Jahrhundert wirkenden Gründerväter der klassischen Ökonomie zurück: auf David Hume, Bernard Mandeville und Adam Smith. Sie wollten zeigen, dass das Wirken von Einzelnen, die miteinander konkurrieren und dabei egoistisch ihre Ziele verfolgen, ganz spontan dem Allgemeinwohl zugute kommt. Das ist die fundamentale Bedeutung der ersten allgemeinen Freihandelstheorie bei Hume, der Bienenfabel von Mandeville und der berühmten »unsichtbaren Hand« in der Theorie von Adam Smith.

Die Argumentation der drei Autoren hält einer Überprüfung indes nicht stand. **Humes Theorie** vom automatisch ausgeglichenen internationalen Handel, die von den Apologeten der Welthandelsorganisation (WTO) fast wörtlich übernommen wird, fußt auf unrealistischen Annahmen. Das gilt vor allem für die Vorstellung, dass alle Wirtschaftsakteure jederzeit über die gleichen und vollständigen Informationen verfügen und dass sich zwischen Angebot und Nachfrage jederzeit ein kostenfreier Ausgleich voll-

1) Dazu Daniel M. Hausman, »The Inexact and Separate Science of Economics«, Cambridge/GB (Cambridge University Press) 1994, insbesondere Kapitel 13: »On dogmatism in ectoproctes: the case of preference reversals«.

2) Dazu Frédéric Lordon, »Der Augenblick der Wahrheit«, »Le Monde diplomatique«, Mai 2005.

3) Jean-Claude Perrot, »Une histoire intellectuelle de l'économie politique«, Paris (Editions de l'EHESS) 1992, S. 141 f.

4) David Hume, »Political Discourses« (1752). Siehe auch den Kommentar Jean-Claude Perrots zum Dialog Hume – Turgot, a. a. O., S. 237-255.



Joseph Schumpeter (1883–1950), hatte dieselben Ziele im Auge wie seine Vorgänger im 18. Jahrhundert. Auch er wollte die Wirtschaft entpolitisieren und sah an Stelle des bewussten und konzertierten Handelns der Einzelnen immanente »Gesetze« am Werk.

ziehe. Dabei ist stets vorausgesetzt, dass Güter und Dienstleistungen für Nachfrager wie für Anbieter vollständig substituierbar seien.

Biene am Bau des Bienenstocks

Mandevilles These, wonach sich häufig private Laster (Egoismus, Ehrgeiz) unbeabsichtigt in »kollektive Tugenden« verwandeln, so wie eine Biene am Bau des Bienenstocks mitwirkt, ohne es zu wissen und zu wollen, ist nichts weiter als eine literarische Konstruktion. Und **Adam Smith** hat die Funktionsweise der »unsichtbaren Hand« (also des Markts, der Produktion und Konsum spontan und besser als jedes vorweg durchdachte System aufeinander abstimmt) nirgends dar-

gestellt. Wie der Historiker Jean-Claude Perrot aufzeigt, ist der Markt in Smith' Versuch einer wissenschaftlichen Erklärung tatsächlich nichts weiter als eine religiöse Aporie.³⁾

Tatsächlich verfolgten die drei Autoren mit ihrer Formulierung quasinatürlicher Gesetze präzise politische Ziele. Hume wollte zeigen, dass der Freihandel, indem er das Glück aller bewirke, zwischenstaatliche Konflikte überflüssig mache.⁴⁾ Mandeville und Smith verwiesen auf eine spontan per Konkurrenz hergestellte Ordnung, um zu zeigen, dass die Gesellschaft ohne aufgeklärte Despoten und deren Willkür auskommen kann. Für die Friedensliebe Humes wie für die Ablehnung des Despotismus bei Mandeville und Smith kann man nur Sympathie

hegen, doch die Instrumentalisierung eines pseudowissenschaftlichen Diskurses für gute Zwecke ist nicht mit einer stichhaltigen Beweisführung zu verwechseln.

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts hat sich die Konkurrenztheorie in drei Schulen verzweigt. Die erste, die noch heute den größten Einfluss besitzt, geht in der Nachfolge von **Léon Walras (1834–1910)** davon aus, dass der Konkurrenzmechanismus ein Gleichgewicht bewirkt zwischen der Nachfrage der einen und der Fähigkeit der anderen, diese Nachfrage zu befriedigen. **Vilfredo Pareto (1848–1923)** ergänzte dies durch den Gedanken, dass das wirtschaftliche Gleichgewicht von Natur aus auch ein soziales Gleichgewicht sei. Deshalb gebe es auf die diversen Wirtschaftsprobleme nur immer wieder dieselbe Antwort: Konkurrenz sei auf wirtschaftlicher Ebene ebenso optimal wie auf sozialer Ebene – womit sich jede weitere Diskussion erübrigt.⁵⁾

Österreichische Schule: Neodarwinistischer Prozess

Die zweite Schule entstand als Antwort auf die diversen Probleme, die sich aus der Theorie von Walras und Pareto ergeben. **Zu dieser »österreichischen Schule« gehören Autoren wie Ludwig von Mises und Friedrich von Hayek.** Für sie ist Konkurrenz kein spontan wirkender Mechanismus, sondern ein neodarwinistischer Prozess der Eliminierung ineffizienter Lösungen.

Die dritte Schule schließlich versteht Konkurrenz in erster Linie als Innovationsdynamik, in deren Verlauf ältere Lösungen verschwinden und neue, geeignetere Lösungen sich durchsetzen. Von einem wie auch immer gearteten Gleichgewicht ist hier überhaupt nicht mehr die Rede: Konkurrenz fungiert nur mehr als Instrument einer permanenten Umwälzung der Wirtschaftstätigkeit, die als »schöpferische Zerstörung« bezeichnet wird. **Joseph Schumpeter (1883–1950)**, der zu dieser Theorie am meisten beigetragen hat, hatte dieselben Ziele im Auge wie seine Vorgänger im 18. Jahrhundert. Auch er wollte die Wirtschaft entpolitizieren und sah an Stelle des bewussten und konzertierten Handelns der Einzelnen immanente »Gesetze« am Werk.⁶⁾

Die theoretischen Bezugsrahmen dieser drei Schulen lassen sich nicht unter einen Hut bringen. Stellt man sich auf den Standpunkt von **Kenneth Arrow** und **Gérard Debreu**, die das Modell von Walras und Pareto in den 1940er- und 1950er-Jahren in eine modernere Form brachten, so kann man weder die »österreichische« noch die schumpeterianische Konkurrenztheorie akzeptieren. Dasselbe gilt umgekehrt: Wer sich die Annahmen Hayeks zu eigen macht, verabschiedet sich von der Gleichgewichtstheorie. Die drei Theorien fügen sich nicht zusammen, sie schließen sich vielmehr gegenseitig aus.

Die Konkurrenztheorie hält alle für allwissend

Schon die Ausgangshypothesen bereiten Kopfzerbrechen. Die für die Gleichgewichtstheorie notwendige Voraussetzung einer vollständigen und umfassenden Informiertheit der Wirtschaftsakteure ist absurd, es sei denn, man hält alle von ihnen für allwissend. Gleichwohl ist diese Annahme von zentraler Bedeutung, denn sobald man Unvollkommenheiten und Asymmetrien in der Informiertheit der Wirtschaftsakteure zulässt, funktionieren die Märkte nicht mehr effizient, wirkt Konkurrenz destabilisierend, werden staatliche Eingriffe erforderlich. Das ist in der Theorie längst bekannt, nicht zuletzt durch die Arbeiten des Nobelpreisträgers Joseph E. Stiglitz.⁷⁾

Auch andere Annahmen der drei Theorieschulen erweisen sich als unhaltbar. Das Arrow-Debreu-Modell zum Beispiel setzt voraus, dass die Präferenzen der Einzelnen situationsunabhängig konstant und stabil bleiben. Ziehen wir dem Gut B das Gut A vor und dem Gut C das Gut B, so soll dies unter allen Umständen so sein: Bei identischen Wahlmöglichkeiten werden wir uns stets gleich entscheiden.

5) Siehe Jacques Sapir »Les trous noirs de la science économique«, Paris (Albin Michel) 2000.

6) Siehe() Jacques Généreux, »Les vraies lois de l'économie«, Paris (Seuil) 2000.

7) Siehe etwa Sandford J. Grossman und Joseph E. Stiglitz, »On the Impossibility of Informationally Efficient Markets«, »American Economic Review 44 (2), Pittsburg 1980, S. 451-463.

8) Daniel Kahneman, »New challenges to the rationality assumption«, und Amos Tversky, »Rational Theory and Constructive Choice«, in: Kenneth J. Arrow, Enrico Colombatto, Mark Perlman und Christian Schmidt (Hrsg.), »The Rational Foundations of Economic Behaviour«, New York (Saint Martin's Press) 1996.

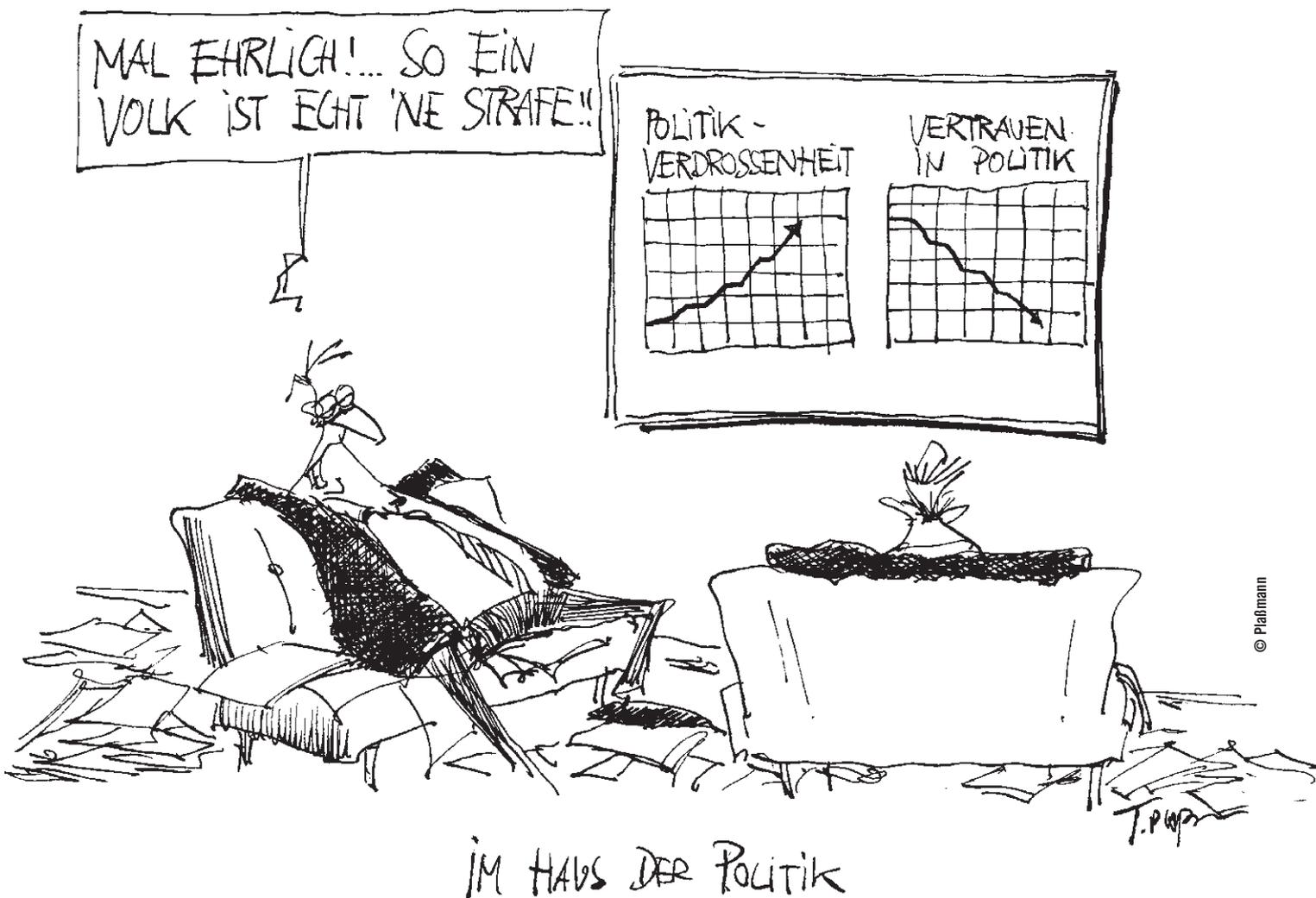
Auch bei Hayeks Selektionsprozess ist impliziert, dass die angenommenen Präferenzen auf Dauer gleich bleiben. Selektion setzt voraus, dass unsere Einzelerfahrungen vollständig miteinander vergleichbar sind, dass unsere Vorlieben also nicht durch neue Erfahrungen beeinflusst werden. Ebenso ist vorausgesetzt, dass jede Erfahrung – ob gestern, heute oder morgen – dieselbe Erinnerung hinterlässt. Mathematisch ausgedrückt, setzt Hayek voraus, dass unsere Reaktion einen Mittelwert unserer Erfahrungen ausdrückt und nicht irgendeinen extremen Wert.

Das Schumpeter'sche Modell wiederum setzt voraus, dass die Schocks, die auf Innovationen zurückgehen, keine Folgen für unsere Präferenzstruktur haben. Wir ziehen also entweder den Gewinn der Sicherheit vor oder umgekehrt. Und der Grad unserer Befriedigung bleibt stets derselbe, egal wie stark das Nutzenspektrum neuerer Güter von dem älterer Güter abweichen mag.

Ausnahmslos widerlegt

All diese Annahmen zum menschlichen Verhalten wurden in den 1970er-Jahren umfassend überprüft.⁸⁾ Und sie wurden in wiederholbaren und standardisierten Tests, unter streng wissenschaftlichen Bedingungen also, ausnahmslos widerlegt. Dabei zeigte sich zum Beispiel, dass unsere Präferenz zwischen zwei medizinischen Behandlungsverfahren stark davon abhängt, ob das Behandlungsergebnis als postoperative Lebenserwartung oder als Sterbewahrscheinlichkeit beziffert wird.

Ebenso ist der Preis, den wir für ein Gut zu zahlen bereit sind, nicht identisch mit dem, für den wir es hergeben würden. Ob wir Gewinn oder Sicherheit vorziehen, kann sich abrupt ändern. Bei Gewinnspielen hängt die Strategie der Testpersonen regelmäßig davon ab, ob es um Geld oder um Sachpreise geht, während dieser Sachverhalt theoretisch keine Rolle spielen dürfte. Bei einer medizinischen Untersuchung vergessen wir einen heftigen, aber kurzen Schmerz schneller als mittlere, aber dauerhafte Schmerzen. Diese Testergebnisse widerlegen die Annahmen des neoklassischen Modells (stabile Präferenzen und Handlungsstrategien) ebenso wie die Hypothesen, die den



© Pfaffmann

IM HABS DER POLITIK

Modellen von Hayek und Schumpeter zugrunde liegen.

In Wirklichkeit sind unsere Präferenzen durch den Entscheidungskontext (framing effect) oder unseren materiellen Reichtum (endowment effect) bestimmt. Unser kognitiver Apparat reagiert auf extreme Erfahrungen stärker als auf schrittweise Entwicklungen, wobei neue Erfahrungselemente unsere Optionsmodelle ständig neu füttern.

Die eindeutige Widerlegung der Modelle, die bei den Wirtschaftssubjekten von einer situationsunabhängigen Kalkulierbarkeit des Handelns ausgehen, ist für die Sozialwissenschaften sicher eine der bedeutendsten Errungenschaften der letzten dreißig Jahre.

Allerdings verfolgen die meisten Ökonomen die Strategie, diese Forschungsergebnisse einfach zu ignorieren, um ihre Modelle nicht anzweifeln zu müssen. Damit zeigen sie, dass sie sich von ihrem wissenschaftlichen Anspruch längst verabschiedet haben.⁹⁾ Die fundamentale Rolle der Konkurrenz für die Organisa-

tion des Wirtschaftslebens erweist sich somit nicht als Hypothese, sondern als quasireligiöser Glaubenssatz.

Rückfall auf das Niveau des 18. Jahrhunderts

So fallen wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts auf das Niveau des ausgehenden 18. Jahrhunderts zurück. Ein legitimes wissenschaftliches Projekt – die Untersuchung der Vorgänge von Produktion, Tausch und Konsumtion in menschlichen Gesellschaften – wird rein ideologischen Zwecken dienstbar gemacht. Angesichts der Skandale, in die diverse »Experten« bei der Privatisierung der russischen Volkswirtschaft¹⁰⁾ verwickelt waren, oder auch der Affären um Enron, WorldCom und Parmalat¹¹⁾ möchte man

9) Daniel M. Hausman, »The Inexact and Separate Science of Economics«, a. a. O., Kapitel 13. Dazu Hazel Henderson, »Prix Nobel, l'imposture«, »Le Monde diplomatique«, Februar 2005.

10) Dazu Nina Bachkatov, »Russland: Patrioten und Oligarchen«, »Le Monde diplomatique«, Dezember 2003.

11) Dazu Thomas Frank, »Enron: Elvis singt hier nicht mehr«, »Le Monde diplomatique«, Februar 2002.

hinzufügen, dass diese ideologischen Ziele weit weniger nobel erscheinen als die, an denen sich Hume, Mandeville und Adam Smith orientiert haben.

Gewisse Ökonomen machen sich, wenn sie ihr Fach derart prostituieren – ob aus Machthunger oder Geldgier –, gleich in doppelter Weise schuldig. Zum einen verstoßen sie gegen die Prinzipien der Demokratie, wenn sie einen Mythos mit katastrophalen sozialen Folgen als wissenschaftliche Wahrheit und unhinterfragbare »Selbstverständlichkeit« präsentieren.

Zum anderen verletzen sie die Prinzipien wissenschaftlicher Forschung und diskreditieren die Legitimität einer wirklich wissenschaftlichen Erforschung ökonomischer Fragestellungen.

*Aus dem Französischen von Bodo Schulze
Abdruck mit freundlicher Genehmigung
aus Le Monde diplomatique,
Nr. 8075 vom 15. 9. 2006
(Zwischentitel und Hervorhebungen von
der Redaktion Arbeit&Wirtschaft)*

Geld ohne Arbeit

Das Streitthema Grundsicherung sorgt für heftige Diskussionen. Weil sich auch in Österreich die Schere zwischen Armen und Reichen weiter öffnet, sind neue Modelle des sozialen Ausgleichs gefragt. Zugleich stellt sich die Frage, ob eine Abkoppelung der Existenzsicherung von der Erwerbsarbeit überhaupt sinnvoll ist oder der Satz: »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen« gelten soll.

Autor: Andreas Gjecaj

Bundessekretär der Fraktion
Christlicher Gewerkschafter im ÖGB

Vertraut man den Zahlen des Sozialministeriums, so gibt es in Österreich weltweit die reichsten Armen und die ärmsten Reichen. Dennoch können wir uns dem Trend nicht entziehen, der die Kluft zwischen Armen und Reichen wachsen lässt. Diese Entwicklung führt dazu, dass der Themenkomplex »Grundeinkommen-Grundsicherung«, der in Österreich schon vor über 20 Jahren von der Katholischen Sozialakademie (ksoe) von Lieselotte Wohlgenannt und Herwig Büchele in die öffentliche Diskussion gebracht worden war, nun Eingang in politische Programme gefunden hat – und derzeit heftig umstritten ist.

Bevor die gravierenden Unterschiede der einzelnen Modelle vorgestellt werden, sollen zunächst einige Fakten und Thesen zum scheinbaren Paradoxon, dass in unserem Land Armut und Reichtum gleichzeitig anwachsen, den Boden aufbereiten. Danach führt ein zweiter Schritt zu den grundsätzlichen – zum Teil auch weltanschaulich geprägten – Bedenken, die mit der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Existenz verbunden sind. Und es ist ganz

wichtig festzuhalten, dass es riesige Unterschiede macht, ob mit Modellen der Grundsicherung versucht wird, unsere Sozialleistungen auszubauen, oder ob mit Grundeinkommensmodellen ein völliger Umbau der derzeitigen – um die Erwerbsarbeit zentrierten – Arbeitsgesellschaft angestrebt wird.

Armut und Reichtum

Die Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme nach dem Muster der privatwirtschaftlichen Profit-Ökonomie droht den Sozialstaat – eine Errungenschaft des 20. Jahrhunderts in unserem Land – rückgängig zu machen. Armut und Reichtum sind zwar einprägsame Begriffe unserer Umgangssprache, aber bei genauerer Betrachtung nur sehr schwer festzumachen. Weltweit gibt es rund eine Milliarde Menschen, die nicht mehr als einen Dollar am Tag zur Verfügung haben, diese gelten als »absolut« arm. Bei der »relativen« Armut, gibt es internationale Definitionen.

Armutgefährdung

Liegt vor, wenn man weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens im jeweiligen Land zur Verfügung hat. In Österreich liegt die Armutgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt bei ca. 785 Euro/Monat. (Zwei-Personen-Haus-

halt: 1178 Euro). Die Zahl armutsgefährdeter Personen in Österreich nimmt zu. Der Sozialbericht 2001/2002 wies 876.000, der Sozialbericht 2003/2004 bereits **1,044.000 armutsgefährdete Menschen in Österreich** aus. Die steigende Erwerbslosigkeit in Österreich und die Zunahme geringfügiger Beschäftigungen mit nicht existenzsicherndem Einkommen verstärkt die Armutgefährdung. »Ohne Sozialtransfers und Pensionen wären statt 13 Prozent der Bevölkerung 42 Prozent armutsgefährdet«, sagt der Sozialbericht 2005. Erwerbslosigkeit bedeutet häufig Armutgefährdung und Armut. Frauen sind von Armut und Armutgefährdung überdurchschnittlich betroffen, ebenso Familien, besonders mit drei und mehr Kindern. Rund 250.000 Kinder leben in Österreich in armutsgefährdeten Haushalten. Sämtliche rund 230.000 Bezieher von Ausgleichszulagen (»Mindestrentner/-innen«) haben ein Einkommen unter der Armutgefährdungsgrenze.

Akute bzw. verfestigte Armut

Liegt vor, wenn zusätzlich zu geringem Einkommen soziale Ausgrenzung und prekäre Lebenslagen zutreffen. Diese Benachteiligungsformen meinen: kein Urlaub möglich, mit Zahlungen im Rückstand, keine unerwarteten Ausgaben möglich, ... bis zu gesundheitlichen Be-



Andreas Gjecaj:
»Wer nicht arbeiten will,
soll auch nicht essen!
Seit Jahrhunderten prägt
dieser Satz das Denken in
Europa. Während ihn viele
der marxistischen Tradition
zuordnen und in der
Sowjetverfassung vermuten,
stammt er im Original aus
der Bibel, aus dem zweiten
Paulus-Brief an die
Thessaloniker.«

einträchtigungen, Wohnungsproblemen (Schimmel, schlechte/keine Sanitäranlagen) usw.

In Österreich sind 467.000 Menschen, das sind 5,9 Prozent der Bevölkerung verfestigt arm. Armut ist eine wichtige Ursache für Erkrankungen. Bluthochdruck und Herzinfarkt treten bei Armen wesentlich häufiger auf als z. B. bei Managern. Arbeitslose sind öfter krank und leiden vermehrt an Depressionen, Magenbeschwerden, Herzproblemen, Schlafstörungen und Kopfschmerzen. Geringes Einkommen und geringe Bildung bedeuten (statistisch gesehen), dass man in Österreich im Durchschnitt fünf Jahre früher stirbt.

Reichtum

In absoluten Zahlen zählt Österreich zu den reichsten Ländern der Welt, doch ist die Zuordnung der Vermögenswerte Geld, Eigenheime, Firmen, ... schwierig. Laut AUTREICH-Studie besitzen die zehn Prozent der »reichsten Österreicher/-innen« die Hälfte des Privatvermögens. Rund 40 Prozent der Bevölkerung bilden den Mittelstand und besitzen rund 47 Prozent des Vermögens. Rund die Hälfte der Bevölkerung besitzt lediglich drei Prozent des privaten Vermögens in unserem Land!

Weil Reichtum zum größten Teil aus Vermögenseinkommen besteht und diese weit stärker als die volkswirtschaftliche Gesamtleistung (das Bruttosozialprodukt) wachsen, vergrößert sich die Kluft.

Diese Zahlen über Armut und Reichtum in Österreich lösen das scheinbare Paradoxon, dass es eine zunehmende Zahl von Armen in einem Land gibt, wo gleichzeitig der Reichtum wächst. Ob unsere bisherigen Sozialstaatmodelle ausreichende Antworten auf neue Fragestellungen geben – oder wir einen »Systemwechsel« brauchen, um unser soziales Netz »armutsfest« zu machen, darauf soll in weiterer Folge eingegangen werden.

Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen!

Seit Jahrhunderten prägt dieser Satz das Denken in Europa. Während ihn viele der marxistischen Tradition zuordnen

und in der Sowjetverfassung vermuten, stammt er im Original aus der Bibel, aus dem zweiten Paulus-Brief an die Thessaloniker.

Der Apostel Paulus war im Jahre 50 n. Chr. als »Wanderprediger« im Römischen Reich unterwegs, von Stadt zu Stadt ziehend, christliche Gemeinden zu gründen. Nun wurde der Lebensunterhalt in der Antike vor allem durch die »familia«, die Hausgemeinschaft gesichert. Wer nicht Mitglied einer solchen Hausgemeinschaft war, die weit über Verwandtschaftsverhältnisse hinausging, musste um Almosen betteln. Die frühen christlichen Gemeinden stellten im Römischen Reich eine Besonderheit dar, weil sie auf den Schlachtfeldern Verwundete und Sterbende versorgten und Witwen und Waisen bei sich aufnahmen und ihnen eine Existenz – jenseits des Bettelns – ermöglichten. Nun stellte sich die Frage, ob die Wanderprediger, die es in großer Anzahl gab, ebenfalls die Gastfreundschaft von Familien beanspruchen durften – oder ob sie für ihren Unterhalt selbst sorgen sollten.

Der Apostel Paulus beschreibt in seinen zwei Briefen an die junge Gemeinde in Saloniki fast wortgleich, dass es zwar das Recht der Gastfreundschaft gebe, er sich aber gemüht und geplagt, Tag und Nacht gearbeitet hätte – Paulus war Zeltmacher –, um für seinen Unterhalt selbst zu sorgen und der Gemeinde nicht zur Last zu fallen.

In erster Linie geht es bei dem Satz »Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen« also um jene, die das Evangelium verkünden. Erst in der Nachahmung dieser Vorbilder werden auch die Gemeindeglieder aufgefordert, rechtschaffen zu sein, zugleich aber darauf hingewiesen, dass sie jene, die das nicht schaffen, nicht verurteilen sollen, sondern stets für die Armen und Schwachen zu sorgen haben.

Im Heute würde der Satz also bedeuten, dass zunächst der Kirchenbeitrag – wie wir ihn in Österreich kennen – abzuschaffen wäre und die Nachfolger des Paulus, die Bischöfe, Priester und Diakone für ihren Unterhalt selbst zu sorgen hätten. In Frankreich gibt es solche »Arbeiterpriester«. Damit stellt sich auch die Frage nach verschiedenen Formen der Arbeit völlig neu.

Leben wir noch in einer Arbeitsgesellschaft?

Während die Antike von der Vorstellung geprägt war, Arbeit sei etwas Verachtenswertes, für Unfreie oder Sklaven, ist diese einst »niederste Tätigkeit« in der Gegenwart an die erste Stelle gerückt. Die »vita activa«, die aktive Gestaltung der Welt, hat längst die »vita contemplativa«, das zuschauende und zu verstehen suchende Teilhaben an der Welt überflügelt. Die Welt wird zur Baustelle und jede Tätigkeit zur Arbeit: Glaubens- und Gefühlsarbeit, Trauerarbeit, Stadtteilarbeit, Probenarbeit, Beziehungsarbeit ...

Der Schweizer Dichterpfarrer Kurt Marti schreibt zur notwendigen Begrenzung von Arbeit: »Immer mehr Arbeit entpuppt sich als Mittäterschaft an einem gigantischen Zerstörungswerk. Man wird bald froh sein müssen um jeden, der nicht mehr arbeiten will, und ihn auf Kosten der blindlings Tätigen dafür entlohnen.«

In seinen ökonomisch-philosophischen Manuskripten beschrieb **Karl Marx** den Menschen als »animal laborans«, als arbeitendes Wesen, der sich allerdings wegen der »Entfremdung der Arbeit« dabei verliere: »Der Arbeiter fühlt sich erst außer der Arbeit bei sich und in der Arbeit außer sich. Zu Hause ist er, wenn er nicht arbeitet und wenn er arbeitet, ist er nicht zu Haus. ... Ihre Fremdheit (der Arbeit) tritt darin rein hervor, dass, sobald kein physischer oder sonstiger Zwang existiert, die Arbeit als eine Pest geflohen wird.« Offensichtlich unterliegt die Arbeitswelt derzeit weltweit einem radikalen Wandel.

Derzeit wird nur die bezahlte Erwerbsarbeit als »echte Arbeit« angesehen und mit gesellschaftlicher Achtung und Anerkennung verbunden. Dieses Denkmuster entpuppt sich immer mehr als Sackgasse, weil das in den letzten Jahrzehnten relativ gut funktionierende Zusammenspiel von Produktivität, Arbeitskräftebedarf und Konsum immer unübersehbarer aus dem Gleichgewicht kippt. Die Folgen beschreibt der Wiener Berufsbildungsforscher Erich Ribolits so:

■ Auch in den Industriestaaten sucht uns wieder das Phänomen der (Massen-)Arbeitslosigkeit heim.

INFORMATION

Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Im aktuellen Regierungsprogramm haben sich SPÖ und ÖVP auf das Instrument einer »bedarfsorientierten Mindestsicherung« zur Armutsbekämpfung geeinigt. Die Höhe der Mindestsicherung beträgt im Jahr 2007 726,- Euro brutto (14-mal im Jahr), die Einführung erfolgt in mehreren Schritten.

- Den ersten Schritt bildete die Erhöhung des Ausgleichszulagenrichtsatzes auf 726,- Euro im Jahr 2007.
- Über weitere Umsetzungsschritte sind Verhandlungen mit den Ländern zu führen.
- Ausbau mindestsichernder Elemente im Arbeitslosenversicherungsrecht u. a. Erhöhung der Nettoersatzrate.
- Vor Inanspruchnahme der Mindestsicherung, die auch an dauernden Aufenthalt in Österreich geknüpft ist, erfolgt eine Bedarfs- und Vermögensprüfung durch die Sozialhilfeträger.
- Die Arbeitswilligkeit ist bei allen arbeitsfähigen Beziehern Voraussetzung. Die Einbindung in gemeinnützige Arbeitsprojekte und die Verpflichtung zur Weiterbildung stellen sicher, dass es sich bei der Mindestsicherung um kein arbeitsloses Grundeinkommen handelt.



ÖGB-Archiv: Th. Reimer

- Die Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse steigt rasant an: Niedrigbezahlte Arbeiten, sozialrechtlich wenig abgesicherte Arbeiten, neue – oft ungewollte Selbständigkeit, Flucht aus dem Arbeitsrecht, ...
- Die drohende Spaltung der Gesellschaft: die einen haben keine Arbeit, für andere steigt die reale Arbeitszeit und die Zeitnot an.

Worum es heute geht, ist ein Verlassen des Denkkorsetts der Arbeitsgesellschaft.

Es ist höchste Zeit für die Einsicht, dass der Mensch sich nicht als arbeitender Konsument vom Tier unterscheidet, sondern als denkendes Wesen.

Die »Triade der Arbeit«

Wenn Arbeit mehr ist als Erwerbsarbeit, dann muss eine sich in Veränderung befindliche »Arbeitsgesellschaft« andere Formen der Arbeit anregen und ausbauen. Mit der »Triade der Arbeit« sind folgende Bereiche angesprochen:

- Die **gesellschaftsbezogene Erwerbsarbeit** entspricht der Solidarität: Arbeit als Wahrnehmen einer notwendigen Aufgabe in der Gesellschaft (Beruf).
- Die **personenbezogene Eigenarbeit** entspricht der Personalität: Diese Arbeit zielt nicht auf Gelderwerb, sondern ist Nutzen für sich und das persönliche Umfeld (Familie).

- Die **gemeinschaftsbezogene Öffentlichkeitsarbeit** entspricht der Subsidiarität: Diese – oft ehrenamtliche – Arbeit erledigt nützliche und notwendige Aufgaben für das gesellschaftliche und soziale Zusammenleben (Vereine).

Alle drei Bereiche dieser »Triade der Arbeit« tragen wesentlich zur gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Umso wichtiger erscheint, einerseits allen drei Bereichen die gleichwertige gesellschaftliche Anerkennung zukommen zu lassen, andererseits die Durchlässigkeit zwischen den Bereichen zu erhöhen. Da derzeit der weit überwiegende Teil unbezahlter Arbeit von Frauen geleistet wird, ist eine gerechtere Aufteilung der Arbeitsbereiche vorrangig. Dies bedeutet sowohl eine Ab-

lösung der einseitigen Abhängigkeit zugunsten des Berufs bzw. der Familie als auch ein Gegenmodell zur »vaterlosen Gesellschaft«. So würde nicht nur die Wirtschaft von einem höheren Anteil an Frauen – auch in höheren und leitenden Positionen – profitieren, sondern würden auch Männer aus dem »Vater-Sein« für sich und ihre Kinder bleibende Bereicherung für ihr Leben erfahren.

Wenn Arbeit gerechter verteilt werden soll, kann und darf Existenzsicherung nicht mehr allein auf der Erwerbsarbeit aufbauen – aber gibt es Alternativen?

Wesentliche Unterschiede

In den verschiedenen Modellen, die nachfolgend kurz beschrieben werden, lassen sich wesentliche Unterschiede feststellen. Das allgemeine, bedingungslose Grundeinkommen zielt auf einen radikalen Umbau der Gesellschaft in Richtung einer neuen »Tätigkeitsgesellschaft«. Die Modelle einer bedarfsorientierten Grundsicherung sehen im Wesentlichen einen Ausbau bestehender Sozialleistungen vor. Gemeinsam ist allen Denkanstößen, dass es notwendig erscheint, den neuen Herausforderungen in Bezug auf Armutsgefährdung und den Wandel in der Arbeitswelt auch mit neuen Modellen zu begegnen.

Modell der ksoe: Bedingungsloses Grundeinkommen

Das von der Katholischen Sozialakademie geforderte Grundeinkommen soll bedingungslos sein, universell, das heißt als Bürger/-innenrecht für alle gelten, die in einem Land leben, personenbezogen, also unabhängig von der Einkommenssituation von Familienmitgliedern und in existenzsichernder Höhe.

Es soll im Sinne eines Rechts auf soziale Sicherheit die freie Wahl ermöglichen, wie Menschen arbeiten und ihr persönliches und soziales Leben gestalten.

Das Niveau des Grundeinkommens sollte bei 900 Euro (12-mal jährlich) liegen. Zur Umsetzung werden als erste konkrete Schritte vorgeschlagen:

- Einheitliche Mindesthöhe für alle der Existenzsicherung dienende Transfer- und Sozialversicherungsleistungen

- Personenbezogener Auszahlungsmodus
- Anhebung der Familienleistungen
- Hilfe in besonderen Lebenslagen (Krankheit, Scheidung,...)
- Ersatzlose Streichung der Möglichkeit, bei AMS-Geldern und Notstandshilfe Sperren zu verhängen
- Kostenlose budgetfinanzierte Kranken- und Unfallversicherung

Da die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens einen Paradigmenwechsel darstellt, sind weitere Schritte der Umsetzung, wie z. B. die Aus- und Umgestaltung des Steuersystems notwendig. Die ksoe hat dazu das Netzwerk »Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt« gegründet und ist Mitglied im »Basic Income Earth Network«.

Modell der KAB: Grundsicherung im Alter

Die Kath. Arbeitnehmer/-innen Bewegung (KAB) hat sich in ihrem Grundsatzprogramm zum Ausbau des Sozialstaates durch eine »soziale Grundsicherung« bekannt. Im Rahmen des Forums »Arbeit, Wirtschaft & Soziales« wurde ein Grundsicherungsmodell für Pensionen erarbeitet, welches ein neues 3-Stufen-Modell vorsieht: Die Grundpension – für alle Bürger/-innen – bildet die erste Stufe. Darauf baut der bisherige Pensionsanspruch, durch eine Pensionsversicherungsleistung (wie bisher). Als dritte Stufe bleibt natürlich die Möglichkeit bestehen, Betriebspensionen zu beziehen bzw. sich privat zu versichern (freiwillige Leistung). Vorgesehen sind:

- Eine eigenständige Grundpension in Höhe von 630 Euro (die sich noch durch Wohnbeihilfe erhöhen kann) für jede/n. Finanziert wird diese »erste Säule« aus Steuermitteln.
- Eine – wie bisher – über Sozialversicherungsbeiträge finanzierte Pension als »zweite Säule«.
- Keine steuerliche Förderung privater Pensionsvorsorge. Keine Umwandlung

der »Abfertigung neu« in eine Betriebspension.

Die KAB Deutschlands umschreibt dies als »Cappuccino-Modell«: Grundsicherung und Pensionsversicherung als Kaffee und Milch – und als »Sahnehäubchen« die freiwilligen Leistungen.

Modell der Armutskonferenz: Bedarfsorientierte Grundsicherung

Bereits vor mehreren Jahren hat die Österreichische Armutskonferenz die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung erhoben. Die Armutskonferenz ist ein Netzwerk verschiedener nichtstaatlicher und Non-Profit-Organisationen, von Caritas, Diakonie, Volkshilfe bis Arbeitsloseninitiativen, Forum Kirche und Arbeitswelt und anderes mehr.

Durch die »bedarfsorientierte Grundsicherung« soll das bestehende sozialstaatliche System nach unten hin abgedichtet werden.

So müssten Mindeststandards in Arbeitslosen-, Kranken- und Pensionsversicherung eingeführt werden und der Zugang für jene geöffnet werden, die sonst aus dem Bereich der sozialen Sicherung fallen.

- Die bedarfsorientierte Grundsicherung dient der Armutsvermeidung und soll das Existenzminimum sichern.

- Diese Grundsicherung ist eine Ergänzung nicht-existenzsichernder Einkommen/Sozialleistungen.

- Die Finanzierung soll aus Steuermitteln erfolgen.

- Diejenigen, auf die Einkommensarmut zutrifft, sollen eine bedarfsorientierte Grundsicherung bekommen. Eigenes Vermögen oder das Haushaltseinkommen sollen berücksichtigt werden, aber auch die grundsätzliche Arbeitsbereitschaft wird eingefordert.

- Sozialhilfe und Notstandshilfe sollen durch eine bedarfsorientierte Grundsicherung ersetzt werden, ebenso existenzsichernde Leistungen der Behindertenhilfe.

■ Arbeitslosengeld und Krankengeld werden auf die Höhe einer bedarfsorientierten Grundsicherung erhöht.

■ Bei den Pensionsleistungen ersetzt die bedarfsorientierte Grundsicherung die derzeitige Ausgleichszulage.

■ Alle, die eine bedarfsorientierte Grundsicherung bekommen, sollen auch krankenversichert sein. Mietbeihilfen sollen weiterhin gewährt werden.

In der aktuellen Debatte stellen Teilzeitbeschäftigte ein spezielles Problem dar, die durch ihre Erwerbsarbeit keinesfalls ausreichend zum Leben verdienen und mit ihrem Einkommen ihren monatlichen Lebensunterhalt nicht decken können. Wie und ob diesen Menschen durch eine Grundsicherung der notwendige Fehlbetrag gewährt werden kann, wird heftig diskutiert.

Das GRÜNE Grundsicherungsmodell

Die Grüne Grundsicherung setzt an der steigenden Armutsgefährdung und der hohen Arbeitslosigkeit an. Vorgesehen sind:

800 Euro: Grundsicherung (Sockelung) von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe mit 800 Euro brutto (12-mal jährlich) und die Grundsicherung in der Sozialhilfe.

Gesetzlicher Mindestlohn: Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in der Höhe von mindestens sieben Euro pro Stunde (brutto).

Arbeitslosenanzwaltschaft: Einrichtung einer weisungsfreien Arbeitslosenanzwaltschaft, die die Rechte und Interessen arbeitsloser Menschen gegenüber Behörden und Gesetzgeber vertritt.

»**Aktion 10.000**«: Zumindest 10.000 Arbeitsplätze im gemeinnützigen Bereich sollen für junge Menschen – befristet für ein Jahr – geschaffen werden. Vor allem Gemeinden und Wohlfahrtseinrichtungen können so neue Arbeit organisieren (Kinderbetreuung, schulische Betreuung, Pflege, usw.).

Der erste Schritt der Grundsicherung, nämlich die Sockelung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe und die Grundsicherung in der Sozialhilfe kostet rund 500 Millionen Euro jährlich. Finanziert

wird die Grüne Grundsicherung durch eine Verbreiterung der Beitragsbasis, durch das Einbeziehen aller Einkommensarten und auch Vermögenswerte.

Modell der KPÖ: Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Zum neoliberalen Umbau des Kapitalismus gehört die Durchsetzung eines überwunden geglaubten asozialen Leitbildes der »Tüchtigen und Anständigen«, mit dem soziale Ausgrenzung begründet wird. Schlagworte wie »Eigenverantwortung« oder »private Vorsorge« verschleiern den Abbau des Sozialstaates.

Wir gehen von einer notwendigen Neuaufteilung aller Arbeit auf alle aus, denn gerade Frauen mit ihren Doppel- und Dreifachbelastungen wissen, Arbeit gibt es genug.

Wir lehnen entschieden alle Konzepte der Zwangsarbeit ab und treten im Bündel mit unseren beschäftigungspolitischen Maßnahmen für Mindesteinkommen und eine bedarfsorientierte Mindestsicherung ein, die im Gegensatz zur Sozialhilfe existenzsichernd und bundesweit gesetzlich geregelt ist.

Jeder Haushalt hat Anspruch auf ein Mindesteinkommen von 697 Euro. Für jeden weiteren im Haushalt lebenden Erwachsenen (über 15 Jahren) werden zusätzlich 70 Prozent und für Kinder bis 15 Jahren 50 Prozent des Mindesteinkommens berechnet.

Das SPÖ-Modell: Bedarfsorientierte Mindestsicherung

Die SPÖ will den Sozialstaat modernisieren und stärken. Dazu erarbeitet sie auch ein Modell der bedarfsorientierten Mindestsicherung.

Als Eckpunkte werden die bundesweite Vereinheitlichung der Sozialhilfe und eine Mindestsicherung in Höhe von 800 Euro genannt.

»Mehr als eine Million Menschen in Österreich sind armutsgefährdet, 460.000 Menschen sind akut arm«, stellt die SPÖ fest. Hier sei in erster Linie mit Beschäftigung anzusetzen, aber immer mehr sind »working poor« und können von ihrer Arbeit nicht leben.

Zur Grundsicherung wird betont: »Wir wollen kein arbeitsloses Grundein-

kommen, wir wollen eine Mindestsicherung, die erst dann greift, wenn alle anderen Wege aus der Armutsfalle gescheitert sind. Niemand in unserem Land soll zum Bettler gemacht werden.«

Das LIF-Modell: Ein Kontrapunkt

Vollkommen gegensätzlich zu den anderen Modellen versteht das Liberale Forum die »bedingungslose Grundsicherung«. Während alle anderen Modelle die bestehenden Sozialleistungen aus- bzw. umbauen wollen, will das LIF-Modell alle bestehenden Sozialtransfers wie z. B. Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Kindergeld, Familienbeihilfe usw. ersatzlos streichen. Es soll nur noch die bedingungslose Grundsicherung von 700 Euro für alle Erwachsenen geben, was einem massiven Abbau des Sozialstaats gleichkommt.

Nach Umstellungskosten von rund 1,2 Milliarden Euro beziffert das LIF die Reduktion im Sozialbereich mit rund vier bis fünf Milliarden Euro jährlich. Dieser Rückbau des Sozialstaats wird mit den Ideen Milton Friedmans begründet, wonach der Markt ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu organisieren sei.

Ob »Geld ohne Arbeit« ein Irrweg oder eine Notwendigkeit angesichts der neuen sozialen Herausforderungen ist und welches der Modelle letztlich ziel führend sein wird, sorgt für die Heftigkeit der aktuellen Diskussion.

QUELLENHINWEISE

Die Daten im ersten Teil: »**Armut und Reichtum**« stammen aus dem Bericht über die soziale Lage« aus dem Sozialministerium 2005 und aus einer Arbeitsgruppe mit Andreas Höferl, Wien.

Der Wandel in der Arbeitswelt war Teil der Kampagne »**Gute Arbeit**« von KAB und Betriebsseelsorge, in der u. a. das Modell der »**Triade der Arbeit**« entwickelt wurde.

Die Modelle der politischen Parteien und der kirchlichen Organisationen sind im Internet zu finden:

www.grundeinkommen.at, sowie auf den jeweiligen Homepages der Parteien.

Leitfaden für gendergerechte gewerkschaftliche Erwachsenenbildung

Lieber gleich berechtigt

»Der erste Schritt um Gender Mainstreaming erfolgreich umzusetzen, ist für mich, Gleichstellung nicht als ›Frauenthema‹ zu sehen. Gleichstellung ist etwas, das Frauen und Männer gleichermaßen angeht und wovon beide profitieren«, meint Sabine Letz, Geschäftsführerin des VÖGB und Leiterin der Arbeitsgruppe »Gender Mainstreaming in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit«.

Die Gruppe setzt sich zusammen aus ErwachsenenbildnerInnen von VÖGB, Gewerkschaften und AK – Männern und Frauen. Sie beschäftigt sich seit zwei Jahren intensiv mit der Frage, wie gewerkschaftliche Bildungsveranstaltungen gendergerecht gestaltet werden können.

Die Broschüre »Lieber gleich berechtigt – Leitfaden für gendergerechte gewerkschaftliche Erwachsenenbildung« fasst die wichtigsten Ergebnisse dieser Arbeit zusammen.

Blick zurück

2004 entschied der Bundesvorstand des ÖGB, Gender Mainstreaming im gesamten Organisationsbereich umzusetzen.

»Um dieses Ziel zu erreichen ist es notwendig, dass Überlegungen zur Geschlechtergerechtigkeit in alle politischen Strategien und Aktivitäten integriert werden und Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen diese Prinzipien nach innen und außen vertreten«, sagt dazu der geschäftsführende ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer.

Fünf Pilotgruppen in unterschiedlichen Bereichen erhielten den Auftrag sich sofort an die Arbeit zu machen – eine davon im Bereich Bildung.

Gendergerechte Bildungsarbeit

Gender Mainstreaming in der Bildungsarbeit trägt dazu bei, unterschiedliche Lebensrealitäten von Männern und Frauen sichtbar zu machen, Rollenzuschreibungen zu hinterfragen und festgefahrene Verhaltensmuster zu überwinden. Bedürfnisse von Frauen und Männern sollen bei allen Bildungsveranstaltungen mitgedacht werden, um der Gleichstellung von Männern und Frauen so nahe wie möglich zu kommen.

Gender Mainstreaming bei allen Seminaren mitdenken

Der Leitfaden richtet sich an TrainerInnen, ReferentInnen, SeminarbetreuerInnen und Bildungsverantwortliche.

Er liefert ihnen jedoch keine Konzepte für Seminare über Gender Mainstreaming. ErwachsenenbildnerInnen werden vielmehr dazu angeregt, sich einmal eine »Gender-Mainstreaming-Brille« aufzusetzen und ihre Bildungsarbeit aus einer neuen Perspektive zu betrachten: Unterschiedliche Menschen bringen unterschiedliche Erwartungen an Inhalte und Organisation von Seminaren mit – Männer und Frauen, Ältere und Jüngere, Eltern und Menschen ohne Kinder, Menschen, die am besten durch Zuhören lernen und solche, die sich Bilder am besten einprägen können.

Von der Vorbereitung bis zur Durchführung des Seminars sollten Bildungsverantwortliche möglichst viele dieser Verschiedenheiten berücksichtigen.

Von der Analyse zur Umsetzung

Schritt für Schritt werden die LeserInnen an die gendergerechte Gestaltung der Erwachsenenbildung herangeführt. Der Leitfaden regt an zur Reflexion der eigenen Frauen- und Männerbilder und bietet Analyse Kriterien für Seminarkonzepte sowie organisatorische Rahmenbedingungen.

Nicht zuletzt enthält er eine reichhaltige Auswahl an Methoden für TrainerInnen und ModeratorInnen. Praxisbeispiele, Checklisten und Tipps laden dazu ein, das Gelernte sofort umzusetzen.

Der Leitfaden kann unter www.voegb.at/gender heruntergeladen oder beim VÖGB, sonja.fischer@oegb.at bestellt werden. *Lucia Bauer*

**INFORMATION****Gender Mainstreaming**

»Gender« bezeichnet das »soziale Geschlecht«, das im Gegensatz zum biologischen durch das gesellschaftliche und kulturelle Umfeld gemacht wird und auch wieder verändert werden kann.

»Mainstreaming« heißt, dass ein bestimmtes Denken und Handeln in den »Mainstream« (Hauptstrom) übernommen und so zu einem selbstverständlichen Handlungsmuster wird.

»Gender Mainstreaming« hat das Ziel, soziale Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern bei allen Handlungen zu berücksichtigen. Alle Vorhaben werden auf ihre möglichen geschlechtsspezifischen Auswirkungen überprüft und so gestaltet, dass sie einen Beitrag zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern leisten.

Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	Okt. 06	Nov. 06	Okt. 06	Nov. 06
	VPI			
Belgien	1,2	1,5	1,7	2,0
Deutschland	1,1	1,5	1,1	1,5
Finnland	1,8	2,1	0,9	1,3
Frankreich	1,1	1,4	1,2	1,6
Griechenland	2,8	2,9	3,1	3,2
Irland	3,9	...	2,2	2,4
Italien	1,8	1,8	1,9	2,0
Luxemburg	1,5	2,0	0,6	1,8
Niederlande	1,4	1,0	1,3	1,6
Österreich	1,1	1,6	1,2	1,6
Portugal	2,6	...
Spanien	2,5	...	2,6	...
VPI-EWU	1,6	1,9
Dänemark	1,5	1,7	1,4	1,8
Estland	3,7	4,6	3,8	4,7
Lettland	5,6	6,4	5,6	6,3
Litauen	3,6	4,4	3,7	4,4
Malta	1,7	0,9
Polen	1,1	1,3
Schweden	1,3	1,7	1,2	1,5
Slowak. Rep.	3,7	4,3	3,1	3,7
Slowenien	2,4	2,4	1,5	2,4
Tschech. Rep.	1,3	1,5	0,8	1,0
Ungarn	6,3	6,4	6,3	6,4
UK 2,4	2,7	2,4	2,7	...
Zypern	1,4	1,1	1,7	1,3
EU 25	1,8	2,1
Island	7,2	7,3	5,8	6,1
Norwegen	2,7	2,6	3,0	2,8
VPI-EWR	1,8	2,1
Schweiz	0,3	0,5
USA

Der Arbeitsmarkt im November 2006				
	Stand Nov. 06	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat	
Unselbständige Beschäftigung	3.302.524	-17.743	65.378	
ohne KUG/Präsenzdiener	3.183.765	-16.754	66.134	
Arbeiter	1.296.258	-23.100	25.739	
Angestellte u. Beamte	2.006.266	5.357	39.639	
Männer	1.790.430	-13.788	36.842	
Frauen	1.512.094	-3.955	28.536	
Ausländer	392.054	-6.375	21.430	
Inländer	2.910.470	-11.368	43.948	
Vorgemerkte Arbeitslose	231.746	17.140	-25.524	
Männer	119.590	11.275	-17.372	
Frauen	112.156	5.865	-8.152	
Ausländer	42.485	4.791	-5.157	
Inländer	189.261	12.349	-20.367	
Jugendliche (bis unter 19)	9.443	106	-1.369	
Jugendliche (19 bis unter 25)	29.349	1.487	-3.833	
Ältere (50 bis unter 55)	22.222	2.163	-1.753	
Ältere (55 bis unter 60)	17.082	1.103	-1.291	
Ältere (über 60)	3.841	121	-566	
Arbeitslosenquote	6,6	0,5	-0,8	
Offene Stellen	32.399	-4.139	8.255	
Lehrstellensuchende	5.725	-357	405	
Offene Lehrstellen	2.923	-702	-341	
Geringfügige Beschäftigung *	239.795	3.186	6.723	
Männer	72.251	1.297	2.775	
Frauen	167.544	1.889	3.948	
Arbeiter	131.964	-162	2.137	
Angestellte	107.831	3.348	4.586	

*) nicht in der unselbständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch Interessierten.

Datenquellen: Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat; **Anmerkung:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar. ... = Bei Redaktionschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVP-Werte verfügbar. EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

Ägypten:

Mit Streik zur Prämie

Mit Streik, Betriebsbesetzungen und Demos erkämpften ArbeiterInnen ihre Prämienzahlung.

Rund 20.000 ägyptische TextilarbeiterInnen haben ihren Anspruch auf Ausbezahlung der Jahresprämie durchgesetzt. Als die Geschäftsführung der staatlichen Al Mahalla Textilwerke die von der ägyptischen Regierung versprochene Jahresprämie von 200 ägyptischen Pfund (= 35 US-Dollar) aus Spargründen nicht auszahlte, traten Ende 2006 die ArbeiterInnen aller Schichten in Streik. Begleitet wurde der Ausstand von Fabriksbesetzungen und Demonstrationen in der Stadt Misr Al Mahalla. Die Proteste richteten sich gegen Korruption

und Pläne der Regierung, das staatliche Unternehmen für potentielle Käufer durch Sparprogramme attraktiver zu machen. Gefordert wurde der Rücktritt der Geschäftsleitung und die volle Auszahlung der Jahresprämien. Schlechte Bezahlung der ArbeiterInnen und ungerechtfertigt hohe Einkommen der Geschäftsführung hatten die Wogen schon lange hochschlagen lassen. Das Vorgehen der Geschäftsführung gegen die gewerkschaftlich organisierten TextilarbeiterInnen und ungerechtfertigte Entlassungen hatten die

Unruhen genährt. »Wir haben den Streik begonnen, weil unsere Löhne so niedrig sind, dass wir uns die Kleider, die wir selbst herstellen, nicht leisten können«, erklärte ein Textilarbeiter. Die ArbeiterInnen hatten durchschlagenden Erfolg: Nach fünf Tagen Streik, Betriebsbesetzungen und Demonstrationen lenkte die Regierung ein. Alle ArbeiterInnen erhalten die von ihnen geforderte Prämien in Höhe von zwei Monatslöhnen und – mit einer zusätzlichen Gewinnbeteiligung – sogar etwas mehr. G. M.

Nepal:

Gemeinsames Programm

Ein neues Abkommen unter den Gewerkschaften stärkt die Chancen auf Frieden und Demokratie.

Die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den vier wichtigsten Gewerkschaftszentralen Nepals sei »ein großer Schritt auf dem Weg zu dauerhaftem Frieden, voller Demokratie und Verbesserung der Lebensbedingungen aller Menschen in Nepal«, erklärte Guy Ryder, Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB). Die gemeinsame Erklärung der Gewerkschaften war erfolgt, nachdem Ende November Premierminister Girija Prasad Koirala und der Maoistenführer Prachan-

da ein umfassendes Friedensabkommen unterzeichnet hatten. Mit diesem Rahmenabkommen wird ein über zehn Jahre dauernder interner Konflikt beendet, bei dem rund 13.000 Menschen ihr Leben verloren haben. Im April 2006 war König Gyanendra durch Massendemonstrationen gezwungen worden, das Parlament wieder einzusetzen und inhaftierte Oppositions- und Gewerkschaftsführer freizulassen. Die vier Gewerkschaftsorganisationen haben sich nunmehr zu einem ge-

meinsamen Programm verpflichtet und bekräftigten ihr volles Engagement beim Wiederaufbau des Landes. »Nepal steht vor drängenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Die Tatsache, dass sich die vier wichtigsten Gewerkschaftszentralen auf ein gemeinsames Programm geeinigt haben, ist hier von entscheidender Bedeutung«, betonte Guy Ryder. »Nun muss auch die nepalesische Regierung die Einhaltung der grundlegenden Arbeitsrechte garantieren. G. M.

Weißrussland:

Handelssanktionen

Die Gewerkschaften begrüßen die Entscheidung der EU zu Handelssanktionen gegen Belarus (Weißrussland).

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) lobten die Entscheidung des Europäischen Rates, Weißrussland wegen der Missachtung von Gewerkschaftsrechten die bestehenden Handelsprivilegien zu entziehen. Seit 2003 haben sich die Gewerkschaften weltweit für diese Maßnahme eingesetzt. Auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) forderte das Recht auf freie Gewerkschaften für das Land. Nunmehr hat der Europäische

Rat die EU-Mitgliedsstaaten aufgerufen, die Handelspräferenzen seitens der Europäischen Union zurückzunehmen. Guy Ryder, Generalsekretär des IGB: »Das ist eine gute Entscheidung der Europäischen Union. Sie trägt dazu bei, dass sich das Lukaschenko-Regime bewusst wird, die Repression gegenüber den unabhängigen und demokratischen Gewerkschaften beenden zu müssen.« Für Peter Mandelson, EU-Handelskommissar, beweist der Fall »das gemeinsame Engagement der EU zur

Förderung der Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen als integralen Bestandteil ihrer Handelspolitik«. »Bisher hat die EU gute Deklarationen über die Verwendung ihrer Handelsstrategie zur Förderung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte verabschiedet, aber diese Strategie selten umgesetzt«, kommentierte EGB-Generalsekretär John Monks. »Hoffen wir, dass Belarus nun die nötigen Schritte zum Schutz der grundlegendsten Gewerkschaftsrechte setzt.« G. M.

Arbeitsrecht: Suggestives Grünbuch

Bis März haben die europäischen Sozialpartner Zeit zur Stellungnahme über die Modernisierung des Arbeitsrechts.

Am 22. November veröffentlichte die Europäische Kommission das lange angekündigte Grünbuch zur Modernisierung des Arbeitsrechts. Mit Verzögerung, da es auf Druck des Europäischen Arbeitgeberverbandes UNICE gegenüber seinem ursprünglichen Entwurf geändert werden musste. Mit dem Buch wurde eine viermonatige öffentliche Anhörung über Anpassungen des Arbeitsrechts in den EU-Mitgliedsstaaten eröffnet. Dies betrifft besonders aktuelle Trends in der Arbeitswelt, wie die Zunahme von Nichtstan-

dard-Arbeitsverträgen oder flexible Standardverträge. Alle betroffenen Sektoren, vor allem die Sozialpartner auf europäischer und nationaler Ebene, sind nun aufgefordert, entlang von 14 Leitfragen – unter dem Motto des »Flexicurity-Ansatzes« – ihre Vorstellungen darzulegen. Das Grünbuch beschränkt sich keinesfalls darauf, Fragen aufzuwerfen, kritisiert die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier, GPA/DJP (Stellungnahme der Gewerkschaft unter www.gpa-djp.at). In mehreren Punkten

würden vorweg Feststellungen getroffen, »mit denen Richtung der Beantwortung in einer aus Gewerkschaftssicht ungemütlichen Art und Weise in gewissem Sinn vorweggenommen wird«.

Die konstatierte Tendenz zum Prekariat auf den europäischen Arbeitsmärkten werde in gewohnter Verkürzung als unerlässliche Notwendigkeit von Globalisierung und demographischer Alterung vorgestellt und daraus ein unerlässlicher Grund zu weiterer Deregulierung und Flexibilisierung abgeleitet. *G. M.*

Europäische Union:

Globalisierungsfonds

Ende 2006 beschloss das Europäische Parlament einen Fonds für Arbeitsplatzverlust durch Globalisierung.

Der neue EU-Fonds sieht vor, dass ArbeitnehmerInnen, die wegen der Globalisierung ihren Arbeitsplatz verloren haben, ab 1. 1. 2007 finanzielle Unterstützung bekommen können. »Das Europäische Parlament konnte bei den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission viel erreichen«, kommentierte Harald Ettl, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft Metall-Textil-Nahrung (GMTN) und Mitglied des Europäischen Parlaments. »Es bleiben

aber schwerwiegende Mängel, die bei einer Überarbeitung repariert werden müssen. Der Globalisierungsfonds ist bestimmt kein Allheilmittel.« Jährlich stehen 500 Millionen Euro zur Verfügung. Die Forderungen, dass der Fonds auch Beschäftigte unterstützen soll, die Opfer von Arbeitsplatzverlagerungen innerhalb der EU wurden, werden wegen der geringen Dotierung nicht erfüllt. Als Erfolg bewertet Ettl, dass es gelungen ist, die Auszahlung nach der positiven Erledigung eines

Falles auf »innerhalb von 15 Tagen« festzulegen. Eine Auszahlung kann zum Tragen kommen, wenn mindestens 1000 ArbeitnehmerInnen in einem Unternehmen und dessen Zulieferbetrieben ihre Arbeit verlieren. Für kleine Arbeitsmärkte wurde allerdings eine Ausnahme geschaffen. So kann die Zahl der entlassenen ArbeitnehmerInnen auch geringer sein, wenn die Entlassungen schwerwiegende Auswirkungen für die Beschäftigung und die lokale Wirtschaft haben. *G. M.*

Metallgewerkschaften:

Metaller gegen Neoliberalismus

Spezielle Mechanismen in Handelsabkommen sollen die Einhaltung der Arbeitsrechte garantieren.

Die Verankerung der Kernarbeitsnormen in Handelsabkommen – etwa das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit, Versammlungsfreiheit oder das Recht auf Lohnverhandlungen – war ein enormer Fortschritt für die ArbeitnehmerInnen. Das aber ist für den Internationalen Metallgewerkschaftsbund (IMB) nicht genug (der IMB ist eine Zusammenschluss von einzelstaatlichen Gewerkschaften in der Metallindustrie auf Weltebene). Gefordert wird ein international koordiniertes Konzept der Gewerkschaftsbewegungen

gegen den Neoliberalismus. Ein derartiges Konzept zu entwickeln war Thema eines Seminars des IMB in Kanada. Mitgliedsgewerkschaften aus Süd- und Nordamerika, aus Afrika, Europa und Asien haben gemeinsam die aktuelle Situation von zwischenstaatlichen und internationalen Verhandlungen über Liberalisierungen im Handel analysiert. Die TeilnehmerInnen befürchten, dass weitere Liberalisierungen im Handel zum Schaden der weniger entwickelten Länder wären. Sie würden außerdem ihre Bemühungen, sich ihre eige-

nen Industriepolitiken aufzubauen, gefährden. Eklatant ist auch die Entwicklung des kontinuierlichen Abbaus industrieller Arbeitsplätze, sodass immer mehr Menschen unter prekären Bedingungen leben und der »informelle« Arbeitsmarkt mit wenig oder gar keinen Schutzbestimmungen für ArbeiterInnen immer größer wird. Aus diesen Gründen ist es für den IMB unbedingt erforderlich, in Handelsabkommen Mechanismen zu vereinbaren, die die Einhaltung der Arbeitsrechte garantieren. *G. M.*

WAL★MART: Frauen im Ausverkauf

Meilensteine im Kampf um Arbeitsrechte: »Wessen Wal-Mart ist das?«, grölt der Wal-Mart-Geschäftsführer der Menge entgegen. Die Antwort hallt ihm 20.000-fach aus dem begeisterten, größtenteils aus Wal-Mart-Beschäftigten bestehende, Publikum entgegen: »Mein Wal-Mart!«.

Die Begeisterung, die Liza Featherstone in ihrem Buch so anschaulich beschreibt, ist nicht gespielt. Die hier in Bentonville, Arkansas, versammelten »PartnerInnen« – wie die MitarbeiterInnen bei Wal-Mart genannt werden – sind mit echter Euphorie für ihren Arbeitgeber bei der Sache. Walmart ist nicht nur die weltgrößte Einzelhandelskette und der größte Arbeitgeber der USA. Wal-Mart ist Teil der amerikanischen Kultur und nebenbei das populärste Unternehmen der USA.

Negative Schlagzeilen für Wal-Mart

Trotzdem läuft für Wal-Mart zur Zeit nicht alles nach Plan. Der beliebte Konzern ist in die Schlagzeilen geraten – wegen sexueller Diskriminierung. Grund dafür ist die größte zivilrechtliche Sammelklage der amerikanischen Geschichte, deren Klägerinnengruppe fast 1,6 Millionen ehemals oder gegenwärtig bei Wal-Mart beschäftigte Frauen zählt. Sie werfen Wal-Mart vor, weibliche Angestellte bei Beförderung, Einstellung und Bezahlung systematisch zu übergehen. Damit verstoße der Konzern gegen Paragraph VII des »Civil Rights Act« zum Schutz der ArbeitnehmerInnen vor Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Rasse, Religion oder ethnischer Herkunft. Wie konnte es dazu kommen? Es lohnt sich gemeinsam mit der Autorin Liza Featherstone den »amerikanischen Goliath« genauer zu betrachten: Seine Erfolge, seine MitarbeiterInnen und seine erbitterten Gegnerinnen.

Die »Wal-Mart-Familie« ist groß.

1,2 Millionen Menschen arbeiten in den 3600 US-amerikanischen Wal-Mart-Filialen. Weitere 1500 Wal-Mart-Supermärkte existieren in Mexiko, Puerto Rico, Großbritannien, Kanada, Argentinien, Brasilien, China, Südkorea und Deutschland.¹⁾ Jede Woche kaufen mehr als 138

Millionen Kundinnen und Kunden bei Wal-Mart ein. 285 Milliarden US-Dollar Umsatz machte Wal-Mart allein im Jahr 2005. Die unschlagbar niedrigen Preise locken vor allem sozial schwache AmerikanerInnen in die Wal-Mart Supermärkte.

Tiefe Preise niedrige Löhne – immer

Doch die sozialen Kosten für die Tiefpreise sind hoch. Unter der schönen Fassade, die Wal-Mart für viele Menschen in den USA verkörpert, verbirgt sich beinharte Profitgier, Gewerkschaftsfeindlichkeit und skrupellose Ausbeutung. Zahlreiche Wal-Mart-Beschäftigte können trotz Vollzeitarbeit kaum ihren Lebensunterhalt bestreiten und sind gezwungen einen Zweitjob anzunehmen. Diesem Problem begegnet das Management, indem es die Beschäftigten mittels Infzetteln darüber aufklärt, wie sie vom Staat materielle Unterstützung beziehen können. Vor allem die weiblichen Wal-Mart-Angestellten leben oft weit unter der Armutsgrenze und können sich auch die vom Unternehmen angebotene Krankenversicherung nicht leisten.²⁾

Hauptfeind Gewerkschaft

Keine einzige Wal-Mart-Filiale in den USA ist gewerkschaftlich organisiert, sehr zum Nachteil der Beschäftigten. Wal-Mart-Angestellte verdienen im Schnitt

deutlich weniger als Angestellte bei vergleichbaren Supermarktketten mit Gewerkschaftsvertretung. Professionelle Union-Buster setzen notfalls auch illegale Mittel ein, um Wal-Mart gewerkschaftsfrei zu halten. Die Strafen, die das Unternehmen dafür immer wieder zahlen muss, werden bewusst einkalkuliert.

Eine Studie des »Institute for Policy Research« (eines frauenpolitischen Forschungszentrums) zeigt, dass vor allem Frauen die Folgen der Gewerkschaftsfeindlichkeit tragen. Im Schnitt liegen die Löhne gewerkschaftlich organisierter Arbeitnehmerinnen um 31 Prozent über den Fraueneinkommen bei Wal-Mart.

Diskriminierung in Zahlen

Marc Bendick, Sachverständiger im Diskriminierungsprozess, analysierte die Beschäftigten- und Gehaltsstruktur von Walmart und verglich sie mit der von 20 vergleichbaren Unternehmen. Er stellte fest, dass zwar 70 Prozent aller MitarbeiterInnen Frauen sind, der Frauenanteil in Führungspositionen jedoch nur 34 Prozent beträgt. Bei anderen vergleichbaren Einzelhändlern liegt der Frauenanteil in Führungspositionen immerhin bei 43 bis 65 Prozent. Frauen brauchen bei Walmart im Schnitt ein Jahr länger als Männer, um befördert zu werden und verdienen zudem in allen Positionen weniger als Männer. Am schlechtesten verdienen KassiererInnen. Hier beträgt der Frauenanteil über 90 Prozent. Trotzdem verdienen die wenigen Männer an der Kasse im Jahr rund 1000 US-Dollar mehr als ihre Kolleginnen. Je höher die Position, desto stärker klaffen die Einkommen von Männern und Frauen auseinander.

Chancenlos bei Wal-Mart

Liza Featherstone lässt in ihrem Buch nicht nur Zahlen und Statistiken sprechen. Ihre Darstellung beruht zudem auf zahlreichen Interviews mit Wal-Mart-

1) Seit 1997 war Wal-Mart in Deutschland aktiv, das zum Brückenkopf für eine Expansion in Europa werden sollte. Doch von Anfang an ging alles schief. Die amerikanischen Manager versuchten die amerikanischen Strategien unverändert auch in Deutschland anzuwenden, was weder deutsche Beschäftigte noch KundInnen begrüßten. Von Anfang an gab es auch Probleme mit der deutschen Gewerkschaft, 2002 streikten die MitarbeiterInnen in mehreren deutschen Filialen. Um den Misserfolg in Deutschland zu verschleiern, zahlte das Unternehmen Strafgebühren, weil es sich weigerte, die deutsche Handelsbilanz offenzulegen. Schließlich musste Wal-Mart Verluste von 3,5 Milliarden Euro zugeben und beschloss den Rückzug aus Deutschland. 85 Walmart Filialen werden an Metro verkauft.

2) In den USA gibt es keine allgemeine Pflichtversicherung. Nur für arme (Medicaid) und alte Menschen (Medicare) ist eine staatliche Krankenversicherung vorgesehen. Die Mehrzahl der ArbeitnehmerInnen verfügt nur über die Möglichkeit, sich über ihren Arbeitgeber zu versichern.

INFORMATIONEN

Liza Featherstone klärt darüber auf, wie WAL-MART, der größte private Arbeitgeber der USA, seine weiblichen Angestellten systematisch um Aufstiegsmöglichkeiten, Lohnanteile und Arbeitsrechte betrügt – und was die betroffenen Frauen dagegen unternehmen.

Seit Mitte der 1990er-Jahre versucht WAL-MART auch in Deutschland Fuß zu fassen – bislang mit begrenztem Erfolg, trotz erheblichen finanziellen Aufwands. Im Stamm-land USA aber ist die Discounterkette eine Ikone des freien Unternehmertums und beherrscht einen großen Teil des heimischen Marktes. Zugleich pflegt sie ihr Image als familienfreundliches, christlich geprägtes Unternehmen. Dieses Bild wird von Liza Featherstone gründlich in Frage gestellt. Sie erzählt die Geschichte der weiblichen »working poor«, deren Leben durch Sexismus, Niedriglöhne und Armut geprägt ist. In der aktuellen Sozialstaatsdebatte, in der häufig behauptet wird, dass ein Arbeitsplatz – egal welcher – den Ausweg aus Armut und Abhängigkeit eröffnet, ist das Buch zugleich eine eindringliche Warnung: Beschäftigungen wie die darin angeprangerten fördern die Armut in der Arbeit. Die Autorin hat zahlreiche Interviews mit Klägerinnen gegen WAL-MART geführt.

Der Kampf eröffnet Perspektiven: Selbst unter schwierigen Bedingungen muss der Einsatz für Gewerkschaften, Mindestlöhne und das Recht auf Kinderbetreuung nicht aussichtslos sein.

»Liza Featherstones Buch ist ein Schnäppchen, das selbst WAL-MART nicht unterbieten kann ... Es gibt einen beispiellosen Einblick in WAL-MARTs pseudo-christliche, ultramachistische Unternehmenskultur.«

(Barbara Ehrenreich)

Mitarbeiterinnen, die sich als Klägerinnen am Prozess gegen ihren Arbeitgeber beteiligen.

Sie alle akzeptierten Löhne weit unter der Armutsgrenze und leisteten unbezahlte Mehrarbeit, weil sie dem Versprechen der Unternehmensführung glaubten dass, wer fleißig arbeitet, rasch mit einer Gehaltserhöhung oder einer Beförderung belohnt wird. Statt dessen mussten sie zusehen, wie männliche Kollegen vor ih-

nen befördert wurden und bessere Jobs erhielten.

Dukes gegen Wal-Mart

Eine dieser Frauen ist Betty Dukes, Mitte Fünfzig, Afroamerikanerin und im Nebenberuf Predigerin. »Viele Frauen erleben alltäglich sexuelle Diskriminierung, ohne sich dessen bewusst zu sein«, meint sie im Interview. Der Wunsch, all diesen Frauen zu helfen, motiviert sie in ihrem Kampf gegen Wal-Mart. Betty Dukes begann als Kassiererin mit fünf Dollar Stundenlohn 1994 bei Wal-Mart. Wegen ihrer ausgezeichneten Arbeit erhielt sie schon bald eine erste Lohnerhöhung und eine kleine Beförderung. Dann musste sie jedoch zusehen, wie ihre männlichen Kollegen Schulungen besuchen durften, während sie zur Weiterbildung nicht zugelassen wurde. Als sie sich über diese Diskriminierung bei ihren Vorgesetzten beschwerte, wurde sie zur Strafe zurücker versetzt, in eine Position mit geringerem Stundenlohn und weniger Stunden. Im Frühjahr 2000 war für Betty Dukes das Maß voll. Sie reichte Klage gegen ihren Arbeitgeber ein und stellte fest, dass sie mit ihren Erfahrungen nicht allein war. Überall in den Vereinigten Staaten hatten Frauen mit Wal-Mart die selben Erfahrungen gemacht. Binnen weniger Monate wurde sie zur Hauptklägerin im Fall »Dukes gegen Walmart«.

Erste Erfolge

2004 konnten die Klägerinnen einen ersten Erfolg verbuchen. Ein Gericht in Kalifornien entschied, dass die Sammelklage – stellvertretend für rund 1,6 Millionen Frauen – zulässig ist. Laut amerikanischem Recht musste die Klägerinnenseite dafür beweisen, dass das Unternehmen so stark zentralisiert ist, dass sich die Arbeitsverhältnisse bei Wal-Mart-Filialen überall im Land gleichen. Für Featherstone ist diese Entscheidung ein wichtiger Meilenstein im Kampf gegen die arbeitnehmerInnenfeindliche Politik des Giganten Wal-Mart. Trotz des Zwischenerfolgs gibt es einen Wermutstropfen für die Klägerinnen: Sammelklagen ziehen sich in der Regel über Jahre hin und enden meist mit einem Vergleich. Dennoch: der Zwischenerfolg

machte den Diskriminierungsfall im gesamten Land bekannt und schadete dem Image von Wal-Mart. Viele weitere Mitarbeiterinnen, die bisher nichts vom Prozess gewusst hatten, wurden dazu motiviert, sich den Klägerinnen anzuschließen oder als Zeuginnen auszusagen. Selbst bei einem Vergleich ist es wahrscheinlich, dass Wal-Mart Entschädigungen in Milliardenhöhe zahlen muss.

Einblick in die amerikanische Gesellschaft

Featherstones Buch ist nicht nur interessant für jene, die mehr über das Unternehmen Walmart und die Arbeitsbedingungen seiner Beschäftigten wissen wollen. Es gibt den LeserInnen auch eine detaillierte Vorstellung von den täglichen Herausforderungen, vor denen Gewerkschaften in den USA – nicht nur bei Wal-Mart – stehen.

Die geschilderten Einzelschicksale vermitteln darüber hinaus ein einprägsames Bild vom Leben und der Kultur eines bestimmten Segments der amerikanischen Gesellschaft: einer ländlichen, meist konservativen Unterschicht, aus der die MitarbeiterInnen und KundInnen von Wal-Mart meist stammen. *Lucia Bauer*



Liza Featherstone, **WAL*MART: Frauen im Ausverkauf**. Meilensteine im Kampf um Arbeitsrechte. VSA Verlag, Hamburg 2006, ISBN 3-89965-171-5

Marlene Streeruwitz: Entfernung



Auf der Homepage: Fortsetzungsroman zum vergangenen Nationalratswahlkampf und zu den Regierungsverhandlungen

Eine Geschichte vom Scheitern: Die frisch entlassene Kulturmanagerin eines Wiener Festivals verlässt Wien, um in London, wie durch ein Brennglas, die Bruchlinien ihres Lebens zu begrei-



Gebundene Ausgabe: 474 Seiten, Fischer Verlag (S.), Frankfurt; Auflage: 1 (Juli 2006), ISBN: 3100744322

fen: Heimat, Arbeit, Liebe – alles, was ihr in Brüche gegangen ist. In Marlene Streeruwitz' Roman »Entfernung« dürfen wir zwei Tage lang das Leben der Dr. Selma Brechthold begleiten. Wir müssen uns leider trennen. Von Ihnen. Sie wissen ja. Sie kennen ja unsere Situation am besten«, wurde ihr Verständnis eingefordert. Das war vom Sagen direkt in ihren Kopf. Und sie hatte es mitgedacht. Schon das Hören »Wir müssen uns leider trennen«. Da war Sie beim Hören schon in das »Wir« eingeschlossen. Da hatte sie beim Hören schon alles verstehen müssen.

Selma hatte jahrelang »alle Schwächen des Intendanten verwaltet«, doch jetzt »wollte er eine Geliebte als Chefdramaturgin. Letzten Endes hätte sie auch mit ihm ins Bett gehen können. Es hätte sich alles ein bisschen anders geordnet.« Dann verlässt sie auch der Lebensgefährte Anton und beginnt ein neues Leben mit einer jüngeren Frau. Bitter für Selma. Neben den seelischen Problemen rücken allmählich auch finanzielle Probleme näher.

Sie zieht in die Wohnung ihres alten Vaters. Ein rascher und tiefer Abstieg von der gefeierten, einflussreichen Kulturmanagerin ins Nichts. Einsamkeit.

An einem Vormittag im Juli, bei brütender Hitze bricht Selma von Wien auf. Jede Empfindung am Weg zum Flughafen, im Auto, beim Parken, beim Einchecken, im Flugzeug, im Zug in die Londoner Innenstadt, auf dem Weg ins Hotel, ins Restaurant wird aufgezeichnet. Jeden Schritt gehen wir mit Selma, wir spüren den Riemen ihres Rucksacks, den sie über die Schulter streift, sehen sie lächeln, derweil sie in Gedanken versinkt, ihr Leben rekonstruiert, sich Klarheit über ihre Situation verschafft.

Dann lernt Selma Sebastian kennen, die zweifellos schrägste Figur des gesamten Romans. Selma fühlt sich stark zu Sebastian hingezogen, ein Neuanfang mit ihm scheint nicht ausgeschlossen.

Selma schwankt zwischen zwei Erlebensarten: »Sie kam immer zu nahe. Oder war gleich ganz weit weg. Sie war zu offen. Sie drängte sich auf.« Sie schwankt zwischen unendlichem Umarmungsbedürfnis und Unberührbarkeitssehnsucht.

Unglück vorprogrammiert. Dass sie sich in ihrem Zustand des Unglücks als Opfer empfindet, als weibliches zumal, macht sie zu einer typischen Streeruwitz-Figur. »Ihre Tragödie hatte sie ihr Geschlecht gekostet«, heißt es einmal.

Wer zu Beginn des Buches vielleicht Probleme mit dem kurzen, abgehackten, beinahe atemlosen Erzählstil hat, der zum Markenzeichen der Autorin geworden ist, wird bald in den Bann der Geschichte gezogen. Sprachlich brillant und mit enormer Detailschärfe zeigt »Entfernung« ein komplexes Bild unserer Zeit.

Thomas Fessler

H O M E P A G E

Sparsam ist die Kurzbiografie, die Marlene Streeruwitz auf ihre homepage

www.marlenestreeruwitz.at gestellt hat. Geboren in Baden bei Wien. Studium der Slawistik und Kunstgeschichte. Journalistin der Öko-Zeitschrift »Natur ums Dorf«. Beratungstätigkeit für Aktionen der Landschaftswiederherstellung. Erste literarische Erfolge ab 1986. Freiberufliche Schriftstellerin und Regisseurin. Aus, Ende.

Ausführlicher ist der Streifzug durch das österreichische Absurdistan, in dem die Autorin typisch österreichisches auflistet. Ein typisch Österreichisches Gericht? Das aus Mailand stammende Wiener Schnitzel natürlich, quasi als akzeptable Form der Globalisierung. Unter »Mein Österreich« hat die ehemalige Beraterin der Landschaftswiederherstellung eine literarische Sozialplastik mit Verbesserungsvorschlägen gestellt: »Österreichisch ist eine eigene Sprache. Und sollte sich so auch selbst behandeln. Das würde eine Erweiterung der Identitäten ergeben. Das würde für die Minderheitensprachen in Österreich die entsprechenden Übersetzungen ergeben. Das würde für das nun vorgeschriebene Deutschlernen von Migranten und Migrantinnen bedeuten, dass sie die Sprache lernen, die sie dann auch sprechen müssen. Vielfalt also.« Eine kleine Gedächtnisstütze bietet der virtuelle Fortsetzungsroman zum vergangenen Nationalratswahlkampf.

G. M.

Thomas Leif:

Beraten & verkauft

McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater

Thomas Leif umgibt die Beraterbranche mit der Aura des Geheimnisvollen – um dann (recht theatralisch) das Geheimnis der »unnahbaren Branche« lüften zu können. Unternehmensberater beeinflussen maßgeblich Wirtschaft und Politik mit ihren Konzepten, verschaffen sich ihre Aufträge über sorgfältig gepflegte Netzwerke von Vertrauensleuten in Politik und Wirtschaft, verbergen ihre schwer durchschaubaren Aktivitäten hinter einer Fassade des Expertentums und bieten für ihre astronomischen Honorare hauptsächlich heiße Luft – so kann man die zentralen Aussagen des Buchs zusammenfassen.

Ratlosigkeit in Wirtschaft und Politik

»Wo Ratlosigkeit in Wirtschaft und Politik grassiert und die politischen Konsequenzen des weltweiten Wettbewerbsdrucks unlösbar erscheinen, bieten Berater ihre scheinbar einfachen Lösungen an. Gegen die Zumutungen der Komplexität ökonomischer und politischer Prozesse setzen sie ihre Logik extremer Vereinfachung, simpler Strukturierung, verpackt in knappen Schaubildern der »Management-Zusammenfassungen.«

INFORMATION

Seit vielen Monaten ist das Buch von Thomas Leif in den Sachbuch-Bestsellerlisten zu finden. »Eine gnadenlose Abrechnung mit der Beraterbranche«, fand die Süddeutsche Zeitung. Titel und Kapitelüberschriften versprechen einiges. Gut recherchierte und spannend präsentierte Informationen über Arbeitsweise, Akquisitions- und Rekrutierungsarbeit einiger der »Großen« am deutschen Beratermarkt machen das Buch durchaus lesenswert. Die Schlussfolgerungen, die Thomas Leif für die ganze Branche zieht, sind aber mehr plakativ als überzeugend.

Aufschlussreiche Einblicke

Bliebe es bei der einfachen Wiederholung dieser (weder neuen noch überraschenden) Vorwürfe, wäre das Buch kaum eine Besprechung wert. Aber Thomas Leif hat durchaus mehr zu bieten, und das macht sein Buch lesenswert: Er hat in einigen der größten Beratungsunternehmen am deutschen Markt recherchiert und gibt vor allem in der Dokumentation dieser Recherchen aufschlussreiche Einblicke in deren Rekrutierungspraxis, Akquisition und Arbeitsweise – in Form von Interviews, Erfahrungsberichten und Arbeitsunterlagen.

Enger Blickwinkel

Der Beraterbranche als Ganzes wird das Buch allerdings nicht gerecht. Dazu ist die Branche zu differenziert und der Blickwinkel des Autors zu eng. Was nicht in sein Bild passt, sieht er nicht.

Zum Beispiel könnte man erwarten, dass ein Buch über »die Unternehmensberater« sich mit unterschiedlichen Beratungsansätzen, ihren Vorannahmen und ihren Erfolgsaussichten befasst; an Literatur darüber mangelt es weiß Gott nicht, ebenso wenig wie an Veranstaltungen, Präsentationen, Seminaren.

Fehlende Empirie

Ohne ein solches Bemühen wirkt die Klage über die »Intransparenz« der Branche aufgesetzt. Ebenso wäre zu erwarten gewesen, dass sich ein Sachbuch zu

diesem Thema mit der mittlerweile stark professionalisierten Vergabe von Beratungsaufträgen durch große Unternehmen befasst, die für das Zuschancen von Aufträgen in einem Netzwerk von ehemaligen Kollegen wenig Platz lässt; und es wäre auch zu erwarten, dass ein solches Buch sich mit der Wirkung von Beratung anhand empirisch belegter Ergebnisse auseinandersetzt.

Herbert Wabnegg



Thomas Leif: Beraten & verkauft. McKinsey & Co. – der große Bluff der Unternehmensberater. C. Bertelsmann, München 2006. 447 Seiten. ISBN 3-570-00925-4. € 20,60

Apologet: Person, die eine Anschauung/Meinung mit Nachdruck vertritt (Seite 29)

Aporie: Unmöglichkeit, eine philosophische Frage zu lösen bzw. in einer Situation die richtige Entscheidung zu treffen. (Seite 30)

Arrow, Kenneth Joseph: US-Ökonom, geboren 1921, erhielt 1972 gemeinsam mit John Richard Hicks den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Analysen zur Möglichkeit wirtschaftlicher Gleichgewichtszustände sowie seine Einführung und erfolgreiche Anwendung komplexer mathematischer Methoden in der Wirtschaftswissenschaft. (Seite 30)

beggar-my-neighbour: frei übersetzt: auf Kosten meines Nachbarn (Seite 24)

Civil Rights Act: Anti-Diskriminierungsgesetze der USA, gemeint ist hier der Civil Rights Act von 1964, das bedeutendste Bürgerrechtsgesetz, das die Diskriminierung Einzelner aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und nationaler Herkunft verbietet. (Seite 42)

Debreu, Gerard: französischer Ökonom (1921-2004), erhielt 1983 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften für seine Leistungen auf dem Gebiet der allgemeinen Gleichgewichtstheorie. (Seite 30)

Diakon: Geistlicher der katholischen, anglikanischen oder orthodoxen Kirche, der um einen Weihegrad unter dem Priester steht; in der evangelischen Kirche: Amtsträger, der in der Kirchengemeinde soziale und karitative Arbeit leistet. (Seite 34)

emeritus: in Verbindung mit einem davor stehenden Titel: von seiner Lehrtätigkeit entbunden, emeritiert. (Seite 22)

Endowment effect (engl.; sprich: endowment effect): Begriff aus der Wirtschaftspsychologie, mit dem das Phänomen beschrieben wird, dass man Dingen, die man besitzt, oft überproportionalen Wert beimisst (= Besitzumseffekt). (Seite 31)

Framing effect (framing trap): Als Einrahmungseffekt (-falle) wird die Tatsache bezeichnet, dass Einschätzungen und Entscheidungen stark von der Darstellung einer Situation oder Aufgabe abhängen; z. B. das Glas ist halb voll; das Glas ist halb leer. (Seite 31)

Friedman, Milton: US-Ökonom (1912-2006), führender Verfechter der weitgehend freien Marktwirtschaft. 1971 schaffte die US-Regierung auf seinen Rat hin die feste Wechselkursbindung des Dollars an andere Währungen ab, was sich konjunkturstabilisierend auswirkte. Er erhielt 1976 den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften. (Seite 37)

Grünbuch: Bevor in der EU Gesetze erlassen werden, finden Diskussionen auf verschiedenen Ebenen statt (Ministerrat, EU-Kommission etc.). Als Grünbuch wird ein zusammenfassender Expertenbericht zu einem bestimmten Thema bezeichnet, der eben diesen Institutionen vorgelegt wird. Weißbücher basieren auf den Grünbüchern und haben meist schon die Form von Gesetzestexten. (Seite 41)

Hayek, Friedrich August von: englischer Nationalökonom und Sozialphilosoph (1889-1992), geboren in Österreich. Er erhielt 1974 zusammen mit Gunnar Myrdal den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, Vertreter des Neoliberalismus. (Seite 30)

heterogen: uneinheitlich, aus unterschiedlichen Bestandteilen zusammengesetzt. (Seite 22)

Hume, David: schottischer Philosoph, Ökonom und Historiker (1711-1776), bedeutender Vertreter der britischen Aufklärung. Seine erkenntnistheoretischen Überlegungen beeinflussten unter anderem Immanuel Kant. (Seite 29)

IMF: International Monetary Fund = Internationaler Währungsfonds; gegründet 1944, Sitz in Washington, 184 Mitgliedstaaten. Im Rahmen jährlicher Konsultationen analysiert der IWF die nationale Wirtschaftsentwicklung und -politik, überprüft die Auswirkungen der Politik der Mitgliedstaaten auf deren Zahlungsbilanzen. Außerdem begutachtet er u. a. halbjährlich die Weltwirtschaftslage. www.imf.org (Seite 25)

Koirala, Girija Prasad: nepalesischer Politiker, geb. 1921 in Indien, 2006 wurde er vom nach vier Jahren erstmals wieder tagenden Parlament zum vierten Mal als Premierminister vereidigt. Danach gelang es ihm, mit den rebellischen Maoisten Frieden zu schließen. (Seite 40)

Konsum(p)tion: Verbrauch von Wirtschaftsgütern (Seite 31)

kooptieren: jemanden durch Nachwahl in eine Körperschaft oder ein Gremium aufnehmen. (Seite 17)

Lukaschenko (Lukaschenka), Alexander: weißrussischer Politiker, geboren 1954; während er von Kritikern als letzter Diktator Europas bezeichnet wird, wird er von anderer Seite gelobt, seinem Land die schlimmsten Symptome des post-sowjetischen Übergangskapitalismus zu ersparen. Der studierte Landwirt und Historiker wurde 1994 nach einem turbulenten Wahlkampf (inklusive Korruptionsvorwürfen) zum ersten Präsidenten gewählt. Unter anderem wegen seiner anti-marktwirtschaftlichen Politik und Menschenrechtsverstößen wurden Lukaschenka und seine Regierung von der EU und den USA 2006 mit Sanktionen belegt. (Seite 40)

Mandelson, Peter: britischer Labour-Politiker, geb. 1953, wichtiger Verbündeter von Tony Blair, zweimal Minister, zweimal musste er zurücktreten (Skandal um einen geheimen Kredit bzw. Korruptionsaffäre); seit 2004 EU-Handelskommissar. (Seite 40)

Marti, Kurt: Schweizer Autor und Theologe, geb. 1921; Mitbegründer der »Erklärung von Bern« für mehr Solidarität mit der Dritten Welt. (Seite 34)

Medianeinkommen: Richtwert für die Einkommensverteilung innerhalb der Bevölkerung. 50 Prozent aller Einkommen sind geringer und 50 Prozent aller Einkommen höher als das Medianeinkommen. Das Medianeinkommen gibt besser darüber Auskunft, wie viel Menschen im Normalfall verdienen als das Durchschnittseinkommen, welches das arithmetische Mittel aller Einkommen beschreibt. So kann das Durchschnittseinkommen etwa durch einige wenige Spitzenverdiener »künstlich« in die Höhe getrieben werden. (Seite 32)

Race to the bottom: Wettlauf nach unten (Seite 24)

Mises, Ludwig von: österreichischer Wirtschaftswissenschaftler (1881-1973), gründete 1927 mit Friedrich August von Hayek das Wiener Institut für Konjunkturforschung (heute Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung), emigrierte 1940 in die USA. (Seite 30)

Nepal: Staat in Süd-Asien, zwischen Indien und China gelegen, parlamentarische Monarchie seit 1990, Hauptstadt: Kathmandu; 2001 wurden mehr als 100 ethnische Gruppen und Kasten sowie mehr als 70 Sprachen und Dialekte gezählt. Es gibt enorme Unterschiede zwischen Stadt- und Landbevölkerung (Landflucht!), mehr als 50% Analphabeten; 1994-2006 Bürgerkrieg der Kommunistischen Mao-Partei gegen die Monarchie und das Kastensystem. Gemäß dem Friedensvertrag liefern die Maoisten derzeit ihre Waffen ab, eine Übergangs-Verfassung sichert ihnen ein Viertel der Parlamentssitze. (Seite 40)

Pareto, Vilfredo: italienischer Ingenieur, Ökonom und Soziologe (1848-1923), Mitbegründer der Wohlfahrtsökonomie, wobei der Begriff Wohlfahrt in der Volkswirtschaftslehre als abstrakte Messgröße für das (ökonomische) Wohlbefinden eines Staates verwendet wird. Pareto widmete sich ab 1898 der Soziologie. Er gilt neben Max Weber als einer der wichtigsten Soziologen, die keine marxistischen Theorien vertraten. (Seite 30)

Primat: Vorrang, bevorzugte Stellung (Seite 28)

Schumpeter, Joseph Alois: österreichischer Ökonom (1883-1950), erkannte das Wechselspiel aus Erfindung und Imitation als Triebkraft des Wettbewerbs, setzte sich intensiv mit den Themen Sozialismus und Kapitalismus auseinander. (Seite 30)

Smith, Adam: schottischer Moralphilosoph (1723-1790), gilt als Begründer der klassischen Volkswirtschaftslehre. Unter anderem beschäftigte er sich mit den Themen Arbeitsteilung, der Rolle des Staates sowie mit den Auswirkungen von Eigeninteressen auf die Gesellschaft. (Seite 28)

Triade: Gruppe von drei Personen (Seite 35)

Union Buster: spezieller Unternehmensberater, der Gewerkschaften bekämpft (Seite 42)

Verifikation: Überprüfung; Unterzeichnung eines diplomatischen Protokolls durch alle Verhandlungspartner. (Seite 28)

Walras, Léon (frz.; sprich leoo walra) : französischer Ökonom (1834-1910), einer der Begründer der Neoklassik. Er begründete mit dem nach ihm benannten Gesetz als Erster ein voll entwickeltes mikroökonomisches Totalmodell. (Seite 30)

Weißrussland: auch Belarus, Staat in Osteuropa (zirka zehn Millionen Einwohner), Hauptstadt: Minsk, Präsidialrepublik seit 1994. Durch die Katastrophe von Tschernobyl sind noch immer weite Teile des Landes verstrahlt. Trotz nach wie vor bestehender Planwirtschaft ist die Lage – vor allem durch die engen Wirtschaftsbeziehungen zu Russland – stabil. (Seite 40)

WTO: Welthandelsorganisation, gegründet 1994, Sitz in Genf, 150 Mitgliedstaaten. Die WTO-Verträge umfassen neben dem Abkommen über die Organisation selbst auch mehrere Abkommen wie beispielsweise das allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) von 1947 oder das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS). Die WTO soll die internationalen Handelsbeziehungen durch verbindliche Regelungen auf der Basis des Freihandels organisieren. (Seite 22)

Neuauflagen
Jänner 2007

OGB VERLAG

Robert Priewasser

Der Betriebsratsfonds

Gesetze und
Kommentare Nr. 86

5. neu bearb. Auflage
2007, 264 Seiten

€ 26,80/sfr 43,50

ISBN 10stg: 3-7035-1264-4

ISBN 13stg: 978-3-7035-1264-3



Der Betriebsratsfonds

Das Vermögen des Betriebsratsfonds dient dazu, die Geschäftsführungskosten für den Betriebsrat zu finanzieren (und zwar jene, die nicht der Arbeitgeber tragen muss – z.B. Fahrtspesen zu Gewerkschaft und AK, Übernachtungskosten im Rahmen betriebsrätlicher Tätigkeit) sowie Wohlfahrtseinrichtungen und Wohlfahrtsmaßnahmen (z.B. Betriebsausflüge, Weihnachtsgeschenke, Beihilfen für Hochzeit, Geburt eines Kindes) für die Arbeitnehmer/innen eines Betriebes zu decken. Ein Betriebsratsfonds ist für die Arbeitnehmer/innen daher eine wichtige Sache.

Meist wird der Betriebsratsfonds durch die Betriebsratsumlage finanziert, manchmal gibt es aber auch einfach ein Vermögen, das für die oben genannten Fälle zweckgewidmet ist.

Der Autor des vorliegenden Bandes erklärt unter anderem die Einnahmequellen und Ausgabenseite des Betriebsratsfonds bzw. wofür er verwendet werden darf (z.B. Hilfe bei Notlagen von Arbeitnehmern) und wofür nicht (z.B. Katastrophenhilfe, „Bezahlung“ eines Betriebsrats – es dürfen nur Aufwendungen im Rahmen betriebsrätlicher Tätigkeit ersetzt werden), seine Verwaltung und Kontrolle, die Übergabe an den neu gewählten Betriebsrat, wie weit überlassene Arbeitskräfte einbezogen werden, wie vorgegangen werden muss, wenn ein Betrieb und damit ein bisher gemeinsamer Betriebsrat geteilt wird, wann er aufgelöst werden kann sowie strafrechtliche und schadenersatzrechtliche Aspekte.

werden sofort nach
Erscheinen ausgeliefert!

Josef Cerny

Arbeitsverfassungsrecht Band 1

Gesetze und
Kommentare 155

8. neu bearb. Auflage
2007, 288 Seiten

€ 29,80/sfr 52,10

ISBN 10stg: 3-7035-1274-1

ISBN 13stg: 978-3-7035-1274-2



Arbeitsverfassungsrecht Band 1

Textausgabe 2007

Verordnungen, Sonderbetriebsverfassungen

GARANTIERT GUT INFORMIERT
www.oegbverlag.at

Bestellung:

per Fax: 01/405 49 98-136

per Mail: bestellung@oegbverlag.at oder
im Web: www.oegbverlag.at

BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung
oder direkt bei der ...

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21, 1010 Wien

Telefon: 01/405 49 98-132, Fax: DW 136
E-Mail: fachbuchhandlung@oegbverlag.at

Ja, ich bestelle _____ Exemplar/e von **Der Betriebsratsfonds** à € 26,80
_____ Exemplar/e von **Arbeitsverfassungsrecht Band 1** à € 29,80

Name	
Firma/Institution	
PLZ	Ort
Anschrift	
Telefon, E-Mail	
Datum, Unterschrift	

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der Besteller. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten. AW 1/07

16. ÖGB-Bundeskongress

22.–24. Jänner 2007, Austria Center Vienna



ÖGB
neu

Die menschliche Kraft.



Näheres unter www.oegb.at

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW